

Peter Taaffe

**Castros Kuba –  
eine marxistische Kritik**

Debatten über die Revolution  
und Kuba heute

## **Impressum**

Die Originalausgabe erschien Juni 2000 unter dem Titel  
*Cuba: Socialism & Democracy – Debates on the Revolution and Cuba Today*  
bei Socialist Books, London.

### **Herausgeber**

Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.  
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin  
e-mail: info@sav-online.de

### **Übersetzung und Redaktion**

Claus Ludwig, Köln; Wolfram Klein, Stuttgart

### **Umschlaggestaltung und Satz**

Claus Ludwig, Köln

### **Druck**

GNN-Verlag, Köln

1. Auflage, April 2001  
ISBN 3-00-007685-9  
Preis: 15 DM

## Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe . . . . .	S. 4
Einleitung. . . . .	S. 8
Kuba heute. . . . .	S. 11
Lenin und Castro. . . . .	S. 28
Das weltweite Kräfteverhältnis . . . . .	S.
Gibt es eine privilegierte Elite? . . . . .	S.
Außenpolitik . . . . .	S.
Kubas Zukunft . . . . .	S.
Anhang: Kuba: Analyse der Revolution (1978) . . . . .	S.
Anmerkungen. . . . .	S.

## Über den Autor

Peter Taaffe ist Generalsekretär der *Socialist Party*, der Sektion des *Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI)* in England und Wales, und Mitglied im Internationalen Sekretariat des CWI. Ab 1964 war er Herausgeber von *Militant*, der Zeitung der Marxisten in der Labour Party. Die Stärkung marxistischer Ideen in der Labour Party führte dazu, dass deren Vorstand ihn 1983 zusammen mit vier anderen Mitgliedern der *Militant*-Redaktion ausschloss.

Nach dem großartigen Kampf der Liverpooler Arbeiterbewegung Mitte der achtziger Jahre wurden die führenden Unterstützer von *Militant* in der Region Liverpool aus der Labour Party ausgeschlossen. Die Labour-Führer bekämpften auch die von *Militant* geführte Massenbewegung gegen die *Poll tax* (Kopfsteuer), eine Steuer, die den Arbeitenden und Arbeitslosen mehr Lasten aufbürdete. Daraufhin bildete die Mehrheit der *Militant*-Unterstützer 1992 *Scottish Militant Labour* (in Schottland) und ein Jahr später *Militant Labour* in England und Wales. Peter war Generalsekretär zuerst von *Militant Labour* und, nach dessen Namensänderung 1997, der *Socialist Party*.

Peter hat bisher drei Bücher geschrieben: *Liverpool: The City That Dared To Fight* (Liverpool: eine Stadt, die zu kämpfen wagte), zusammen mit Tony Mulhearn, erschienen 1988, *The Masses Arise* (Die Massen erheben sich), 1989, über die französische Revolution, beide erschienen bei Fortress Books, und *The Rise of Militant* (Der Aufstieg von Militant), 1995, erschienen bei *Militant Publications*. Er hat auch zahlreiche Broschüren und Artikel veröffentlicht, besonders für *The Socialist* und *Socialism Today* sowie deren Vorgänger *Militant* und *Militant International Review*.

## Vorwort zur deutschen Ausgabe

---

In den letzten Jahren sind die Kämpfe von Arbeitern und Bauern in Lateinamerika wieder stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Nahezu in jedem Land gab es Bewegungen. In Bolivien hatte der Widerstand gegen Privatisierung und Ausverkauf an ausländische Konzerne in der Stadt Cochabamba den Charakter eines Aufstandes angenommen. In Ecuador gelang es im Januar 2000 einer Bewegung, die von der indigenen Bevölkerung und Teilen der Gewerkschaften sowie linken Organisationen getragen war, durch einen Marsch auf die Hauptstadt Quito die Regierung zu stürzen. Diese hatte versucht, den US-Dollar faktisch zur Währung zu machen, was Hunderttausende tiefer in die Armut gerissen hätte.

Die in diesem Buch diskutierten Fragen zur Entwicklung der Revolution in Lateinamerika und in der gesamten ex-kolonialen Welt sind nicht von rein akademischen oder geschichtlichen Interesse. Obwohl sie sich auf die konkrete Epoche der kubanischen Revolution ab 1959 beziehen, tauchen ähnliche Fragestellungen über das Programm und die Strategie von revolutionären Bewegungen auch in den heutigen Kämpfen in Lateinamerika oder zum Beispiel in Indonesien auf.

Mit der Ermordung Che Guevaras erlitt die Guerilla-Bewegung 1967 eine große Niederlage. Ein zweiter Rückschlag war das Scheitern der FMLN in El Salvador 1980. Durch die teilweise verzweifelte Lage der Massen gab es in den letzten Jahren ein erneutes Aufkommen der Guerilla, so die Entstehung der Zapatisten in Chiapas, Mexiko, und die Stärkung der FARC-EP in Kolumbien.

Doch geprägt wurden die Kämpfe seit den 70ern Jahren vor allem von der organisierten Arbeiterklasse. In einigen Ländern wie Brasilien und Argentinien konnten die Militärdiktaturen besiegt werden. In der Folgezeit wurden mächtige Organisationen der industriellen Arbeiterklasse aufgebaut wie der brasilianische Gewerkschaftsdachverband CUT. In Bolivien knüpften sowohl Bergarbeiter als auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst an ihrer Militanz vom Anfang der 70er Jahre an.

Auch die Bewegungen der Landbevölkerung entwickelten sich oftmals nicht entlang der klassischen Linie eines in die Länge gezogenen Guerilla-Krieges, sondern setzten auf die Methoden von politischer Agitation, Organisation der Massen, Demonstrationen, Streiks und Landbesetzungen. So die brasilianische *Bewegung der Landlosen (MST)*, die durch beständige Organisation und Märsche auf die Städte eine enge Verzahnung mit der städtischen Arbeiterklasse erreichte. So in gewisser Weise auch die Zapatisten, die den bewaffneten Aufstand in Chiapas vor allem als Ausgangspunkt sahen, eine breite Bewegung aufzubauen. Das ändert nichts an ihren politischen Schwächen, ihrer reformistischen Beschränktheit, zeigt jedoch, dass sie einige Lehren aus vergangenen Guerilla-Bewegungen gezogen haben. Die Bewegung in Ecuador, die auch dieses Jahr angehalten hat, stützt sich vor allem auf die indigene

Bevölkerung aus den agrarischen Gebieten und den Armutsvierteln der Städte, hat jedoch die Methoden der organisierten Arbeiterbewegung - bis hin zu Ansätzen von Räten – übernommen.

Peter Taaffe führt aus, dass eine wirkliche sozialistische Gesellschaft nur durch die organisierte Arbeiterbewegung aufgebaut werden kann, dass die neue Gesellschaft „trainiert“ werden muss in den Massenkämpfen der arbeitenden Bevölkerung, in den demokratischen Räten, dass eine internationale revolutionäre Perspektive nötig ist.

Ein Guerilla-Kampf auf dem Land kann in halbkolonialen Ländern eine sinnvolle und wichtige Ergänzung zur Bewegung der Arbeiterklasse in den Städten und zur Organisierung der bäuerlichen Massen sein. Doch eine Revolution, deren zentrale Strategie der auf die Bauernschaft gestützte Guerilla-Kampf ist, wird, unabhängig davon, wie heldenhaft, opferbereit und wahrhaft revolutionär ihre Aktivistinnen und Aktivisten sind, unweigerlich auf den Weg Kubas geraten. In Kuba wurden durch die Abschaffung des Kapitalismus trotz der Blockade Washingtons gewaltige Leistungen vollbracht, die Menschen dort haben für die Revolution gekämpft und gelitten, aber Wirtschaft und Gesellschaft stecken letztendlich in der Zwangsjacke der Bürokratie.

In Lateinamerika sind in nahezu allen Ländern die Bedingungen gegeben, die Arbeiterbewegung aufzubauen und die Kämpfe von Arbeitern und Bauern miteinander zu verbinden. Doch es gibt keinen Automatismus. Eine bewusste revolutionär-sozialistische Führung ist nötig, um die Erfahrungen der Arbeiterbewegung weltweit zu verarbeiten und eine Perspektive für die soziale Befreiung des Subkontinents aufzuzeigen. Der verkommene Charakter der herrschenden Klassen in Lateinamerika, das Leiden weiter Teile der Bevölkerung, das opportunistische Verhalten z.B. der Gewerkschaftsführer und daraus resultierende Niederlagen der Arbeiterklasse werden einen Teil der Jugend und der Bauern Richtung Guerilla-Kampf drängen. Auch das Eingreifen des US-Imperialismus und der Hass der Massen auf die USA wird dazu beitragen.

In Kolumbien existiert mit der FARC-EP eine mächtige Guerilla-Bewegung, die weite Teile des Landes unter Kontrolle hat. Der noch von der Clinton-Regierung aufgelegte „Plan Colombia“ – angeblich ein Hilfspaket – sieht im Kern eine Intensivierung des Krieges der staatlichen Truppen und der rechten paramilitärischen Verbände gegen die Guerilla vor und auch eine US-Intervention vor. Ob es zu einer direkten Intervention kommt, hängt von den konkreten Umständen ab. Es ist möglich, dass in den nächsten Jahren in Kolumbien eine Situation entsteht, in der die FARC-EP die Macht erringen kann. Das würde die Fragen von Arbeiterdemokratie und von Planwirtschaft in aller Schärfe stellen.

Wir sind mit allen Kämpferinnen und Kämpfern gegen den Imperialismus solidarisch. Doch wir trotten wir den Bewegungen nicht einfach hinterher sondern wollen in eine Debatte über das eintreten, was wir als ihre Fehler und Begrenztheiten ansehen. Auch für Kolumbien gilt: ohne das organisierte Proletariat und eine bewusste

sozialistische Führung wird keine Arbeiterdemokratie aufgebaut werden können. Zu diskutieren, ob Kolumbien nach einem Sieg der Guerilla Richtung Kuba – eines „bürokratisch deformierten Arbeiterstaates“ – gehen oder den Weg der nicaraguanschen Sandinistas – im Rahmen des Kapitalismus – beschreiten würde, würde hier zu weit führen. Klar ist: die Fragen, denen sich Revolutionäre wie Che Guevara gegenübersehen, werden in den nächsten Jahren verstärkt auf die Tagesordnung kommen.

Dieses Buch ist von der Form her eine Polemik gegen die australische *Democratic Socialist Party (DSP)*. Auf der Website der DSP findet sich eine erste Antwort auf die englischsprachige Fassung des Buches. Die Antwort der DSP ist, gelinde gesagt, schwach. Auf eine Vielzahl von Fakten zum bürokratischen Charakter des kubanischen Staates und zu den Grenzen der Guerilla antwortet Doug Lorimer lediglich mit zwei Argumenten.

Erstens beschreibt er auf mehreren Seiten, dass sich Peter Taaffe nur mit dem Thema beschäftigt, weil es innerhalb des CWI offene Fragen gäbe. Tatsächlich haben einzelne Mitglieder, die das CWI mittlerweile verlassen haben, Fragen zum Charakter Kubas aufgeworfen. Doch ist die Frage der Guerilla-Strategie und der Einschätzung Kubas grundsätzlich von großer Bedeutung für die neue Generation von Arbeitern, Bauern und Jugendlichen in der halbkolonialen Welt, die sich beginnt, gegen den Imperialismus zu wehren.

Selbst wenn eine interne Debatte im CWI der Anlass wäre, dann wäre es allemal wert, zur Klärung dieser wichtigen Fragen beizutragen. Lorimer kritisiert hier etwas, was prinzipiell nicht kritisierenswert ist. In Wirklichkeit geht es ihm darum, über die angebliche Krise konkurrierender sozialistischer Organisationen zu schwadronieren, um seine eigene Organisation zumindest in Australien und Asien als wichtigsten Ansprechpartner für linke Bewegungen anbieten zu können.

Zweitens führt er aus, dass die Privilegien der Funktionäre in Kuba längst nicht so verfestigt waren wie in Russland. Zu diesem Zweck zitiert er ausführlich den Moskauer Korrespondenten der *New York Times*, Hedrick Smith, der 1976 in seinem Buch *The Russians* schildert, wie detailliert die Vergünstigungen und Privilegien innerhalb der bürokratischen Hierarchie geregelt waren. Ein lesenswerter Bericht. Und tatsächlich – in Kuba war und ist es anders. Das nicht jedes bürokratisch beherrschte Planwirtschaft in allen Einzelheiten dem Moskauer „Vorbild“ gleich, ist allerdings nicht neu.

Selbst in der als Inbegriff des Stalinismus geltenden DDR wären solche Privilegien nach der Art eines absolutistischen Hofes nicht denkbar gewesen. Es hätte Proteste der Massen gegen diese Art von Bevorzugung gegeben. Die DDR-Bürokratie war teils „bescheidener“, teils informeller organisiert. Viele Privilegien waren nicht einmal bekannt. Daher reagierten die arbeitenden Menschen auf die Enthüllungen im Herbst/Winter 1990 mit Überraschung und Wut. Verglichen mit dem obszönen Reichtum im Kapitalismus waren die Privilegien der meisten DDR-Funktionäre eher

gerinfügig. Das änderte allerdings nichts daran, dass die Bürokraten diese verteidigten, so lange es ging, weil diese Privilegien in der DDR den Unterschied zwischen materiellem Wohlstand und Versorgungsengpässen markierten.

Dass vor allem die Unterschiede zwischen einer 40 Jahren lang regierenden bürokratischen Schicht, die ihre Gegner und jegliche Tradition der Arbeiterdemokratie durch blutige Säuberungen schon in den 30er Jahren vernichtet hat – Sowjetunion – und einem frischen Regime, welches noch durch den revolutionären Schwung der Massen getragen wurde – Kuba –, bemerkenswert sind, sollte nicht überraschen.

Lorimer verwirft alle in diesem Buch geschilderten Beispiele der bürokratischen Deformation der kubanischen Gesellschaft als bedeutungslos. Die Leserinnen und Leser mögen das selbst beurteilen.

Doch selbst wenn wir kein einziges Beispiel für Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern und Funktionären nennen könnten: ein Marxist sollte in der Lage sein, aus den Handlungen eines Regimes auf dessen sozialen und politischen Charakter zu schließen. Die Innen- und Außenpolitik Castros bietet genug Anschauungsmaterial, um die Parallelen zur Politik der UdSSR oder Chinas zu erkennen – von den Kampagnen „gegen Bürokratismus“ über die Nicht-Unterstützung revolutionärer Kämpfe bis zu den Zick-Zacks zwischen ins Absurde gesteigerter Verstaatlichung und marktwirtschaftlichen Elementen.

All dies sind klare Hinweise darauf, dass Wirtschaft und Gesellschaft nicht bewusst von der Arbeiterklasse kontrolliert und verwaltet werden, sondern dass eine bürokratische Minderheit die Gesellschaft lenkt. Zu Beginn führte das durchaus zu Fortschritten der Gesellschaft, weil das Schmarotzertum der einheimischen Kapitalisten und des Imperialismus beendet wurde, doch das bürokratische Modell der Lenkung stieß mehr und mehr an seine Grenzen, die gesellschaftliche Entwicklung stockte. Eine Planwirtschaft kann nicht ohne die volle Demokratie der arbeitenden Menschen entwickelt werden.

Der genaue Verlauf und der zeitliche Rahmen unterscheiden sich, doch die sozialen Gesetzmäßigkeiten wirken in Kuba ebenso wie in der ehemaligen Sowjetunion, der DDR oder China.

*Claus Ludwig  
Köln, März 2001*

# Einleitung

---

Die kubanische Revolution siegte 1959, vor mehr als vier Jahrzehnten. Aber ihre Auswirkungen, besonders durch ihre charismatischsten Vertreter, Fidel Castro und den ermordeten Che Guevara, begeistern immer noch weltweit Arbeiter und junge Menschen. Dem Sturz der verhassten Diktatur von Batista folgte schnell die Beseitigung von Großgrundbesitz und Kapitalismus. Die weltweite Arbeiterbewegung schaute gebannt auf dieses Ereignis. Ein „sozialistisches“ Regime war direkt vor den „Klauen des Monsters“, des US-Imperialismus, errichtet worden. Kommentatoren zogen Vergleiche mit früheren Revolutionen, besonders der russischen Revolution. Die Geschichte wiederholt sich jedoch nie auf genau auf die gleiche Weise. Revolutionen ebenso wenig. Die kubanische Revolution unterschied sich durch ihre Ursprünge, die politischen Perspektiven ihrer führenden Vertreter und die beteiligten Klassenkräfte grundlegend von der russischen Revolution.

Tatsächlich bereiteten die klassischen sozialistischen und marxistischen Schriften – von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Trotzki – Marxisten nicht auf die Ereignisse in Kuba vor. Trotzki deutete in seinen letzten Schriften an, dass sich Prozesse vollziehen könnten, wie sie später auf Kuba abliefen. Er wies darauf hin, dass auch nicht-marxistische Führer aus der Mittelschicht unter den Bedingungen einer zuge-spitzten gesellschaftlichen Krise viel weiter getrieben werden könnten als sie ursprünglich beabsichtigten – bis zum Bruch mit dem Kapitalismus. Auch waren die britischen Marxisten, die später *Militant* herausgaben (jetzt *The Socialist*, die Wochenzeitung der *Socialist Party*), besser als die meisten anderen auf die kubanische Revolution vorbereitet. Ihre Analyse der chinesischen Revolution von 1944-49 und der Prozesse, die sich in der Nachkriegsperiode in der neo-kolonialen Welt entfalten, führten dazu, dass sie von den Ereignissen auf Kuba nicht völlig unvorbereitete getroffen wurden. Aber auch die beste Theorie kann nicht präzise vorhersagen, wie sich eine Revolution tatsächlich entwickeln wird.

Die kubanische Revolution wurde von Castro und Guevara und ihrer *Bewegung des 26. Juli* geführt, die außerhalb der stalinistischen Tradition entstanden war. Sie errichteten ein Regime, das die Unterstützung der breiten Mehrheit der Bevölkerung genoss und Begeisterung auf Kuba selbst und bei den Unterdrückten weltweit hervorrief. Darüber hinaus gab es in der ersten Phase der Revolution Tendenzen einer massenhaften Beteiligung, einschließlich Elementen von Arbeiterkontrolle und „Volksmacht“. Dies stellte alle Sozialisten und Marxisten vor die Aufgabe, den Charakter des kubanischen Regimes genau zu bewerten.

Konnte die Regierung von Fidel Castro und Che Guevara mit der Lenins, Trozki und der Bolschewiki in der ersten glorreichen Periode der russischen Revolution verglichen werden? Eine Planwirtschaft war errichtet worden, aber gab es wirkliche Arbeiterdemokratie auf Kuba? Was waren die internationalen Dimensionen und die



Auswirkungen der kubanischen Revolution? Diese Fragen wurden damals heiß debattiert und waren seitdem eine Quelle ständiger Kontroversen.

Das sind die Themen dieses Buchs, die vor dem Hintergrund der Ereignisse seit 1959 bewertet werden. Unserer Meinung nach haben sich viele, einschließlich einiger, die beanspruchten, Sozialisten und Trotzisten zu sein, von der kubanischen Revolution mitreißen lassen. Sie ersetzten eine ausgewogene marxistische Herangehensweise – Unterstützung für die Revolution, aber verbunden mit Vorschlägen für die Errichtung einer Arbeiterdemokratie auf Kuba – durch Impressionismus. Dazu gehört der Vergleich von Regierung und Staat auf Kuba mit dem der Bolschewiki in der ersten Periode nach 1917. Wir lehnten dies von Anfang an ab und versuchten, eine allseitige Analyse und Erklärung zu geben, welche die Arbeiter auf die künftige Entwicklung Kubas und besonders des kubanischen Staats vorbereiten konnte.

Unsere Ideen wurden in unserer Wochenzeitung *Militant* und in anderen Veröffentlichungen dargestellt. Ich schrieb 1978 drei Artikel für unsere Zeitung, die daraufhin zusammen als kleine Broschüre veröffentlicht wurden. Ich habe diese Broschüre als Anhang beigelegt. Sie liefert wichtige Hintergrundinformationen über die Ereignisse, die zur Revolution 1959 führten, und über die Jahre danach. Die Leserinnen und Leser mögen unsere ursprüngliche Analyse im Lichte der folgenden Kritik lesen.

Einundzwanzig Jahre später entschloss sich Doug Lorimer, einer der Führer der in Australien beheimateten *Democratic Socialist Party*, diese Broschüre einer ausführlichen Kritik zu unterwerfen. Dieses Buch ist eine Antwort auf diese Kritik. Bevor wir Lorimers Kritik erhielten, hatte ich schon die Absicht, eine aktuelle Analyse der Lage auf Kuba heute zu schreiben, die eine Neubetrachtung der Ereignisse der kubanischen Revolution selbst beinhalten würde.

Die Aktualität solch eines Buchs wurde kürzlich durch die weltweite Medienaufmerksamkeit rund um den kubanischen Jungen Elian Gonzales unterstrichen, die einmal mehr Kuba in das Zentrum der Weltpolitik gerückt hat. Das Ergebnis diese Konflikts, mit der „Eroberung“ Elians durch die INS (US-Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde), die zur Wiedervereinigung mit seinem Vater führte, stellte eine Niederlage für die härtesten ultrarechten Emigranten in Miami dar. Gleichzeitig lenkte sie die Aufmerksamkeit erneut auf Fidel Castros Regierung und politisches Regime und auf die künftigen Aussichten für die Entwicklung in Kuba.

In diesem Buch gehen wir auf einige wichtige Entwicklungen in Kuba ein, aber eine umfangreiche Arbeit, die ein detaillierteres Bild der Ereignisse auf Kuba gibt, musste ich beiseite legen, um auf die Argumente der DSP zu antworten. Dies mag hoffentlich einigen Nutzen bringen. Diskussion, Kritik und Gegenkritik verschiedener Strömungen in der Arbeiterbewegung und unter Marxisten kann der Klärung dienen

## 10 CASTROS KUBA – EINE MARXISTISCHE KRITIK

und bei der Schulung einer neuen Generation helfen, die noch nicht mit unserer Analyse vertraut ist.

Ich habe es für notwendig gehalten, in derselben Reihenfolge auf die Argumente der DSP einzugehen, in der sie ihre Kritik an meiner Broschüre formuliert haben. Um ihre Argumente genau und angemessen zu beantworten, müssen Stil und Lesbarkeit etwas leiden. Es gibt auch einige lange Zitate verschiedener Autorinnen und Autoren, die notwendig sind, weil es zu wegen Meinungsverschiedenheiten zu den dort beschriebenen Tatsachen gibt. Ich hoffe, dass das für die Leserinnen und Leser nicht zu mühsam ist, sondern im Gegenteil die Analyse erhellen und unterstreichen wird, die wir von der kubanischen Revolution, dem Charakter von Fidel Castro und seiner Regierung sowie den aktuellen und künftigen Perspektiven für Kuba gemacht haben. Diese ist für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt wichtig.

*Peter Taaffe, Mai 2000*

# Kuba heute

---

Der Fall der Berliner Mauer vor zehn Jahren führte zur Beseitigung der verhassten stalinistischen Regime in Osteuropa und der früheren Sowjetunion sowie der letzten Überreste der Planwirtschaften, welche die wirtschaftliche Grundlage dieser Gesellschaften waren. Die wirtschaftliche Konterrevolution brachte in ihrem Gefolge beispiellose Härten und Leiden für die Masse der Bevölkerung in diesen Ländern. Als Folge schien der Kapitalismus auf dem ganzen Planeten die Oberhand zu behalten, wobei der „Markt“ als einziges lebensfähiges Wirtschaftssystem für die Menschheit dargestellt wurde. Mit der massiven ideologischen Kampagne für den Markt wurde versucht, den Sozialismus und die Ideen der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ein für allemal zu begraben. Ein paar Regime haben jedoch dieser Flut der sozialen Konterrevolution standgehalten, von denen Kuba das bekannteste ist. Aus diesem Grund und wegen der beachtlichen geschichtlichen und sozialen Errungenschaften der Revolution und der jüngsten teilweisen Erholung der Wirtschaft scheint Kuba ein Symbol der Hoffnung zu sein, besonders für die jüngere Generation, die sozialistische und marxistische Ideen wiederentdeckt. Kuba scheint zu bestätigen, dass das sozialistische Projekt weiterhin gerechtfertigt ist. Aber Anfang der neunziger Jahre, im Gefolge des Zusammenbruchs der früheren UdSSR und Osteuropas, stand Kuba selbst auf des Messers Schneide. Kuba war abhängig vom Markt der UdSSR, besonders für sein Hauptexportgut Zucker, und von den Subventionen, die es von dort erhielt. Das wurde abrupt beendet, als der pro-kapitalistische Flügel der Bürokratie in der Sowjetunion und Osteuropa die Staatsindustrien stahl und diese Gesellschaften in kapitalistische Staaten umwandelte. Unter dem Druck des Weltkapitalismus, ihrer neuen Freunde, durchtrennten sie eilig Kubas lebenswichtige wirtschaftliche Verbindungslinie.

Das musste schreckliche wirtschaftliche und soziale Folgen für das kubanische Volk haben. Der Verkauf von Öl (aus der UdSSR) gegen Zucker (aus Kuba) über den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), den Handelsblock der früheren UdSSR und Osteuropas, und andere Subventionen hatten Kuba zuvor 5 Milliarden Dollar jährlich eingebracht<sup>1</sup>. Dies wurde drastisch gekürzt und die kubanische Regierung musste den Lebensmittel- und Treibstoffverbrauch rationieren. Castro selbst erklärte, dass das Handeln von Kubas früheren „kommunistischen“ Verbündeten „abstoßend“ sei und dass sie darüber hinaus *„im Falle einer [US-]Invasion Blut an ihren Händen haben“* würden.<sup>2</sup> Im April 1991 erklärte Castro, dass insgesamt 85 Prozent von Kubas Außenhandel *„binnen Monaten zusammenbrachen“*.<sup>3</sup> Der Zusammenbruch des RGW senkte auch die Importe Kubas um über 80 Prozent und das *„globale Sozialprodukt“* der Wirtschaft war 1991 um 25 Prozent gefallen.<sup>4</sup>

Der US-Kapitalismus versuchte, davon zu profitieren und setzte das Torricelli-Gesetz von 1992 und das Helms-Burton-Gesetz von 1996 in Kraft, um die kubanische Wirtschaft weiter zu schwächen. Es verbot sogar überseeischen Tochterfirmen von

US-Firmen, mit Kuba Handel zu treiben. Die Gesamtwirkung von 40 Jahren US-Sanktionen hat Kuba Verluste von insgesamt 40 Milliarden US-Dollar gebracht „weit mehr als jeder Schaden, welcher der US-Wirtschaft durch die kubanischen Enteignungen von US-Vermögen zugefügt wurde“. <sup>5</sup> Trotzdem schaffte es diese belagerte Festung Kuba in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, langsam aus dem wirtschaftlichen Abgrund zu klettern. 1994 gab es ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent, 1995 2,5 Prozent und 1996 7,8 Prozent, mit einem Rückgang 1997 aber einer kleinen Erholung in den folgenden Jahren. Das sticht vorteilhaft von dem Zusammenbruch in der früheren Sowjetunion und Osteuropa ab. Im Fall von ersterer war der Rückgang der Produktion der größte, den es jemals in der Geschichte gab, ein noch schärferer Rückgang als der durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1929-33 verursachte. Ein Teil der Erklärung für Kubas Wachstum ist die merkliche Zunahme in den Tourismuseinnahmen. Kuba hat jetzt mehr Touristenbetten als der Rest der Karibik zusammengekommen. Aber es war auch ein Ergebnis der Festhaltens an der Planwirtschaft, die es trotz des Fehlens von Arbeiterdemokratie Kuba erlaubt hat, sich zumindest zu halten, obwohl das Land vor gewaltigen Schwierigkeiten stand.

Darüberhinaus waren Kubas Leistungen im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Renten- und Sozialpolitik im allgemeinen herausragend, besonders wenn man sie vor den Hintergrund der Bedingungen der Massen im benachbarten Mittel- und Südamerika stellt. Vorbeugung und gesundheitliche Erstversorgung haben dazu geführt, dass Kuba eine Kindersterblichkeitsrate hat, die halb so groß wie in Washington DC ist! Es gab spektakuläre Entwicklungen in der Augenchirurgie, die Besucher aus der ganzen Welt angezogen hat. Und trotz der chronischen Engpässe bei Medikamenten und Ausstattung erscheint Kubas Gesundheitsdienst den Massen in der Karibik und Lateinamerika als Leuchtfeuer. Tausende Ärzte und Krankenschwestern, die auf Kuba ausgebildet wurden, arbeiten in Mittelamerika und auf Haiti. Castro behauptete sogar: „Wir werden bessere Ärzte als die Vereinigten Staaten ausbilden.“ <sup>6</sup>

Die Bösartigkeit des US-Embargos hat Kuba gezwungen, auf seine eigenen Ressourcen zurückzugreifen: „Wir alle wurden Erfinder, es gab keine Alternative“ erklärte Doktor Aleida Guevara (Tochter von Che) <sup>7</sup>. Als Ergebnis der Entwicklungen von Kubas Biotechnologie-Industrie wurde das Land Pionier bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Meningitis, der international gefragt ist. Und während die Armen zweifellos unter dem von den USA angeführten Embargo gelitten haben, gilt trotzdem, was der Guardian 1998 beschrieb:

„Was den Zugang zu jenen Grundmerkmalen einer menschlichen Gesellschaft angeht, nimmt Kuba einen sehr hohen Rang ein. Im neuesten Human Development Report dargelegten Index gehört Kuba zur Gruppe der fünf Entwicklungsländer, welche die menschliche Armut bis zu dem Punkt reduziert haben, wo sie weniger als 10 Prozent der Bevölkerung betrifft. Kubas Leistung ist über der von Costa Rica und bei weitem über der von Jamaika, El Salvador und Haiti.“ <sup>8</sup>

All dies zeigt die großen Vorteile der Planwirtschaft, selbst einer von einem bürokratischen Wasserkopf gehemmt, gegenüber dem veralteten Kapitalismus.

Die Lebenserwartung auf Kuba beträgt 75 Jahre, volle 20 Jahre höher als in der katastrophenerschütterten früheren UdSSR nach deren Zusammenbruch.

Darüber hinaus hat sich Castro selbst anders als die Ex-Bürokraten Gorbatschow, Jelzin usw. nicht dem Markt in die Arme geworfen. In Worten verteidigt er immer noch den „Sozialismus“ als eine Alternative zum Kapitalismus, auch wenn er auf Kuba selbst gezwungen war, als Preis für das Weiterbestehen des Regimes dem Markt große Zugeständnisse zu machen. Aus diesen Gründen erwarb sich Kuba die Sympathie und Unterstützung von Sozialisten und sogar Marxisten. Es gibt auch erneut Interesse an der kubanischen Revolution und ihrer Bedeutung für den Kampf für den weltweiten Sozialismus. Die *Socialist Party* in Britannien (früher *Militant*) und das *Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI)* haben immer standhaft die Errungenschaften der kubanischen Revolution verteidigt und zugleich das politische Regime von Castro und der „Kommunistischen“ Partei Kubas kritisiert. Wir fordern ein sofortiges Ende des Embargos gegen Kuba. Andere, von denen einige beanspruchen, Marxisten und Trotzlisten zu sein, haben ihre Augen vor dem Fehlen von Arbeiterdemokratie in Kuba verschlossen. Eine dieser Organisationen ist die *Democratic Socialist Party (DSP)* aus Australien.

## Die DSP über Nicaragua und Afghanistan

Die Führer dieser Organisation versuchen, aus der zweifellos vorhandenen Sympathie für die Errungenschaften der kubanischen Revolution Nutzen zu ziehen, indem sie als unkritische Cheerleader für Fidel Castro, seine Politik und sein Regime auftreten. Diese Herangehensweise der DSP-Führung ist nicht neu oder außergewöhnlich. Die Organisation ist bloß konsequent. Sie unterstützten die sandinistische Führung der nicaraguanischen Revolution unkritisch, was letztlich zu ihrem Bruch mit dem Trotzismus führte.

*„Die nicaraguanische Revolution von 1979 war entscheidend für die Verschiebung unserer Perspektiven. Die nicaraguanische Revolution stürzte unsere trotzkistische Theorie, dass sozialistische Revolutionen einstufige Angelegenheiten seien und bestätigte die von Lenin entwickelte „Zwei-Stufen-Strategie der Revolution.“<sup>9</sup>*

Wir werden später mehr über Lenins angebliche „Zwei-Stufen-Strategie“ sagen. Aber es ist eine Tatsache dass die nicaraguanische Revolution wegen der falschen Politik und Methoden der sandinistischen Führung in die Sackgasse geriet und schließlich zurückgeworfen wurde. Die DSP gab eine richtige Theorie, die der permanenten Revolution, zugunsten einer Politik – der Zwei-Stufen-Theorie – auf, die für das Scheitern von Revolutionen verantwortlich war. Sie unterstützte auch den russischen Einmarsch in Afghanistan 1979:

*„Das sowjetische Eingreifen in Afghanistan im Dezember 1979 war ein anderes Weltereignis, das uns zwang, die Dinge für uns selbst weiter zu durchdenken... Sowjetische Truppen gingen nach Afghanistan, um einen von den USA organisierten Krieg zum Sturz eines radikalen Regimes in Kabul aufzuhalten. Unsere Antwort war prompt – den sowjetischen und Kabuler Regierungskräften im afghanischen Bürgerkrieg starke Unterstützung zu geben.“<sup>10</sup>*

Es war für Marxisten völlig falsch, das Eingreifen des stalinistischen Regimes der UdSSR in Afghanistan 1979 auch nur „kritisch“ zu unterstützen. Der Umstand, dass diese Maßnahme das afghanische Regime stützte, das wichtige fortschrittliche Maßnahmen bei der Bodenreform, der Abschaffung des Brautpreises usw. durchführte, war für die Stalinisten in der UdSSR zweitrangig. Sie verfolgten ihre eigenen strategischen Interessen in der Region. Aus diesem Grund lehnten wir die Entscheidung, in Afghanistan einzugreifen, ab. Es erlaubte dem Imperialismus einen Propagandasieg durch die Gleichsetzung von „Sozialismus“ mit bürokratisch-militärischen Mitteln zur Ausdehnung des Einflussbereichs der sowjetischen Elite, auch wenn die DSP es anders sehen wollte. Auf der anderen Seite stellten wir uns denen entgegen, die daraufhin den sofortigen Abzug der russischen Truppen forderten, der konkret dazu geführt hätte, dass viele Jahre früher ein Regime im Stile der monströsen fundamentalistischen Taliban-Regierung, die heute herrscht, errichtet worden wäre.

Die DSP war auch unkritischer Unterstützer von Gorbatschow, der der sozialen Konterrevolution in der früheren Sowjetunion die Tür öffnete. Sie druckten und trugen sogar T-Shirts mit Gorbatschows Bild darauf. Nachdem sie die Idee einer von den Massen in den stalinistischen Staaten gemachten politischen Revolution – eines Regimes der Arbeiterdemokratie – aufgegeben hatten, übertrugen sie ihre Hoffnungen auf Demokratisierung auf die Spitzen der russischen Bürokratie:

*„Schon bevor Michail Gorbatschow an die Macht kam, hatten wir [die DSP] angefangen, die Möglichkeit offen zu lassen, dass der Prozess demokratischer Reformen in diesen Ländern tatsächlich von innerhalb der herrschenden Kommunistischen Parteien eingeleitet werden könnte.“<sup>10</sup>*

Zu einer Zeit der höchsten Gefahr für die kubanische Revolution zog Gorbatschow Anfang der neunziger Jahre auf Drängen des US-Imperialismus russische Truppen und Militärpersonal ab. Die kubanische KP-Zeitung *Granma* erklärte, dass dies „*grünes Licht für eine US-Invasion*“<sup>11</sup> gegeben habe. Die *Socialist Party* und das CWI haben anders als die DSP diesen Verbündeten des US-Imperialismus niemals unterstützt, der den Weg für Jelzins Restauration des Kapitalismus bereitete und versuchte, die kubanische Revolution zu erwürgen.

In der neo-kolonialen Welt ist die DSP unkritisch, um nicht zu sagen unterwürfig gegenüber der Führung linker Organisationen, verstärkt deren theoretische und programmatische Fehler und vertritt eine Spielart der stalinistischen „Etappentheorie“ für die Revolution in diesen Ländern. Sie hat Trozki's Theorie der Permanenten Revolution ausdrücklich verworfen, sowohl als Erklärung der Triebkräfte der russischen Revolution als auch deren Bedeutung für die Kämpfe in Asien, Lateinamerika und Afrika heute. Letzteres wiegt schwerer. Wenn die Ideen der DSP in Indonesien zu Leitprinzipien für die Massenbewegung der Arbeiter würden, würde dies katastrophale Folgen haben. Die Revolution, die gerade erst begonnen hat, würde aus der Bahn geworfen werden.

Die DSP verstärkt die Fehler der Führung des *Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (VS)*, welche diese während des größten Teils der Periode nach 1945

machte. Da sie nicht fähig war, nennenswerte Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse aufzubauen, gab sie immer wieder die unabhängige marxistische Analyse auf und handelte als politische Anwalt von „Radikalen“, Stalinisten oder Führern der nationalen Befreiungsbewegungen in der neo-kolonialen Welt. Das VS entwickelte nach dem Sieg der chinesischen Revolution eine relativ unkritische Haltung gegenüber Mao Tse-tung. Die Mehrheit des VS glaubte, dass eine politische Revolution in China unnötig sei. Sie unterstützten Tito in Jugoslawiens Auseinandersetzung mit dem Stalinismus in der UdSSR unkritisch. In Vietnam nahmen sie eine ähnlich unkritische Haltung gegenüber der *Nationalen Befreiungsfront (FNL)* ein. Ihr Hauptlogan bei Demonstrationen gegen die Intervention des US-Imperialismus war „*Ho, Ho, Ho Chi Minh*“. Damit wurde ein Führer des stalinistischen Staates Nordvietnam zum Helden erhoben. *Militant* (jetzt die *Socialist Party*) verteidigte entschieden den Kampf der Arbeiter und Bauern Südvietnams und die Revolution. Aber wir unterstützten die Führer der FNL oder Ho Chi Minh nie unkritisch. Der Sieg der vietnamesischen Revolution war ein großer Schritt vorwärts, aber wegen der nationalistischen Beschränkungen der Führung und der am Kampf beteiligten Hauptkräfte – der *Vietcong* war weitgehend eine Bauernarmee – sagten wir voraus, dass der Staat, der aus der Revolution hervorgehen würde, eine Planwirtschaft mit einem stalinistischen Einparteiensregime sein würde. Es war daher notwendig, die Arbeiter im voraus vor dem wahrscheinlichen Ergebnis der Ereignisse zu warnen. Wir unterstützten auch die algerische Revolution im nationalen Befreiungskrieg gegen den französischen Imperialismus Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre politisch und materiell. Aber gleichzeitig gaben wir nie der Führung der FNL oder Ben Bella unkritische Unterstützung, wie es das VS machte.

Wegen der relativen politischen Ruhe der Arbeiterklasse vor allem während des langen Booms der fünfziger und sechziger Jahre gab das VS die Idee von der Arbeiterklasse als Träger der sozialistischen Revolution auf. Anderen Kräften – Studenten in den „roten Basen“ in den Universitäten, der radikalisierten Bauernschaft und der Intelligenz in der neo-kolonialen Welt und „reformerischen“ stalinistischen Bürokraten – wurde diese Rolle vom VS zugewiesen. Der Marxismus hatte sich seit der Zeit von Marx und Engels selbst nicht aus romantischen oder zweitrangigen Gründen auf die Arbeiterklasse gestützt, sondern wegen der Rolle, die diese Klasse in Produktion und Gesellschaft spielt. Sie ist durch ihre Organisation in den Großbetrieben die einzige Klasse, welche die potenzielle kollektive Kraft und das Bewusstsein besitzt, die sozialistische Revolution durchzuführen. Andere Klassen, die Mittelschicht oder die Bauern zum Beispiel, sind uneinheitlich. Sie sind in verschiedene Schichten aufgeteilt, wobei der obere Teil zu den Kapitalisten schaut und die unteren, ärmeren Teile der Bauernschaft dazu neigen, mit der Arbeiterklasse zu verschmelzen. In der neo-kolonialen Welt kann die Bauernschaft in einem Bündnis mit der Arbeiterklasse bei der Umgestaltung der Gesellschaft eine unterstützende Rolle spielen, aber die Hauptrolle, die Führung der sozialistischen Revolution, muss die Arbeiterklasse übernehmen. Das VS hatte diese grundlegende Idee des Marxismus aufgegeben. Die Folgen waren in Frankreich 1968 zu sehen, als es den größten Generalstreik in der Geschichte gab, an dem zehn Millionen Arbeiter teilnahmen.

Diese mutmaßlichen „Führer“ der Arbeiterklasse wurden völlig überrascht. Sie schauten in die falsche Richtung, zu den „roten Basen“ in den Universitäten und nicht zur Arbeiterklasse.

Ungeduld und die Sehnsucht, zu ernten, was noch nicht gesät worden war, führte dazu, dass viele der kleinen Kräfte des Trotzismus nach anderen Klassen suchten und nach anderen politischen Kräften Ausschau hielten, welche die Arbeit machen sollten, zu der sie selbst nicht fähig waren. Die DSP entstand aus dieser Tradition. Sie ist jedoch weiter darin gegangen, radikalen Organisationen und Führern in der „Dritten Welt“ hinterherzulaufen. Sie beschönigen deren theoretische Fehler und programmatische Mängel und beehren sie sogar mit falschen Theorien, die in diesen Ländern vorher nicht vorhanden waren. Für kommende Bewegungen der Arbeiterklasse und armen Bauernschaft könnte sich das als fatal erweisen.

Das zeigt sich klar in dem Artikel von Doug Lorimer, einem der Führer der DSP, der die Haltung des *Komitees für eine Arbeiterinternationale* zu Kuba angreift.<sup>12</sup> Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Führung des CWI zu kritisieren immer wieder. Letztes Beispiel ist ein Angriff auf eine Broschüre von mir über die kubanische Revolution. Er nennt dies eine „Kritik“.

Wir geben zu, dass von Lorimer und seiner besonders zahnlosen Spielart des „Marxismus“ angegriffen zu werden, dem gleichkommt, was der britische Politiker Dennis Healey als „von einem toten Schaf angefallen zu werden“ bezeichnete. Normalerweise wäre es witzlos, auf solche Schmähschriften zu antworten, von denen man in Großbritannien von jeder bedeutungslosen Sekte zehn Stück für einen Groschen kriegen kann. Sie haben nie etwas erreicht, aber knirschen mit den Zähnen in fruchtlosem Frust über unsere Erfolge. *Militant* schaffte es als einzige der trotzkistischen Organisationen in Westeuropa bei zwei Gelegenheiten in Großbritannien, sich eine beachtliche Basis in Massenbewegungen von arbeitenden Menschen aufzubauen: Im Liverpool-Kampf 1983-87 und in dem mächtigen Kampf gegen die *Poll tax*, der Thatcher demütigte und sie zu politischer Bedeutungslosigkeit verdammte. Wir haben auch in einer Reihe anderer Länder erfolgreiche Massenarbeit gemacht; Irland, Schweden, Sri Lanka, Nigeria, Österreich usw.

Der Zweck von Lorimers „Artikel“ (der sich auf 25 A4-Seiten beläuft), wird gleich am Anfang enthüllt:

„Der folgende Artikel wurde auf Anfrage von Farooq Tariq, Generalsekretär der Labour Party Pakistan, als erster Beitrag zu einer Diskussion zwischen LPP und DSP über den Charakter des kubanischen sozialistischen Staats und der Kommunistischen Partei Kubas geschrieben.“<sup>13</sup>

Es scheint also, dass die DSP von Farooq Tariq gedrängt wurde, ihn mit Argumenten zu beliefern, die es ihm erlauben würden, sich von seiner früheren Haltung gegenüber Kuba zu distanzieren, als er ein Mitglied des CWI war. Er wurde aus den Reihen des CWI ausgeschlossen, weil seine „Partei“ nicht mehr als eine Frontorganisation für eine Nichtregierungsorganisation (NGO) war, die von den



schwedischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten subventioniert wurde und auf der Basis von Vetternwirtschaft und unkritischer Unterstützung für korrupte Gewerkschaftsführer arbeitete, statt den Aufbau einer unabhängigen revolutionären Partei in Pakistan anzustreben. Die DSP erleichtert somit Leuten wie Farooq Tariq den politischen Rückzug, der einmal zumindest in Worten – obwohl es zweifelhaft ist, ob er die Ideen vollständig verstanden hat – eine prinzipienfeste, trotzkistische, marxistische Herangehensweise an die kubanische Revolution hatte.

## Die permanente Revolution

Die Rechtfertigung für eine ausführliche Antwort auf die von ihnen vorgebrachten Argumente liegt nicht in der Bedeutung der DSP oder von Farooq Tariq selbst. Sie ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Führungen und Mitglieder wichtiger Organisationen, die es jetzt in der neo-kolonialen Welt und anderswo gibt und die in der Zukunft entstehen werden, zu erreichen und von unverfälschten marxistischen Analysemethoden zu überzeugen. Die kubanische Revolution ist nicht von ausschließlich geschichtlichem Interesse. Die komplizierten und widersprüchlichen Umstände, unter denen die kubanische Revolution stattfand, haben Bedeutung für die Lage, die sich gegenwärtig in der neo-kolonialen Revolution entwickelt. In den stürmischen Ereignissen in Venezuela und möglicherweise auch in Ecuador kann man viele der Merkmale finden, welche die Revolution vor mehr als 40 Jahren beinhaltete. Ob diese oder andere Länder den kubanischen Weg beschreiten, ob es überhaupt möglich ist, unter modernen Bedingungen zu wiederholen, was auf Kuba geschah, ist sehr wichtig für die sozialistischen und marxistischen Kräfte in Lateinamerika heute. Ein Missverstehen der wirklichen Lehren der kubanischen Revolution könnte für die revolutionären Kräfte heute fatal sein. Es ist deshalb nicht Pedanterie oder ein Versuch der Selbstrechtfertigung, was uns dazu geführt hat, die Argumente der DSP-Führung in Bezug auf Kuba aufzugreifen.

Bevor wir uns jedoch mit der kubanischen Revolution an sich befassen, ist es notwendig, eine kurze Skizze von Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution und ihrer Bedeutung für heute zu geben. Mit Blick auf die Kritik der DSP an dieser Theorie, sowohl geschichtlich als auch in ihrer Bedeutung für die kubanische Revolution und die Probleme der neo-kolonialen Welt heute ist das besonders notwendig. DSP-Führer John Percy schreibt:

*„Unsere Irrtümer entsprangen dem Schema, das wir hatten – Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution.“<sup>14</sup>*

Angesichts dessen, was sie als eine „sozialistische Revolution“ in Nicaragua betrachteten, warf die DSP, wie wir gesehen haben, Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution über Bord. Trotzki hatte mit Hilfe dieser Theorie die an der russischen Revolution beteiligten Klassenkräfte und deren Ablauf richtig eingeschätzt. Er hatte die Errichtung des ersten Arbeiterstaates im Oktober 1917 theoretisch vorweggenommen. Das wichtigste Gesetz der Dialektik ist: „Wahrheit ist konkret“. Diese Grundannahme des Marxismus ist Lorimer fremd. An ihrer Stelle treten leere ge-

schichtliche Abstraktionen ohne einen Versuch, sich mit der jüngsten oder früheren Geschichte zu befassen. Die Führung der DSP hat jetzt einige Schwierigkeiten, zu erklären, warum die „sozialistische Revolution“, die in Nicaragua unter dem Etikett der „zwei Stufen“ durchgeführt worden war, zur Niederlage und zum Zerfall der sandinistischen Bewegung führte. Der entscheidende Test der Geschichte ist die Praxis. Wenn die nicaraguanische Revolution für die DSP ausreichender Grund war, die Theorie der Permanenten Revolution über Bord zu werfen, warum hat sie dann nicht zum Bruch mit Großgrundbesitz und Kapitalismus und der Errichtung eines Arbeiterstaates in Nicaragua geführt? Lorimer schießt nicht nur eine Breitseite gegen die *Socialist Party*, sondern hat in einer kürzlich erschienenen Broschüre auch 78 Seiten („*Trotsky's Theory of Permanent Revolution: A Leninist Critique*„) auf die angebliche Widerlegung von Trotzki verwendet, und dennoch erwähnt er kein einziges Mal, was sich daraus für die Periode nach 1945 und die gegenwärtige Weltlage ergibt. Das ist kein Zufall. Denn wo Lorimers Ideen ausprobiert wurden, haben sie wie in Nicaragua zu einer Fehlgeburt der Revolution geführt. Darüber hinaus sahen wir in der Vergangenheit in jeder Revolution oder revolutionären Lage, wo sie von den Stalinisten und den zu stalinistischen Theorien Bekehrten wie der DSP angewandt wurden, das selbe Ergebnis.

Was ist Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution? Wie weit stimmt sie mit Lenins Ideen vor 1917 überein und worin unterschied sie sich von ihnen? Die DSP ist unfähig, diese Fragen zu beantworten. Trotzki und Lenin, in der Tat der ganze russische Marxismus, stimmten darin überein, die Hauptaufgabe der russischen Revolution in der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution zu sehen: Beseitigung der feudalen und halbfeudalen Beziehungen auf dem Land, Vereinigung des Landes und die Lösung der nationalen Frage, Demokratie – das Recht, ein demokratisches Parlament zu wählen, freie Presse, Gewerkschaftsrechte usw. – und die Befreiung der Wirtschaft von der Beherrschung durch den Imperialismus. Lenin und Trotzki unterschieden sich von den Menschewiki, die glaubten, dass es die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, der liberalen Bourgeoisie hinterherzulaufen, die sie als wichtigste Kraft der bürgerlich-demokratischen Revolution betrachteten. Darüber hinaus sahen sie die bürgerlich-demokratische Revolution als notwendige Entwicklungsstufe für Russland ohne ernsthafte internationale Auswirkungen. Die verspätete Entwicklung der Bourgeoisie als Klasse und der bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland bedeuteten jedoch, dass sie unfähig zur Vollendung dieser geschichtlichen Aufgabe war. Die Kapitalisten investierten in Grund und Boden und die Großgrundbesitzer investierten in der Industrie. Daher würde jede tiefgreifende bürgerlich-demokratische Revolution auf die Opposition nicht nur der , sondern auch der Bourgeoisie und ihrer politischen Vertreter stoßen, der liberalen bürgerlichen Parteien. Sie hatten immer wieder nicht nur in Russland, sondern auch in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert und anderswo gezeigt, dass sie unfähig zur Durchführung ihrer eigenen Revolution bis zum Ende waren.

Die mächtige und damals einzigartige Entwicklung des russischen Proletariats, die von Trotzki beschrieben wurde, beeinflusste auch die Bereitschaft der liberalen

Bourgeoisie, die Revolution durchzuführen. Sie hatten fürchterliche Angst, – ganz zu Recht, wie die Ereignisse zeigten – dass ein Kampf gegen das tausendjährige zaristische Regime und die sozialen Grundlagen, auf denen es beruhte, die Schleusen öffnen würde, durch die die Arbeiterklasse zusammen mit der Bauernschaft strömen und ihre eigenen Forderungen auf die Tagesordnung stellen würden. Sowohl Trotzki als auch Lenin stimmten daher überein, dass ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der Mehrheit der Bevölkerung Russlands, die einzige zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland fähige Kraft sei. Worin sie sich unterschieden, war die Frage, wer die Führung in diesem Bündnis ausüben würde, das Proletariat oder die Bauernschaft. Wer würde die führende Kraft in der Regierung sein, sobald dieses Bündnis an die Macht gekommen war? Würde es bloß die bürgerlich-demokratische Revolution durchführen oder wäre es gezwungen weiterzugehen?

Trotzki argumentierte in seiner Theorie der Permanenten Revolution, dass die Geschichte die Tatsache bestätigt habe, dass die Bauernschaft (wie oben erklärt) niemals eine unabhängige Rolle gespielt habe. Sie muss von einer der anderen großen Klassen in der Gesellschaft geführt werden: der Bourgeoisie oder der Arbeiterklasse. Lenin und Trotzki stimmten jedoch darin überein, dass die Bourgeoisie ihre eigene Revolution nicht durchführen konnte. Daher, so argumentierte Trotzki, muss die Arbeiterklasse die Führung der Revolution übernehmen und die Massen auf dem Lande hinter sich versammeln. In einer sehr wichtigen Zusammenfassung der „drei Konzeptionen der russischen Revolution“ im August 1939, ein Jahr vor seiner Ermordung durch die Stalinisten, macht Trotzki den folgenden Kommentar über Lenins Formel der *„demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“*. Er erklärt:

*„Lenins Auffassung stellte insofern einen gewaltigen Schritt nach vorn dar, als sie nicht von den konstitutionellen Reformen, sondern von der bäuerlichen Erhebung ausging, die sie für die Hauptaufgabe der Revolution hielt, und die einzige realistische Verbindung der realen Kräfte anzeigte, die diese Erhebung erfolgreich durchführen konnten. Der schwache Punkt der Lenin'schen Konzeption war jedoch der in sich widersprüchliche Begriff der ‚demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘. Lenin selbst betonte die fundamentale Einschränkung dieser Diktatur, wenn er sie offen ‚bürgerlich‘ nannte. Er wollte damit sagen, dass das Proletariat zur Erhaltung seines Bündnisses mit der Bauernschaft gezwungen sein würde, darauf zu verzichten, der unmittelbar bevorstehenden Revolution sogleich sozialistische Aufgaben zu stellen. Das aber bedeutete den Verzicht des Proletariats auf seine Diktatur. Es handelte sich infolgedessen im Grunde um eine Diktatur der Bauernschaft unter Beteiligung der Arbeiter.“<sup>15</sup>*

Aber dann fährt Trotzki fort mit dem Kommentar:

*„Die Bauernschaft war über die Weite eines riesigen Landes verstreut, in dem die Städte die Kontaktstellen bildeten. Auf sich allein gestellt, ist die Bauernschaft nicht imstande, ihre Interessen zu formulieren, da sich diese in jeder Region in einer anderen Weise darstellen. Das ökonomische Band zwischen den Provinzen wird vom Markte und von den Eisenbahnen geschaffen, aber Markt und Eisenbahnen sind in den Händen der Stadt. Versucht sie, sich aus der Enge des Dorfes zu befreien und das Gemeinsame ihrer Ansprüche herauszustellen, so gerät die Bauernschaft unver-*

*meidlich in politische Abhängigkeit von der Stadt. Schließlich bildet die Bauernschaft ihren sozialen Verhältnissen nach keine homogene Klasse: die Schicht der ‚Kulaken‘ [reiche Bauern] will sie natürlich in ein Bündnis der städtischen Bourgeoisie hineinziehen, die unteren Schichten des Dorfes tendieren im Gegensatz dazu nach den städtischen Arbeitern. Unter diesen Umständen ist die Bauernschaft als solche absolut unfähig, die Macht zu übernehmen. Gewiss, im alten China brachten die Revolutionen die Bauernschaft an die Macht, genauer gesagt, die militärischen Führer der bäuerlichen Aufstände. Das führte jedes Mal zur Neuverteilung des Bodens und zur Errichtung einer neuen ‚bäuerlichen‘ Dynastie, worauf die Geschichte von vorn begann: neue Konzentration des Bodens, neues Blühen des Wuchers, neuer Aufstand.“<sup>16</sup>*

Lenin argumentierte, dass die Geschichte entscheiden würde, ob die Bauernschaft in dem vorgeschlagenen Bündnis eine unabhängige Rolle werde spielen können. Lenins Idee war praktisch eine „algebraische Formel“ bezüglich der Frage, welche Klasse, Proletariat oder Bauernschaft, das Bündnis führen würde, was das genaue Erscheinungsbild der Regierung wäre und wie weit es in die Macht der Kapitalisten eingreifen würde. Trotz aller Versuche von Lorimer, die Formel zu verteidigen, sagte ihr Autor, Lenin, im April 1917 selbst, dass die Geschichte sie mit einem „negativen Inhalt“ gefüllt habe. Er brachte zum Ausdruck, dass die Aufgabe jetzt sei, dass das Proletariat unterstützt von der Bauernschaft die Macht übernehme. Um das zu betonen, schlug Lenin auch vor, dass die Bolschewiki ihren Namen in „Kommunistische Partei“ ändern sollten.

Die Lorimers jener Periode – Kamenjew, Sinowjew und Stalin – lehnten Lenins Vorschlag ab und behielten seine alte Formel der „demokratischen Diktatur“ bei. Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution wurde durch die Oktoberrevolution bestätigt, als die Arbeiterklasse durch die Räte die Macht übernahm und die viele Millionen starke Bauernmasse hinter sich führte.

Verbunden mit den Diskussionen innerhalb der russischen revolutionären Bewegung über die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft war die Frage, ob die Bauernschaft ihre eigene Partei schaffen könne oder nicht. Die Arbeiterklasse kam unter Führung der bolschewistischen Partei an die Macht, das heißt, sie errichtete die „Diktatur des Proletariats“ (Arbeiterdemokratie) und führte dann zusammen mit der Bauernschaft die bürgerlich-demokratische Revolution durch, während sie gleichzeitig die sozialistische, das heißt kollektivistische Tätigkeit des Proletariats selbst auf die Tagesordnung stellte.

## Eine „leninistische Kritik“?

Aber Lorimer bestreitet all dies und stellt Lenins „*demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*“ Trotzki's Ideen der Permanenten Revolution gegenüber. In einer unglaublichen Ansammlung von gewollten Fehlinterpretationen, halben Zitaten und Andeutungen fälscht Lorimer zynisch die Geschichte. Er zieht die Ideen, die zum größten Sieg der Arbeiterklasse in der Geschichte führten, in den Schmutz. Karl Radek war einmal ein führendes Mitglied der *Linken Opposition*, kapitulierte dann

aber und machte seinen Frieden mit Stalin, indem er die Theorie der Permanenten Revolution angriff. In seiner Antwort auf ihn wies Trotzki darauf hin, dass Radek selbst „kein einziges Argument gegen die Theorie der Permanenten Revolution ausgedacht“<sup>17</sup> habe. Er war, sagte Trotzki, ein „Epigone“ (ein sklavischer, nicht-denkender Anhänger) der (stalinistischen) Epigonen Lenins. Lorimer ist der moderne Radek, mit der Einschränkung, dass er bei seinen Argumenten gegen Trotzki weniger Talent als Radek zeigt. In seinem Angriff auf Trotzki's Theorie ist kein neuer Kritikpunkt. Ohne unseren Text mit zu vielen abstrakten Zitaten zu belasten, ist es hier notwendig, die Kritik Lorimers über die Permanente Revolution kurz zu skizzieren und zu beantworten. Nur indem man das macht, ist es möglich, die Ursachen für die Rechtfertigung des kubanischen Regimes durch die DSP zu verstehen. Über die russische Revolution von 1905 argumentiert Lorimer:

*„Lenin argumentierte, dass die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution durch ein Bündnis von Arbeitern und Bauern unter der Führung einer marxistischen Partei, der Arbeiterklasse im Bündnis mit der armen, halbproletarischen Mehrheit der Bauernschaft ermöglichen würde, ununterbrochen zur sozialistischen Revolution weiterzugehen.“<sup>18</sup>*

Das ist einfach falsch. Lenin sprach nur gelegentlich vom „ununterbrochenen“ Vorwärtsgen zur sozialistischen Revolution. Diese Idee, „ununterbrochene“ oder „permanente Revolution“ wurde von Trotzki in seinem Buch „Ergebnisse und Perspektiven“ beschrieben, wie wir oben erklärt haben. Lenins zentrale Idee war, dass die bürgerlich-demokratische Revolution dazu führen könnte, die sozialistische Revolution in Westeuropa „anzuregen“, die dann den Arbeitern und Bauern in Russland zur Hilfe kommen und den „Sozialismus“ auf die Tagesordnung setzen würden.

Wenn Lenin konsequent die von Lorimer skizzierte Idee vertreten hätte, dann hätte es bezüglich der Revolution keinen grundlegenden Unterschied zwischen ihm und Trotzki gegeben. Tatsächlich werden die Unterschiede zwischen ihm und Trotzki ein paar Absätze weiter angedeutet, wenn Lorimer schreibt:

*„Die Bolschewiki glaubten, dass der Sieg der demokratischen Arbeiter-Bauern-Revolution in Russland die proletarisch-sozialistische Revolution in den industriell entwickelteren Ländern Westeuropas anregen würde. Der Sieg der proletarisch-sozialistischen Revolutionen in Westeuropa wiederum würde den Weg für das russische Proletariat freimachen, auf dem Weg der sozialistischen Umorganisation der Wirtschaft vorzurücken.“<sup>19</sup>*

Es ist deutlich, dass Lenin sich eine Entwicklungsperiode der Gesellschaft und der Arbeiterklasse zwischen der Machtübernahme durch die „demokratische Diktatur des Proletariats und die Bauernschaft“ und dem Sozialismus vorstellte. Darin ist nichts „Ununterbrochenes“.

Lorimer wiederholt die Legende der Stalinisten, dass Trotzki die Bauernschaft unterschätzt habe, geglaubt habe, dass die Arbeiterklasse in Russland die Revolution allein durchführen könne und gegen ein wirkliches Bündnis der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse gewesen sei. Es gibt keine bessere Antwort auf die Kritik, die dieses Argument verwendet, als Trotzki selbst zu zitieren.

Als ob er auf seine neuesten Kritiker wie Lorimer antworten wolle, die eifrig alle und jeden Artikel von Trotzki studieren, um einen Unterschied zu Lenin zu finden, schreibt er: „Der Teufel kann zu diesem Zweck die Bibel zitieren.“ In seiner Polemik gegen Radek gab er ehrlich zu, dass es „Lücken“ in seiner ursprünglichen Theorie der Permanenten Revolution gab, wobei man bedenken muss, dass sie 1906 veröffentlicht wurde. Die Geschichte, besonders die große Erfahrung der Februar- und Oktoberrevolutionen 1917, hatte diese „Lücken“ gefüllt, aber Trotzki's allgemeine Idee keinesfalls widerlegt, sondern vielmehr bestätigt. Man schaue sich die Ehrlichkeit an, mit der Trotzki die Entwicklung seiner Ideen behandelt im Vergleich zu ihrer falschen Darstellung durch Lorimer. Trotzki schreibt in seiner Antwort auf Radek:

*„Damit will ich aber keineswegs sagen, dass die Konzeption der Revolution in allen meinen Schriften die gleiche, unverrückbare Linie darstellt. Es gibt auch solche Artikel, in denen die Konjunkturverhältnisse und sogar die im Kampfe unvermeidlichen konjunkturpolemischen Übertreibungen unter Verletzung der strategischen Linie hervorstechen. So kann man zum Beispiel Artikel finden, in denen ich über die zukünftige revolutionäre Rolle der Bauernschaft als eines Standes Zweifel äußerte und in Verbindung damit es ablehnte, besonders während des imperialistischen Krieges, die zukünftige russische Revolution als eine ‚nationale‘ zu bezeichnen, da ich diese Bezeichnung als zweideutig empfand. Man darf aber dabei nicht vergessen, dass die uns interessierenden historischen Prozesse, auch die in der Bauernschaft, jetzt bedeutend klarer zu Tage liegen, nachdem sie sich vollzogen haben, als in jenen Tagen, wo sie sich erst entwickelten. Ich will nebenbei bemerken, dass Lenin, – der die Bauernfrage in ihrem ganzen gigantischen historischen Ausmaße keinen Augenblick außer Acht gelassen hat, und von dem wir alle dies gelernt haben – sogar noch nach der Februarrevolution es als ungewiss betrachtete, ob es gelingen würde, die Bauernschaft von der Bourgeoisie loszureißen und dem Proletariat anzugliedern.“<sup>20</sup>*

Lorimer legt großes Gewicht auf den Umstand, dass Trotzki in seinen früheren Schriften auf ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den armen Bauern abzielte statt der „Bauernschaft insgesamt“. Lenin selbst sprach manchmal in der Weise, wie es auch Trotzki machte, von der Verbindung mit den ärmeren Schichten in den Dörfern. Aber die von Lorimer umgangene Schlüsselfrage war, dass die Arbeiterklasse in der Oktoberrevolution 1917 die Masse der Bauernschaft zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution führte, aber dort nicht stoppte. Sie ging dann auf „ununterbrochene“ Weise zum Beginn der sozialistischen Aufgaben in Russland und zur internationalen Ausdehnung der Revolution über. Das fantastische Schema von Lorimer ist, dass die Oktoberrevolution keine sozialistische Revolution gewesen sei, sondern den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution durch die „demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ darstellt. Dies wurde als erste Etappe – entsprechend der Zwei-Etappen-Theorie – von der sozialistischen Revolution getrennt, die angeblich erst im Sommer und Herbst 1918 durchgeführt wurde.

Diese mechanistische Idee, mit der die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution künstlich von den sozialistischen Aufgaben zu trennen versucht wird, ist nicht nur eine völlig unangemessene Einschätzung dessen, was im Oktober 1917 geschah, sondern es wäre auch extrem schädlich, wenn sie auf die gegenwärtig in der

neo-kolonialen Welt bestehende Lage angewandt würde. Lorimer und die DSP – wie schon die Stalinisten vor ihnen – denken, dass die bürgerlich-demokratische Revolution durch eine „demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ durchgeführt werden kann.

Das spiegelt sich konkret in einem Bündnis zwischen Parteien wider und ist mit der von Lorimer verteidigten Idee verbunden, dass „unabhängige“ Bauernparteien bestehen können, die in einer Koalitionsregierung mit Arbeiterparteien zusammenkommen können, um die bürgerliche Revolution durchzuführen. Entgegen Trotzki's Behauptung in seiner Antwort auf Radek, dass die russische Geschichte vor 1917 die Tatsache bestätige, dass es keine stabile, unabhängige Bauernpartei gebe, verweist Lorimer auf die Sozialrevolutionäre. Natürlich gab es in Russland vor 1917 Bauernorganisationen oder Parteien, die vorgaben, die Bauern zu vertreten. Aber diese alle bestanden nur in kurzen, relativ stabilen Perioden und zerfielen dann in Perioden von sozialer Krise, weil sie entlang von Klassenlinien getrennt wurden.

Die *Sozialrevolutionäre (SR)* spiegelten dies 1917 wider. Nach der Februarrevolution 1917 waren sie zusammen mit den Menschewiki eine Stütze für die bürgerliche Koalition und lehnten es ab, das Land den Bauern zu geben. Sie wurden von der Mehrheit der Bauern in Taten abgelehnt. Es ist wahr, dass die Linken Sozialrevolutionäre, die sich von den SR abspalteten, für eine kurze Zeit nach der Oktoberrevolution an der Macht teilhatten. Sie nahmen im Vergleich zu den Bolschewiki eine Minderheitenposition ein, was in Lenins ursprünglicher Idee der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft nicht klar vorhergesehen war (er ließ es offen, welche Klasse oder welche eine Klasse vertretende Partei in der Koalitionsregierung vorherrschen würde).

Trotzki argumentierte in seiner Theorie der Permanenten Revolution klar dafür, dass die Arbeiterklasse vorherrschen und die Bauernschaft führen würde. Darüber hinaus war die schnelle Trennung der Linken SR von der Regierung selbst eine Widerspiegelung des wachsenden Klassenkonflikts an ihrer Basis, unter der Bauernschaft und ein Anzeichen für ihren unausgereiften Mittelklasse-Charakter. Trotzki antwortete auf diejenigen, welche wie Lorimer heute argumentierten, dass die Situation der Doppelherrschaft zwischen Februar und Oktober 1917 eine Verwirklichung oder teilweise Verwirklichung der demokratischen Diktatur gewesen sei, als er schrieb:

*„Hinweise darauf, dass die demokratische Diktatur sich in der ‚Doppelherrschaft (in bestimmten Formen und bis zu einem bestimmten Grade) verwirklicht‘ hätte, hat Lenin nur in der Periode zwischen dem April und dem Oktober 1917 gemacht, d.h. bevor die wahre Verwirklichung der demokratischen Revolution tatsächlich vollzogen wurde.“<sup>21</sup>*

Es erforderte die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse im Oktober 1917, um die bürgerlich-demokratische Revolution durchzuführen und dann sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab zu den sozialistischen Aufgaben überzugehen.

## Falsche Analyse der Revolution

In all jenen Fällen, wo die Theorie der zwei Etappen oder das glattgebügelte Bild von Lenins Idee der „*Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*“ in die Praxis umgesetzt wurden wie in China zwischen 1925 und 1927 und in vielen anderen Fällen in der neo-kolonialen Welt, hat es zur Fehlgeburt oder zum Scheitern revolutionärer Prozesse und zur Zerstörung der Blüte des Proletariats geführt. Es hat zur Unterordnung der Vertreter der Arbeiterorganisationen unter kleinbürgerliche Parteien geführt, die in Koalitionsregierungen letztlich die Bourgeoisie vertraten. Mit anderen Worten, der politische Ausdruck der veralteten Losung der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ in der modernen Epoche sind „Volksfronten“ oder volksfrontähnliche Regierungen, die immer wieder zu Niederlagen der Arbeiterklasse führten.

Die falsche Position von Lorimer und der DSP zur Frage der Permanenten Revolution führte sie zu einer irrigen Analyse der kubanischen Revolution. Sie behaupten, dass ihre „Zwei-Etappen-Theorie“ die kubanische Revolution erklärt. Fidel Castro führte zunächst eine „demokratische“ Etappe durch, wobei er seine wirklichen „sozialistischen“ und „kommunistischen“ Ansichten die ganze Zeit verbarg, und ging dann etwas später zum Aufbau des „Sozialismus“ über. Die Wirklichkeit der kubanischen Revolution ist davon gänzlich verschieden. Die bedeutenden Ereignisse dieser Revolution bestätigen in der Tat, wie wir zu zeigen hoffen, eindrucksvoll Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution, allerdings in verzerrter Weise. Diese Verzerrungen entstanden, wie wir sehen werden, hauptsächlich wegen des Fehlens einer revolutionären Massenpartei auf Kuba, die sich bewusst auf die Arbeiterklasse stützte.

Lorimers Kritik zielt auf eine kurze, aus drei von mir selbst geschriebenen Artikeln zusammengestellte und 1978 erstmals veröffentlichte Broschüre ab. Dieser Angriff auf diese zwanzig Jahre alte Broschüre wurde jedoch nicht bei vollem Tageslicht durchgeführt, damit Aktivisten und die weltweite Arbeiterbewegung aus den wahrgenommenen „Fehlern“ von mir, *Militant* und dem CWI lernen könnten. Sie wurde in *The Activist* veröffentlicht, einem internen Bulletin der DSP! Wir erfuhren von Lorimers bissiger Attacke nur, weil uns ein australischer Sympathisant eine Nummer dieses Bulletins zuschickte. Die DSP stellt sich durch ihre Wochenzeitung *Green Left Weekly* gerne als ein freundlicher, ansprechbarer „Förderer“ von Organisationen und linken Führern auf der ganzen Welt dar, die wirklich für Sozialismus kämpfen. Gelegentlich lassen sie die Maske fallen und werden gegenüber ihren Gegnern in der Arbeiterbewegung Australiens und weltweit sehr bissig. Die australischen Unterstützer des CWI, die *Socialist Party*, früher die *Militant Socialist Organisation*, erfuhren so eine Behandlung. Die DSP hat uns als „bedeutungslos“ abgetan und trotzdem versucht, unsere australische Organisation zu hofieren, versucht, sie in ihre Reihen zu ziehen und ihnen Positionen in ihrem Nationalkomitee angeboten, während sie hinter den Kulissen heimlich und giftig die Führung und die Mitgliedschaft des CWI angegriffen hat.



Das zeigt sich klar in der Sprache und den Methoden, die von Lorimer verwendet werden, um unsere Analyse zu Kuba in Misskredit zu bringen. Er deutet an, dass ich kein Recht hätte, Castro und die kubanische Führung zu kritisieren. Er schreibt: „*Taaffe, von seiner verhältnismäßigen geistigen Freiheit des ‚demokratisch-kapitalistischen‘ England aus, ist sich nicht im Klaren über die großen Schwierigkeiten der kubanischen Revolution und des kubanischen Staates. Er behauptet, die Socialist Party habe ein leblose parlamentarische Strategie für Großbritannien. „Taaffe“ versuche, diese Strategie vom „bequemen“ Großbritannien aus einem armen Land wie Kuba aufzuzwingen.*

„*Seiner Ansicht nach hätten die kubanischen Revolutionäre nur ein ‚klares sozialistisches Programm‘ präsentieren sollen, vielleicht wie das, das er (Taaffe) fast ein Vierteljahrhundert lang präsentiert hat, d. h. mit einem ‚Sozialismus‘, der durch die Wahl einer mit einem ‚Ermächtigungsgesetz‘ zur Verstaatlichung der Industrie bewaffneten Labour-Party-Mehrheit im Parlament erreicht wird!*“<sup>22</sup>

Wir lesen auch über „Taaffes“ angebliche „Märchen“ über die kubanische Revolution. Lorimer weist unsere angebliche unheilbare „*sektiererische Feindschaft gegen über Castro*“ ab, die „*castrophobisch*“ sei. Weil es so schön ist, wird obendrauf das angebliche „*undemokratische Regime, das Taaffe im CWI praktiziert*“ als Beweis für die falsche Analyse, die wir von der kubanischen Revolution gemacht haben aufgeführt. Das kommt alles vom Führer einer Partei, der DSP, die in ihrer eigenen Organisation Fraktionen verbietet und eine ähnliche Haltung innerhalb der *Kubanischen Kommunistischen Partei (PCC)* unterstützt. Man vergleiche das mit den Methoden der *Socialist Party* in Großbritannien und dem CWI. Im Verlauf der Auseinandersetzung über die Änderung unseres Namens und in der intensiven Debatte über die Bildung der *Scottish Socialist Party (SSP)* in Schottland wurde jeder einzelne schriftliche Beitrag im internen Material veröffentlicht (so umfangreich, dass die Führer der DSP sich mir gegenüber beschwerten, dass sie nicht alle unsere internen Bulletins lesen könnten, als ich 1997 Australien besuchte). Darüber hinaus hat die *Socialist Party* anders als die DSP die Bildung von „Tendenzen“ und Fraktionen erlaubt.<sup>23</sup>

Lorimer zieht es vor, sich auf meine Broschüre von vor 20 Jahren zu konzentrieren, deren Hauptlinien ich immer noch verteidigen würde, aber ignoriert eifrig die aktuelle CWI-Broschüre von Tony Saunois, „*Che Guevara – Symbol of Struggle*“, die eine aktuelle Analyse enthält und die Punkte ausfüllt, die ich 1978 nur gestreift habe. Wir werden trotzdem versuchen, Lorimers Angriffen auf uns zu antworten. Wir werden das in der Reihenfolge machen, in der er sie in seinem Artikel vorbringt. Wir müssen das wegen der unlogischen und unzusammenhängenden Weise machen, in der er seine Argumente vorbringt und wegen der Darstellungsweise seiner Position. Wir werden die wichtigsten Ereignisse der kubanischen Revolution nicht ausbreiten, sondern nur im Vorübergehen berühren. Die interessierten Leserinnen und Leser können sich mit diesen Ereignissen vertraut machen, indem sie die in diesem Buch nachgedruckten Originalartikel lesen.

Sein erster wichtiger Punkt behandelt den Charakter Kubas nach dem Sturz Batistas und der Beseitigung von Großgrundbesitz und Kapitalismus. Er zieht falsche und

oberflächliche Vergleiche mit den Prozessen der russischen Revolution und dem Charakter des Staats unter Lenin und Trotzki und beschäftigt sich damit ob Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution richtig war oder nicht.

Von Anfang an begrüßten wir die kubanische Revolution als gewaltigen Fortschritt. Auch die inzwischen verstorbenen Führer des VS, vor allem Ernest Mandel sowie Joseph Hansen von der amerikanischen *Socialist Workers Party* begrüßten den Sieg der kubanischen Revolution korrekterweise. Aber sie machten eine falsche Charakterisierung des Staats, der aus der Revolution entstand. Sie beschrieben das Regime von Castro und Che Guevara als das 60er-Jahre-Gegenstück zu dem, was die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki zwischen 1917 und 1923 errichtet hatten. Letzteres war ein gesunder Arbeiterstaat, aber mit gewissen „bürokratischen Deformationen“. Diese „Deformationen“ ergaben sich aus der Isolierung der russischen Revolution, die ein Ergebnis des Verrats an der revolutionären Welle in Westeuropa vor allem durch die Führer der sozialdemokratischen Organisationen war. Vom marxistischen Standpunkt ist jedoch ein gesunder Arbeiterstaat mit „bürokratischen Deformationen“ etwas völlig anderes als ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat.

Ein gesunder Arbeiterstaat mit „bürokratischen Deformationen“ und ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat unterscheiden sich wie eine Warze und ein monströses Geschwür, das den „Körper“, die Planwirtschaft zu vernichten droht. Bei ersterem besteht die Aufgabe im „Reformieren“, der Korrektur der bürokratischen Deformationen durch verstärkte Arbeiterkontrolle und internationale Ausweitung der Revolution. In einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat hat sich eine bürokratische Kaste von der Kontrolle durch die Massen losgelöst. Zur Errichtung eines gesunden Arbeiterstaats reichen keine „Reformen“ aus. Eine Arbeiterdemokratie kann nur durch einen Wechsel des politischen Regimes erreicht werden. Das erfordert wiederum eine politische Revolution.

Die DSP-Führer haben die ursprüngliche Analyse des VS zu ihrer logischen Schlussfolgerung geführt und sind jetzt unkritische Unterstützer von Leuten wie Castro und anderen „radikalen“ Führern oder Organisationen, besonders in der neokolonialen Welt. Sie glauben, dass Kuba ein gesunder Arbeiterstaat war und immer noch ist. Das wird aus dem, was Lorimer sagt, deutlich:

*„Es reicht nicht, auf die Fälle hinzuweisen, in denen die Castro-Führung Fehler gemacht hat oder falsche Haltungen zu Weltereignissen eingenommen hat. Wenn das ein Kriterium wäre, um zu entscheiden, dass eine Führung nicht die allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats ihres Landes vertritt, dann müssten wir folgern, dass es solch eine Führung auf der Welt noch nie gegeben hat. Es hat nie ein revolutionäre proletarische Führung gegeben, – und das schließt Marx und Lenin ein, ganz zu schweigen von ihren heutigen Anhängern – die keine Fehler gemacht hat oder falsche Positionen zu Ereignissen eingenommen hat, die in anderen Ländern stattfanden.“<sup>24</sup>*

Also steht Castro auf gleicher Stufe mit Lenin und Marx (Trotzki wird nicht einbezogen, weil die DSP mit Trotzki's Ideen gebrochen hat). Lorimer fährt fort, das kubanische Regime als gesunden Arbeiterstaat zu charakterisieren:

*„Eine bloße Auflistung von bürokratischen Deformationen im kubanischen politischen System ist nicht ausreichend, um die Schlussfolgerung zu untermauern, dass die Klasseninteressen des kubanischen Proletariats nur durch den revolutionären Sturz des Castro-Regimes verteidigt und gefördert werden können. Lenin beobachtete 1921-22, dass das proletarische Regime, an dessen Spitze er stand, bürokratische Deformationen hatte. Aber kein echter Marxist hätte gefolgert, dass das bedeutet hätte, dass die Verteidigung der Klasseninteressen des russischen Proletariats damals den revolutionären Sturz des bolschewistischen Regimes erfordert hätten. Wie in Sowjetrußland gab es im revolutionären Kuba von Anfang an ein Problem mit Bürokratismus, der Annahme von Privilegien, der Korruption einzelner Beamter... Aber das ist nicht dasselbe wie der politische Triumph einer herauskristallisierten kleinbürgerlichen gesellschaftlichen Schicht, wie sie in Rußland von Stalin vertreten wurde.“<sup>25</sup>*

Diese völlig falsche Analyse zeigt, dass die DSP-Führung weder die russische Revolution und den Charakter des aus ihr hervorgegangenen Staates verstanden hat noch die Kräfte, welche die kubanische Revolution prägten und ihr bis heute ihren Stempel aufdrücken. Wir hoffen, es gelingt uns, das im Folgenden zu beweisen.

## Lenin und Castro

---

Sowohl in bezug auf die an der kubanischen Revolution beteiligten Klassenkräfte als auch auf Castros politische Entwicklung bedienen sich Lorimer und die DSP eines krassen Impressionismus. Sie kritisieren meine Broschüre über Kuba, weil sie angeblich falsche Angaben über Castros politische Positionen enthält. Sie bestreiten unsere Einschätzung, dass Castro bis 1961 „*nichts anderes war als ein radikaler Mittelklasse-Demokrat, dessen Ideal das demokratische kapitalistische Amerika war.*“ Die Entwicklung von Castros Ideen und Taten ist keine zufällige oder zweitrangige Frage. Sie wirft ein Licht auf die Prozesse in den neo-kolonialen Ländern zum Zeitpunkt der kubanischen Revolution. Sie zeigt, wie radikale Führer in Zeiten extremer wirtschaftlicher und sozialer Krisen ein ganzes Stück weiter gehen können als sie ursprünglich vorhatten. Einige von ihnen, wie im Falle Kubas, gingen dabei über den Rahmen des Kapitalismus hinaus.

Die derzeitige Krise in Venezuela hat einen kleinbürgerlichen Armee-Offizier, Chavez, extrem radikalisiert. Man kann nicht im voraus sicher sagen, wie weit er gehen wird. Eine neue Weltwirtschaftskrise wird Lateinamerika noch stärker verwüsten und könnte Chavez noch weiter nach links drücken. Diese Entwicklung könnte andererseits auch an eine Grenze gelangen. Das Nicht-Vorhandensein einer revolutionären Massenpartei mit einer klaren, weitsichtigen Führung ist der einzige Grund, warum Kapitalismus und Großgrundbesitz in Venezuela nicht durch eine soziale Revolution abgeschafft werden.

Theoretisch ist es nicht ausgeschlossen, dass sich in den nächsten Jahren eine Massenbewegung nach dem Vorbild der kubanischen Revolution in der neo-kolonialen Welt entwickelt. Andererseits gibt es heute keine stalinistischen Staaten, die zum Zeitpunkt der kubanischen Revolution sowohl als ein Vorbild für die radikalisierten kleinbürgerlichen Führer dienten als auch wirtschaftliche Unterstützung bereit stellten. Trotzdem wird das Beispiel Kubas wieder aktuell werden in den Wellen von Radikalisierung und Revolution, die in den nächsten Jahren vor allem in der neo-kolonialen Welt aufkommen werden. Es ist daher absolut wichtig für die Arbeiterklasse, ein klares Bild von der kubanischen Revolution zu haben, sowohl von ihren großen Errungenschaften als auch von ihren Begrenztheiten, die ein Ergebnis der Entwicklung der Revolution und ihrer Hauptfiguren sind. Dabei ist vor allem das Fehlen wirklicher Arbeiterdemokratie zu nennen.

In Bezug auf Castros politische Perspektiven gibt Lorimer zu, dass Castro in einem Interview mit dem bekannten amerikanischen Journalisten Herbert Matthews während des Kampfes gegen Batista sagte:

*„Sie können sicher sein, dass wir die USA und das amerikanische Volk nicht ablehnen ... Wir kämpfen für ein demokratisches Kuba und das Ende der Diktatur.“*

Aber dann kritisiert Lorimer mich:

„Taaffe sagt uns nicht, was seiner Meinung nach Castro zu diesem Zeitpunkt zu einem US-Journalisten hätte sagen sollen.“<sup>26</sup>

Die DSP und andere argumentieren, – im Nachhinein –, dass Castro eine bewusste Strategie verfolgte, um Gegner einer sozialistischen Revolution auf Kuba über seine wahren Absichten zu täuschen. Wir gaben in unserer Broschüre von 1978 schon die Antwort auf solche Argumente:

„War das vielleicht ein kluger Schachzug, um vor allem die Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu täuschen? Im Gegenteil. Alles deutet darauf hin, dass Castro und seine Anhänger ihren Kampf nicht mit klarem sozialistischem Programm und Perspektiven begonnen hatten wie es Lenin und die Bolschewiki in Russland getan hatten.“<sup>27</sup>

Lorimer bestreitet dies und versucht, kaum zu glauben, Lenin für sich in den Zeugenstand zu rufen. Dabei befürwortet Lorimer die stalinistische Etappen-Theorie für die neo-koloniale Welt.

Er behauptet, dass

„Lenin und die Bolschewiki ihre Basis unter den Arbeitern und Bauern für den Kampf gegen die zaristische Autokratie oder - nach dem Februar 1917 - gegen die Großgrundbesitzer-Kapitalisten-Regierung von Kerenski nicht auf der Grundlage eines ‚sozialistischen Programms‘ (ein Programm für die vollständige Enteignung des bürgerlichen Eigentums in der Industrie) aufgebaut haben.“<sup>28</sup>

Diese falsche Argumentation passt perfekt zur Ablehnung von Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution, welche die russische Revolution und Lenins Aprilthesen theoretisch vorwegnahm, durch die DSP. Als Lenin 1917 am Finnischen Bahnhof ankam, drehte er den opportunistischen Vertretern des Petrograder Sowjets – Sozialrevolutionären und Menschewisten – den Rücken zu und wandte sich mit dem berühmten Satz an die versammelten Arbeiter: „Ich grüße euch als Avantgarde der kommenden sozialistischen Weltrevolution.“ Lenin und die Bolschewiki stellten zwischen Februar und Oktober 1917 eine Reihe von Übergangsforderungen auf, die mit der weiteren Existenz von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Russland nicht vereinbar waren.

Lenins Broschüre „Die kommende Katastrophe“ war in der Tat ein Übergangsprogramm, welches an den Tagesforderungen der russischen Arbeiter und Bauern ansetzte und sie mit der Idee der sozialistischen Revolution verknüpfte. In dieser Broschüre spricht sich Lenin für die Übernahme, Verstaatlichung der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ aus. Das wäre unmöglich gewesen, wenn Lenin, wie Lorimer behauptet, nicht vor dem Oktober 1917 eine sozialistische Revolution befürwortet hätte. In den Aprilthesen kam Lenin zu den gleichen Schlussfolgerungen wie Trotzki. Er argumentierte, dass die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution nur durch die Machteroberung des Proletariats – verbündet mit der Bauernschaft – vollendet werden können. Die Oktoberrevolution war eine sozialistische Revolution. Die Staatsmacht war durch die demokratisch gewählten Sowjets in den Händen der Arbeiterklasse. Wir werden später darauf zurückkommen.

Lorimer meint, Lenin und die Bolschewiki hätten genauso wenig wie Castro in der Zeit vor 1960 eine ausgearbeitete Vorstellung gehabt. Er stützt dies darauf, dass die Bolschewiki erst im Herbst 1918 den Großteil der Industrie verstaatlichten, als sie wegen des Verlaufs des Bürgerkrieges und der Sabotage der Kapitalisten dazu gezwungen waren. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Die Bolschewiki analysierten vor ihrer Machtübernahme, dass sie die entscheidenden Teile der Wirtschaft schon bald verstaatlichen müssten und sagten dies offen. Aber um der kulturell niedergedrückten Arbeiterklasse Zeit zu geben, die Kontrolle und Verwaltung der Industrie zu erlernen, wurden die Fabriken im Eigentum der Kapitalisten belassen und ein System der Arbeiterkontrolle wurde eingeführt.

Die Debatte über Castros Ansichten vor seiner Machtübernahme ist 40 Jahre alt. Eines ist allerdings sicher. Castro war, anders als Lenin und Trotzki, nie erklärter „Marxist“. Im Gegenteil, er hat sich Mühe gegeben, sich vom „Marxismus“ und „Kommunismus“ zu distanzieren. Nichts deutet darauf hin, dass er schon zum Zeitpunkt der Revolution ein „Marxist“ war, wie die DSP und Castro selbst später behaupteten. Wenn dies so gewesen ist und er dies aus „taktischen“ Gründen verschwie, dann war es falsch, dies zu tun. Kann Lorimer uns ein Beispiel dafür geben, dass Lenin zwischen Februar und Oktober 1917 seine Ansichten vor den Arbeitern und Bauern Russland geheim hielt? Lorimer hält es für richtig, dass Castro seine Ansichten verschwie, wie wir später sehen werden. Das zeigt, dass die DSP nicht nur die stalinistische Etappen-Theorie in bezug auf die neo-koloniale Welt übernommen hat, sondern sich auch der stalinistischen Methode bedient, das wahre Programm vor den Massen zu verstecken, um sie nicht „abzuschrecken“. Allerdings sprechen die Augenzeugenberichte von Mitkämpfern Castros in der Revolution gegen Lorimers Argumente aus dem „bequemen“ Sydney 40 Jahre später. Das gleiche gilt für die fähigsten Kommentatoren zur Zeit der Revolution und seither.

Carlos Franqui war ein heldenhafter Aktivist des 26. Juli in der kubanischen Revolution zusammen mit Castro und Che Guevara. In der ersten Zeit der Revolution war er verantwortlich für die „castristische Propaganda“ und war Organisator des „Kongresses der Intellektuellen“ in Havanna Ende 1967. Angesichts der Tatsache, dass er durch Castro ins Exil getrieben wurde, ist seine Kritik natürlich manchmal subjektiv und persönlich geprägt. Sie kommt allerdings von einem „sozialistisch-humanistischen“ Standpunkt. In seinem Buch *„Familienporträt mit Fidel“* beschreibt er die bürokratische Entartung der Revolution *„fast von Beginn an“*. Er kommentiert Castros ideologische Position vor der Revolution:

*„Die Fragen, welche die Leute immer wieder stellten, waren: war Fidel ein Kommunist? Ist er ein Kommunist geworden? Ist er ein Kommunist? Was war sein Plan? War es wirklich Kubas Situation – die wirtschaftliche Abhängigkeit und die US-Blockade – die Kuba in die Arme der Sowjetunion getrieben hatte? Absolut niemand hielt Fidel für einen Kommunisten.. Wir wussten, dass Raúl ein Kommunist war, auch Che, dass Camilo, Ramiro, Celia, Haydée und einige Kommandanten sowie andere Aktivisten auch Kommunisten waren. Aber niemand, der ihn aus nächster Nähe kannte, schätzte Fidel so ein, mich eingeschlossen, nicht einmal seine intelligentesten Feinde.“<sup>29</sup>*

Franqui gibt auch eine Antwort auf Lorimers Behauptung, dass Castro nach dem Sturm auf die Moncada-Kaserne und dem folgenden Gerichtsverfahren und der Haft ein verdeckter „Leninist“ geworden sei:

*„Während des Gerichtsverfahren der Moncada-Gruppe tauchte ein Lenin-Buch unter den Beweisstücken auf. Es ist schon seltsam, wie sich geschichtliche Ereignisse in nachhinein ändern. Während des Prozesses wurden die von Batistas Staatsanwalt vorgebrachten Anschuldigungen zurückgewiesen. Jahre später wurde das selbe Buch als eine Art Orden behandelt, das erste Mal, dass Lenin im Zusammenhang mit der kubanischen Revolution erwähnt wurde. ‚Die Geschichte wird mir Recht geben‘ war Fidels erste politische Stellungnahme, aber weder die Ideen noch die Sprache lassen auf einen klammheimlichen Kommunismus schließen. Fidels Schriften und Manifeste zwischen 1953 und 1958 sind von den Ideen her folgerichtig. Er spricht darüber, die Verfassung von 1940 wieder einzusetzen, über demokratische Wahlen und über Reformen. Massiv weist er die Anschuldigungen des Batista-Regimes, er sei ein Kommunist, zurück. Als ob das nicht genug wäre, gründete er die ‚Bewegung des 26. Juli‘ zu einem Zeitpunkt, als die Kommunisten [also die moskautreuen Stalinisten] den Aufstand, den Guerilla-Krieg und die Sabotage ablehnten.“<sup>30</sup>*

Niemand anders als Che Guevara bezeichnete Castro als einen „linken Bürgerlichen“<sup>31</sup>. Guevaras Aussage wiegt etwas schwerer als Lorimers Geschichts-Idealisierung. Noch einmal Franqui zu Castros bunter ideologischer Entwicklung. :

*„Im Juli 1958, draußen in der Sierra, machte Fidel einige überraschende Bemerkungen zu Jules Dubois, einem amerikanischen Korrespondenten mit Verbindungen zum US-Außenministerium. Einige der jungen Radikalen aus Santiago – Nilsa Espin, Rivero und der Vorsitzende der Studenten-Vereinigung, Jorge Ibarra, verließen die ‚Bewegung des 26. Juli‘ wegen des Konservatismus dieser Äußerungen. Tatsächlich waren Fidels Stellungnahmen so reaktionär, dass es schon verdächtig war. Bis zum Ende des Krieges und zum Beginn von 1959 hielt niemand Fidel für einen Kommunisten. Als dann 1959 die Agrarreform starten sollte und Fidel sich jeglicher Äußerungen enthielt, begannen Raúl und Che einige Dinge anzupacken, vor allem die Übernahme von Plantagen durch kommunistische Bauernführer. Fidel kritisierte diese Methoden scharf, wies die Rückerstattung der Ländereien an und sagte, die Agrarreform würde strikt legal verlaufen. Bei seinen Besuchen an der Universität und den Büros von ‚Bohemia‘ und ‚Revolución‘ sagte er mit lauter Stimme: ‚Ich glaube nur an die Revolution. Ich werde jeden erschießen, der sich gegen die Revolution wendet, Raúl und Che eingeschlossen!“.“<sup>32</sup>*

Franqui betont noch einmal Fidel Castros empirische Methode, wie er auf Situationen reagierte und davon beeinflusst wurde:

*„Fidel spielte kein Spiel mit Raúl und Che. Sie wussten nicht, woran sie bei ihm waren. Raúl hatte so die Nase voll davon, dass er mir eines Tags sagte, dass er nach Santo Domingo ginge wenn sich die Dinge nicht bald ändern würden. Noch einmal: war Fidel ein Kommunist oder nicht? Lasst uns damit beginnen, objektiv zu sein und das heißt, Fidel nicht ernst zu nehmen, wenn er sagt: ‚Ich bin jetzt kein Kommunist noch bin ich es je gewesen‘ oder ‚Ich bin Marxist-Leninist und werde das immer sein.‘ Lasst uns mit Fidel im Gefängnis auf der Isla de Pinos beginnen, wo er nach dem Überfall auf die Moncada-Kaserne anderthalb Jahre saß. Er schien die meiste Zeit mit Lesen zugebracht zu haben und hat dabei ernsthaft Marx, Engels, Lenin und Trotzki studiert. Lenin faszinierte ihn, aber nicht nur Lenin, auch Robespierre.“<sup>33</sup>*

Castro hatte weder eine „verborgene“ noch eine ausdrückliche Perspektive, die jener der Bolschewiki ähnelte noch hatte er ein Programm wie Lenins Aprilthesen, die auf die Machtergreifung in Russland im Oktober 1917 abzielten. Das wird absolut klar, wenn wir die Äußerungen von Castro, Guevara und vielen anderen zu Rate ziehen, die am Guerilla-Kampf gegen das Batista-Regime teilnahmen. In der Stellungnahme, die zur Zeit des Angriffes auf die Moncada-Kaserne verfasst und nach der Einnahme eines Radio-Senders 1953 verlesen wurde, erklärt Castro:

*„Die Revolution erklärt ihre feste Absicht, auf Kuba ein Programm der allgemeinen Wohlfahrt und der wirtschaftlichen Prosperität zu verwirklichen: Die Fruchtbarkeit seines Bodens soll erhalten bleiben, die Vorteile der geografischen Lage werden genutzt und die Diversifizierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung vorangetrieben ... Die Revolution spricht den Arbeitern ihren Respekt aus ... und erklärt, dass von nun an endgültig und vollständig soziale Gerechtigkeit herrscht. Die Grundlagen dafür ist ökonomischer und industrieller Fortschritt, entsprechend einem gut organisierten und zeitlich festgelegten Plan ... Die Revolution bekennt sich zu den Idealen von Martí und stützt sich auf sie ... und übernimmt das revolutionäre Programm von Joven Cuba, der ABC Radikal und der PRC (Orthodoxo) ... Die Revolution erklärt ihren unbedingten und ehrfürchtigen Respekt vor der Verfassung, die dem Volk 1940 gegeben wurde.“<sup>34</sup>*

Außerdem waren die fünf Punkte Castros, die nach der Eroberung der Moncada-Kaserne 1953 verkündet werden sollten, sehr gemäßigt und in keiner Weise unvereinbar mit dem Fortbestand des Kapitalismus auf Kuba. Hugh Thomas, der bekannte Historiker der kubanischen Revolution, kommentiert:

*„Man kann nicht sagen, dass dieses Programm einer bestimmten politischen Philosophie verpflichtet war ... Das Programm konzentrierte sich auf jene Aspekte der kubanischen Gesellschaft, die Castro aus eigener Anschauung kannte - Landwirtschaft und Erziehungswesen, Wohnungsmarkt und soziale Frage. Viele der im Programm genannten Maßnahmen scheint sich Castro selbst ausgedacht haben ... und vermutlich hat Castro ... niemanden zu Rate gezogen ... An diesem Programm überrascht die maßvolle Zurückhaltung, mit der Castro das Zuckerproblem angehen wollte ... Insgesamt wäre den ‚colonos‘ ein Anteil von 55 Prozent der Zuckerproduktion zugestanden worden ... Die Verwirklichung aller geplanten Maßnahmen hätte kaum ausgereicht um Kuba - wie gefordert - wirtschaftlich unabhängig zu machen.“<sup>35</sup>*

Thomas fährt fort:

*„Castro hat sehr viel Aufhebens gemacht um Yara und Baire, Martí und Maceo: Castro mochte etwas über Marx wissen und jene, die Lenin nicht kannten, als Ignoranten betrachten, aber er kannte Martí eindeutig besser. Wie andere zuvor sah er sich selbst als Martí, als den jungen Mann, der die verschiedenen in Opposition zu Spanien stehenden Gruppen zu einer Bewegung vereinte, den Mann der heroischen Reden wie der Taten, den Redner und Soldaten, Gegner der Tyrannen par excellence, unbestechlicher Erneuerer. Castro ließ sich auf den Moncada-Angriff tatsächlich ein, ohne eine ausgearbeitete Ideologie zu haben, nur mit dem Wunsch ausgestattet, den ‚Tyrannen‘ Batista zu stürzen und dann weiterzumachen und die verrottete Gesellschaft zu zerstören, die institutionalisierte ‚normale‘ Gewalt des alten Kuba, dessen Symptom und nicht Grund Batista war.“<sup>36</sup>*

Während der Haft, die dem Scheitern des Moncada-Angriffs folgte, so erklärt Franqui, las Castro Lenin, so wie Dutzende anderer Führer nationaler Befreiungs-



bewegungen vor und nach ihm. Das bedeutete jedoch nicht, dass er zum Zeitpunkt des Beginns des Guerilla-Kampfes eine ausgearbeitete marxistische Ideologie samt Programm und Perspektiven entwickelt hätte. Wie zuvor erwähnt, nahm er in seinem Interview mit Herbert Matthews Stellung:

*„Sie können sicher sein, dass wir keine Ablehnung gegen die Vereinigten Staaten oder das amerikanische Volk empfinden ... wir kämpfen für ein demokratisches Kuba und das Ende der Diktatur. Wir sind keine Gegner der Militärs ... wir wissen, viele einfache Soldaten sind gut, ebenso viele Offiziere.“<sup>37</sup>*

Hugh Thomas erklärt:

*„Klar ist, dass Matthews in Castro einen Sozialdemokraten sah. Das heißt natürlich nicht, dass Castro sich selbst auch so verstand. Begriffe wie ‚Anti-Imperialismus‘ und ‚demokratisch‘ sind Auslegungssache.“<sup>38</sup>*

Nachdem die Fakten geschaffen und die Macht erobert war, behauptete Castro, dass er schon immer auf eine marxistische Sicht der Dinge festgelegt war, offensichtlich ein Versuch, seinen Kampf und den der Guerilla als bewusster sozialistisch darzustellen als er tatsächlich war.

Und die DSP akzeptiert Castros Worte. Die Zeugnisse nicht nur von bürgerlichen Historikern wie Hugh Thomas und anderen weisen auf das Gegenteil hin. Guevara selbst, ein unbestechlicher Augenzeuge, erklärte im Oktober 1960:

*„Die Hauptakteure der Revolution haben keinen in sich schlüssigen Standpunkt. ...“*

Er fügt hinzu:

*„Aber es kann nicht behauptet werden, dass sie die verschiedenen Konzepte der Geschichte, der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Revolution, die heute in der Welt diskutiert werden, ignoriert hätten.“<sup>39</sup>*

In seinem Buch *„Che Guevara“* kommentiert Jon Lee Anderson:

*„Che ging davon aus, dass die Mitstreiter des 26. Juli von ihrer bürgerlichen Erziehung und ihrer privilegierten Schulbildung geprägt waren und daher bei ihrem Kampf keine sonderlich radikalen Ziele verfolgten. Seine Vermutung, dass zwischen seinen und ihren Vorstellungen Welten lagen, erwies sich als richtig. Die marxistische Konzeption einer radikalen gesellschaftlichen Umwälzung war ihnen fremd. Die meisten sahen das Ziel ihres Kampfes darin, eine korrupte Diktatur zu beseitigen und durch eine Demokratie nach westlichem Vorbild zu ersetzen ... In Einzelgesprächen, vermerkt Che in seinem Tagebuch, ‚konnte ich bei den meisten ... anti-kommunistische Tendenzen feststellen.‘“<sup>40</sup>*

Anderson kommentiert auch Matthews berühmtes Interview mit Castro:

*„Matthews definierte die politischen Ziele der ‚Rebellenarmee‘ praktisch mit den Kategorien eines Roosevelt’schen Liberalismus. ‚Es handelt sich um eine revolutionäre Bewegung, die sich selbst als sozialistisch bezeichnet. Sie ist jedoch auch nationalistisch, was in Lateinamerika in der Regel gleichbedeutend mit antiamerikanisch ist. Ihr Programm ist eher vage und beschränkt sich auf einige grundsätzliche Prinzipien, doch es bietet Kuba eine Art New Deal, es ist radikal, demokratisch und deshalb antikommunistisch. Seine wahre Stärke beruht darauf, dass es*

*gegen die Militärdiktatur von Präsident Batista gerichtet ist ... [Castro] glaubt an Freiheit und Demokratie, an soziale Gerechtigkeit und an die Notwendigkeit einer neuen Verfassung und freier Wahlen.*<sup>41</sup>

## Castros Ideologie

Die Ansichten von Zeitzeugen, die Kommentare von Leuten wie Anderson, welche die Tatsachen sorgfältig abgewogen hatten, bedeuten für Lorimer und die DSP nichts. Castro hatte einen „gerissenen Plan“, den er vor der Mehrheit der Kämpfer des 26. Juli, vor den Bauern, der Masse der kubanischen Arbeiterklasse und denjenigen geheim hielt, welche die Guerilla unterstützen und zum Sieg verhalfen. Wenn es so war, zeigt das nur, dass Castro eine machiavellistische Person war, bevor er an die Macht kam. Tatsächlich gibt Franqui Beispiele für seine bonapartistischen Tendenzen, mit denen er zwischen verschiedenen Gruppen des 26. Juli balancierte und welche sich nach dem Triumph der Revolution frei entfalten konnten. Sein Programm war, wie die DSP glaubt, „Sozialismus durch Tarnung“, welches sozialdemokratische Führer und Stalinisten in der Vergangenheit vertreten hatten. Das ist nicht dasselbe wie die wahren Ideen des Marxismus, von Marx, Engels, Lenin und Trotzki. Che Guevara nannte ein passendes Argument gegen die „getarnten“ Argumente von Lorimer und der DSP. Er antwortete auf ein Mitglied des 26. Juli, der für Vorsicht eintrat, um die USA nicht zu provozieren:

*„Du gehörst also zu jenen, die meinen, wir könnten eine Revolution hinter dem Rücken der Amerikaner machen ... Was bist du für ein Scheiße-Fresser! Wir müssen diese Revolution von Anfang an zu einem Kampf bis zum Tod gegen den Imperialismus machen. Eine wirkliche Revolution kann nicht versteckt werden.“*<sup>42</sup>

Man vergleiche dies mit einer früheren Aussage von Castro, die von Tad Szulc bei dessen USA-Besuch 1959 dokumentiert wurde. Szulc ist ein besonders wichtiger Zeuge. Während der Arbeit an seinem Buch hatte er unbegrenzten Zugang zu Fidel Castro. Er schreibt:

*„In bezug auf die Frage des Kommunismus in Kuba, die in Washington [mit Castro] immer wieder angesprochen wurde, wiederholte er immer wieder, dass ‚wir keine Kommunisten sind‘, dass, wenn tatsächlich Kommunisten in seiner Regierung vertreten seien, ‚ihr Einfluss gleich null ist‘ und dass er nicht mit dem Kommunismus übereinstimme. Um die Amerikaner in der Phase nach dem Sieg zu beschwichtigen, während des Prozesses der Konsolidierung, kündigte Castro an, dass Kuba kein ausländisches privates Kapital (was hauptsächlich den Besitz von amerikanischen Konzernen betraf) enteignen und sogar zusätzlich Investitionen fördern würde, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.“*<sup>43</sup>

Lasst uns für einen Moment annehmen, dass Castro klug taktierte und wirklich sein Programm für die sozialistische Revolution verheimlichte. Wir meinen, dass es auch in diesem Fall falsch gewesen wäre, wie auch Che Guevara argumentierte, wenn Marxisten die Tatsache verheimlicht hätten, dass sie für die sozialistische Revolution und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft stehen. Es mag richtig sein, unter den Bedingungen des Kampfes gegen eine Diktatur oder eine Autokratie geschickte

Redewendungen zu nutzen. Die Bolschewiki machten dies zum Beispiel in der zaristischen Duma, einem undemokratischen Parlament, um Übergangsforderungen aufzustellen, welche die Massen zur Notwendigkeit der sozialistischen Revolution hinleiteten, ohne ausdrücklich Sozialismus zu erwähnen. Sie mussten sich beispielsweise nach der Niederlage der Revolution von 1905-07 wegen der Zensur *Konsequente Demokraten* nennen. Es war auch nötig am Vorabend der Oktoberrevolution das genaue Datum und die einzelnen Schritte des Aufstandes, der Großgrundbesitz und Kapitalismus stürzen sollte, vor der herrschenden Klasse zu verheimlichen.

Aber solchen Bedingungen sah sich Castro oder die *Bewegung 26. Juli* nicht gegenüber, vor allem nicht nach der Machtübernahme 1959. Es wäre legitim gewesen, hätte sich Castro von den Stalinisten, den „Kommunisten“ distanziert, die eine so traurige Rolle während der kubanischen Revolution gespielt hatten, aber nicht, einfach zu sagen „Wir sind keine Kommunisten“. Eine bewusste sozialistische Führung wäre schon vorher und zum Zeitpunkt der Revolution über die Notwendigkeit im Klare gewesen, die Arbeiterklasse vorzubereiten und ihr in Kuba und weltweit den Charakter der Revolution und das Programm ihrer Führung zu erklären. Von Beginn an die Notwendigkeit des Sozialismus zu erklären, dies mit einem Programm der Arbeiterdemokratie zu verbinden – von Räten, der jederzeitigen Wähl- und Abwählbarkeit von Funktionären – dies hätte die Kampfbereitschaft und das Bewusstsein der kubanischen Arbeiterklasse gesteigert. Doch es waren nur die Ereignisse, die Angriffe und Provokationen des US-Imperialismus und deren Auswirkungen auf die kubanischen Massen, welche Castro zögernd und empirisch in die Richtung drängten, mit Großgrundbesitz und Kapitalismus zu brechen.

Die Führer der kubanischen Revolution hatten nicht das bewusste Programm und die Perspektiven von Lenin und den Bolschewiki. Allerdings behauptet Lorimer, dass Lenin bis zur Revolution im Februar 1917 nicht für den Sozialismus eingetreten sei. Es stimmt, dass Lenin eine Reihe spezieller Forderungen aufstellte – Land für alle Bauern, alle Macht den Sowjets, sofortigen Frieden, Arbeiterkontrolle in der Industrie usw. Aber der Grundton, die umfassende Idee, die mit all diesen Forderungen im ganzen Jahr 1917 verbunden war, war die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution in Russland als Auftakt der weltweiten sozialistischen Revolution. Während des Kampfes um die Verwirklichung der Übergangsforderungen würden die Massen verstehen, auch die Bauernschaft, dass diese Forderungen nicht im Rahmen von Großgrundbesitz und Kapitalismus verwirklicht werden können und würden daher die Idee des sozialistischen Umsturzes unterstützen.

Das war der Kern der Lenin'schen Ideen, die entgegen den Argumenten der DSP, mit Trotzki's Perspektiven übereinstimmen, welche dieser in seiner berühmten Theorie der Permanenten Revolution ausgeführt hatte. Es ist einfach unglaublich, auf der Basis eines einzigen Artikels aus dem September 1917 zu argumentieren, die Bolschewiki wären nicht für den Sozialismus eingetreten. Das schreibt Lorimer:

„Es gibt keinen einzigen Hinweis auf ‚Sozialismus‘ oder ‚sozialistische Revolution‘ in diesem ganzen Artikel.“<sup>44</sup>

Wenn die Bolschewiki nicht die Idee der sozialistischen Revolution vertreten hätten, warum beschreibt dann John Reed in *„Zehn Tage, die die Welt erschütterten“* Lenin, wie er auf dem zweiten Sowjetkongress nach der Revolution die Worte benutzt: *„Wir sollen jetzt vorwärts schreiten, um die sozialistische Ordnung aufzubauen.“*<sup>45</sup> Außerdem erklärt John Reed, dass selbst die Bauernsoldaten, als sie von Menschewiki in Diskussionen herausgefordert wurden, die Revolution als den Beginn der sozialistischen Weltrevolution sahen.

In Lorimers Händen wird Lenin von einem revolutionären Sozialisten zu einer liberalen Pappkameraden, die niemals den russischen Arbeitern und Bauern offen die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erklärte. Damit zeigt er seine vollkommene Ignoranz gegenüber den realen Prozessen der russischen Revolution. Das lässt sich auch an seinen Kommentaren über Trotzki's Übergangsprogramm von 1938 erkennen, welches er versucht, argumentativ gegen uns zu verwenden. Trotzki war mit Haut und Haaren gegen die stalinistische Idee der zwei Etappen in der Revolution (was hingegen die DSP beständig vertritt). Die Vertreter dieser falschen Idee gehen davon aus, dass Bewegungen in der neo-kolonialen Welt sich darauf beschränken sollten, die Agrarrevolution zu vollenden, das Erbe des Feudalismus zu beseitigen, den Imperialismus zu entmachten und nationale Unabhängigkeit zu erreichen und den Sozialismus auf später zu verschieben. Aber die Verwirklichung der oben beschriebenen Aufgaben, so argumentierte Trotzki, sei unauflöslich damit verbunden, dass die Arbeiterklasse die Macht ergreifen müsse, in einem Bündnis mit der armen Bauernschaft. Dies wäre der Ausgangspunkt für die sozialistische Revolution. Der Kampf für demokratische Übergangsforderungen war verbunden mit der Idee des Sozialismus und der sozialistischen Revolution.

Die DSP verwirft diese Herangehensweise und vertritt die Meinung, dass radikale und revolutionäre Bewegungen in der neo-kolonialen Welt wie in Kuba 1959 oder in Indonesien heute vermeiden sollten, sich als sozialistisch zu bezeichnen oder auch nur zu erklären, dass ihr Endziel Sozialismus sei. In Bezug auf Kuba erklärt Lorimer: *„Wenn [Castro und der 26. Juli] dies getan hätten, wäre es sehr unwahrscheinlich gewesen, dass sie hätten erfolgreich sein können, weil die überwältigende Mehrheit der kubanischen Arbeiter und Bauern ‚Sozialismus‘ mit den stalinistischen Polizeistaaten in Osteuropa gleichsetzte (erinnern wir uns daran, dass Castro seinen Kampf auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges begann – zwischen Stalins Niederschlagung des ostdeutschen Arbeiteraufstandes 1953 und Chruschtschows Zerschlagung der ungarischen Arbeiterrevolution 1956).“*<sup>46</sup>

Es lohnt sich, bei den erstaunlichen Ideen Lorimers und der DSP zu verweilen. Die kapitalistischen Ideologen haben ohne Zweifel die Existenz der stalinistischen Regime als Schreckgespenst benutzt, um den Massen Angst vor einem wirklichen demokratischen Sozialismus einzujagen, nicht nur in der neo-kolonialen Welt sondern auch in den industrialisierten Ländern. Doch wirkliche Marxisten und Sozialisten können dies nicht bekämpfen, indem sie das sozialistische Programm über Bord werfen. Es war und es ist nötig zu unterscheiden zwischen der ökonomischen Basis Osteuropas und der Sowjetunion – einer geplanten Wirtschaft – und der

entsetzlichen Karikatur auf den Sozialismus andererseits, den die stalinistischen Einparteien-Regime darstellten.

Trat die DSP während des Kalten Krieges für den Sozialismus ein? Wenn ja, sündigte sie gegen eines der Gebote, welches Lorimer in seiner unglücklichen Abhandlung formuliert hat: die Existenz von stalinistischen Regimes führt dazu, dass es Marxisten verwehrt ist, für eine Form des demokratischen, pluralistischen Sozialismus einzutreten. Das bezieht sich nicht nur auf die Vergangenheit während des Kalten Krieges, sondern betrifft auch die Vertreter sozialistischer Ideen heute. Die totalitären Einparteien-Regime sind zwar verschwunden, aber die Erinnerung an sie bleibt und wird ohne Zweifel wieder von den bürgerlichen Ideologen belebt werden, wenn sich erneut eine mächtige Bewegung für Sozialismus in der Arbeiterklasse entwickelt.

Die Ideologie Fidel Castros, wie die der meisten Kämpfer des *26. Juli*, war nicht in sich geschlossen. Unbestritten ist, dass Castro, während er im Gefängnis saß, wie viele andere Führer nationaler Befreiungsbewegungen Ideen von Lenin, Marx und Mao aufnahm (sicher trifft das auf Guevara zu), aber er hatte keine Ideologie ähnlich den Ideen Lenins, dem Marxismus, ganz zu schweigen von Trotzki. Er zielte auch nicht darauf, eine Bewegung oder eine Partei auf der Grundlage der kollektiven historischen Erfahrung der Arbeiterklasse aufzubauen.

Die Unfähigkeit Lorimers, die grundlegenden Unterschiede in Bezug auf die beteiligten gesellschaftlichen Kräfte zwischen der russischen Revolution und Kuba zu erkennen, führt auch dazu, dass er das Phänomen der chinesischen Revolution von 1944 bis 1949 und später auch der vietnamesischen Revolution nicht versteht. (Aus den Vietnam-Protesten entstand der Vorläufer der DSP). Im Fall der russischen Revolution fiel der Arbeiterklasse, geführt von einer bewussten marxistischen Partei, die Schlüsselrolle zu. Die revolutionäre Abschaffung des Großgrundbesitzes und des Kapitalismus in der neo-kolonialen Welt nach 1945 entwickelte sich in gänzlich anderer Form. Die Revolution basierte anfänglich auf den Kämpfen der ländlichen Massen.

Lorimer versucht irgendwie unsere Annahme, dass die *Bewegung 26. Juli* sich auf die Bauernschaft und die ländliche Bevölkerung stützte, zu erschüttern. Es macht ihn nicht einmal die Tatsache nachdenklich, dass der Kampf Castros und Guevaras sich auf den Guerilla-Krieg stützte. Jeder des Lesens kundige Marxist versteht, dass dies nicht die traditionelle Kampfmethod der Arbeiterklasse, sondern der Bauernschaft ist. Guevara macht dies kategorisch klar. 1960 schrieb er:

*„Im unterentwickelten Lateinamerika muss das Land der Schauplatz des bewaffneten Kampfes sein.“*

Er wies jene zurück, die *„dogmatisch annehmen, dass der Kampf der Massen sich in den städtischen Bewegungen konzentriert und dabei total vergessen, dass die ländliche Bevölkerung in den unterentwickelten Ländern Lateinamerika eine enorm wichtige Rolle spielt.“*<sup>47</sup>

Guevara hatte bei seiner Kritik der „Dogmatiker“ die stalinisierten „Kommunistischen“ Parteien des Kontinents im Kopf, die eine Politik der Passivität praktizierten und eine Etappen-Theorie vertraten und den Kampf der städtischen Arbeiterklasse nicht mit dem der ländlichen Massen verbanden. Sowohl Castro als auch Guevara und alle ernsthaften Kommentatoren der kubanischen Revolution verstanden, dass der Kampf der *Bewegung 26. Juli* zuallererst auf dem Land stattfand. Nur Lorimer meint, dass in Castros Bewegung die Landbevölkerung und die Arbeiterklasse gleichermaßen einbezogen worden wären. Um die Realität in sein abstraktes Schema zu zwingen, bestreitet er, dass die treibende Kraft der Revolution vor allem die Landbevölkerung war, eine Auffassung, die sämtliche ernst zu nehmende Zeitzeugen der kubanischen Revolution, einschließlich ihrer führenden Kämpfer vertraten.

An keiner Stelle unserer Broschüre sprechen wir davon, dass sich Castro „ausschließlich“ auf die Bauernschaft stützte, wie auch Lorimer zugeben muss, indem er eine Aussage von uns zitiert: *„Castro und Guevara stützten sich auf die Bauern und die Landbevölkerung.“*

Hugh Thomas beschäftigte sich mit der Klassenstruktur Kubas Mitte der 50er Jahre und beschreibt, dass es 200.000 Bauernfamilien gab, von denen *„140.000 sehr arm waren und nicht mehr als eine caballeria (etwa 15,4 ha) bestellten – Boden, der häufig nicht einmal Eigentum, sondern gepachtet war oder illegal benutzt wurde.“* Neben dem seiner Aussage nach *„großen Anteil an Bauern“* gab es in Kuba ca. 600.000 Landarbeiter, rund die Hälfte davon Zuckerrohrschneider, die nur während der Erntezeit beschäftigt werden. Er kommentiert:

*„Ein Teil von ihnen betrieb ein wenig Landwirtschaft nebenher – wenn man bei dem Besitz von etwas eigenem Land mit einigen Hühnern davon überhaupt sprechen kann. Von diesen Landarbeitern deutlich unterschieden waren die etwa 100.000 Arbeiter in den Zuckerfabriken: Sie bildeten die Aristokratie der Arbeiterschaft und spielten eine dominierende Rolle in Kubas Gewerkschaftsbewegung. Einen hohen Organisationsgrad wies auch das städtische Proletariat mit seinen 400.000 Familien auf.“<sup>48</sup>*

Der Guerilla-Kampf von Ende 1956 an bis zur Flucht Batistas Anfang 1959 stützte sich auf die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten. Die städtische Arbeiterklasse wurde für materielle und moralische Unterstützung genutzt, manchmal auch durch Streikaktionen, aber der Brennpunkt des Kampfes lag auf dem Land, wie von Castro und Guevara ausdrücklich beschrieben wurde. Lorimer und die DSP argumentieren, dass es falsch wäre, davon zu sprechen, die *Bewegung 26. Juli* hätte sich auf die *„Bauernschaft und die ländliche Bevölkerung“* gestützt, da es schließlich ein großes ländliches Proletariat gegeben hatte. Doch dieses Argument ist nur ein Taschenspielertrick. Richtig, die Existenz eines großen ländlichen „Proletariats“ war wichtig, aber es änderte nichts daran, dass sich der *26. Juli* auf die Bauernschaft stützte. Wie das obige Zitat von Hugh Thomas zeigt, hatten einige dieser Arbeiter, mit ihren Hühnern und ihrem kleinen Stück Land, ein gemischtes Bewusstsein, halb Bauer, halb Arbeiter. Wir wiederholen: ihre Unterstützung, genau wie die des städtischen Proletariats, war

ein Hilfsmittel für die Guerilla, die sich vor allem auf die armen Bauern und die Landbevölkerung stützte. Dies drückte der Bewegung ihren Stempel auf und markierte den Unterschied zur Basis der bolschewistischen Partei, für die in der russischen Revolution die bewusste Bewegung der Arbeiterklasse zentral war.

Die Argumente der DSP, dass Castros Guerilla-Armee sich ebenso auf die Arbeiter wie auf die Bauern stützte, können mit Guevara widerlegt werden:

*„Der Guerillero ist vor allem ein Agrarrevolutionär. Er setzt die Wünsche der bäuerlichen Massen um, die zu den Besitzern des Landes werden wollen, zu den Besitzern der Produktionsmitteln, der Tiere, von allem, wonach sie nach Jahren dürsten, was ihr Leben ausmacht und sie ins Grab bringen wird.“<sup>49</sup>*

Die DSP zieht die Unterstützung der Arbeiterklasse für die Guerilla an den Haaren herbei. Natürlich gab es sie. Es gab ähnliche Unterstützung für die chinesische Revolution. Aber im Unterschied zur russischen Revolution waren in China und Kuba jeweils andere soziale Kräfte dominierend – die Bauern – und die Arbeiterklasse spielte eine untergeordnete Rolle. Die DSP zitiert zwar unsere Annahme aber antwortet nicht darauf:

*„Lenin stütze sich auf die Arbeiterklasse. Er ging davon aus, das die Arbeiter im Kampf gegen den Zarismus die Bauern führen würden. Castro und Guevara stützen sich auf die Bauern und die Landbevölkerung. Die Arbeiterklasse trat erst mit einem Generalstreik in Havanna in den Kampf, als die Guerilla schon gesiegt hatte und Batista um sein Leben rannte.“<sup>50</sup>*

Die Tatsache, dass Castro durch eine überwiegend ländliche Bewegung an die Macht kam, hat den Charakter seiner ganzen Bewegung bestimmt. Nur durch die besondere Kombination von Umständen kam Castro – der sich zu Beginn niemals hätte vorstellen können, über die kapitalistische Demokratie hinauszugehen – in die Situation, bei der Abschaffung des Kapitalismus auf Kuba federführend zu sein.

## Das weltweite Kräfteverhältnis

---

Lorimer reitet voller Ironie auf unserer Formulierung „*besondere Kombination von Umständen*“ herum und versucht die Idee lächerlich zu machen, dass ein „*radikaler Mittelklasse-Demokrat, dessen Ideal das demokratisch-kapitalistische Amerika war*“ eine soziale Revolution angeführt hat. Für ihn besteht das politische Spektrum aus schwarz und weiß. Er ist daher nicht nur nicht in der Lage, die kubanische Revolution zu verstehen, sondern auch nicht die frühere chinesische Revolution, die wirklichen Triebkräfte der vietnamesischen Revolution, die Ereignisse in Angola, Mozambique und sonst auf der Welt. Diese Revolutionen waren „*einzigartig*“ und wiesen keine Parallelen zu früheren „*klassischen*“ Revolutionen auf, vor allem nicht zu der in Russland. Sie erwuchsen aus und wurden beherrscht von der „*besonderen Kombination von Umständen*“.

Was waren diese Umstände? Sie waren das Produkt des weltweiten Kräfteverhältnisses der Klassen nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Gegensatz zu Trotzki's Erwartungen ging der Stalinismus ebenso wie der US-Imperialismus gestärkt aus dem Krieg hervor. Durch den Verrat an der revolutionären Welle von 1943 bis 1947 in Europa durch die „*kommunistischen*“ Parteien und die Sozialdemokratie entstanden die politischen Grundlagen für den langen Aufschwung in der gesamten kapitalistischen Welt von 1950 bis 1973. In der Mehrheit der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas blieb die bürgerlich-demokratische Revolution jedoch unvollendet. Wie schon beschrieben, geht Trotzki in seiner Theorie der Permanenten Revolution davon aus, dass die organisierte Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, die in der Lage ist, Mehrheit der „*Nation*“ – die armen Bauernmassen und das städtische Kleinbürgertum – hinter sich zu versammeln. Nach der Durchführung der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution würde die Arbeiterklasse ihre Macht benutzen zu den sozialistischen Aufgaben der Revolution überzugehen, im nationalen Rahmen, aber auch auf internationaler Ebene.

Betrachtet man die russische Revolution nur als ein rein nationales Ereignis, hätten die Menschewiki gegen Lenin, Trotzki, die Bolschewiki und Rosa Luxemburg Recht gehabt. Russland, ein vorwiegend agrarisches, industriell rückständiges Land, mit 80 Prozent Landbevölkerung, war nicht reif für den Sozialismus. Marx erklärte, dass der Aufbau des Sozialismus einen höheren Stand von Technik und Arbeitsproduktivität erfordern würde als im höchstentwickelten kapitalistischen Land, heute die USA. Russland war weit davon entfernt. Aber Russland war, in den Worten Lenins, das „*schwächste Glied in der Kette des Weltkapitalismus*“, welches die Weltrevolution auslösen könnte, wenn es den Weg der Revolution gehen würde.

Lenin hatte diese Einschätzung. Selbst als er für die „*demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*“ eintrat (diese Parole wurde später zugunsten der „*Diktatur des Proletariats*“ fallengelassen, was nichts anderes bedeutet als einen demokrati-



schen Arbeiterstaat oder eine Arbeiter- und Bauernregierung), ging er davon aus, dass das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern den Prozess in Gang setzen könnte, die bürgerlich-demokratische Revolution in Russland zu vervollständigen. Dies würde die sozialistische Revolution im Westen auslösen, zum Beispiel in Deutschland, was wiederum Auswirkungen auf Russland in der Form haben würde, dass auch dort die sozialistischen Aufgaben auf die Tagesordnung kämen. Es findet sich nichts von Lenins Internationalismus, nichts davon, die Revolution in einem Land als ein Teil der Weltrevolution zu sehen, nichts von der Idee, dass nur die Arbeiterklasse in der Lage ist, konsequent eine internationalistische Perspektive zu haben, in den Schriften von Lorimer und der DSP. Der entscheidende Punkt ist, dass sich in der Periode nach 1945 die klassischen Bedingungen für die permanente Revolution, wie sie zur Zeit der russischen Revolution existierten, nicht gleichermaßen in der neo-kolonialen Welt entwickeln konnten.

Einerseits sahen und sehen wir die Verkommenheit von Großgrundbesitz und Kapitalismus in der neo-kolonialen Welt. Das traf selbst auf die wirtschaftliche Aufschwungphase von 1950-73 zu, als einige der neo-kolonialen Länder Krümel abbekamen, die vom Tisch der industrialisierten Länder hinunterfielen. Die nationale Bourgeoisie dieser Länder war schwach und unfähig, die Gesellschaft weiter zu entwickeln.

Die „Tigerstaaten“ in Südostasien bildeten eine Ausnahme. Ironischerweise waren es die USA – in Japan – oder das US-hörige Regime in Taiwan, welche dort von oben eine der wichtigsten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution durchführten: die Enteignung der Großgrundbesitzer. Wegen der Bedrohung, die das neue siegreiche stalinistische Regime in China darstellte war dies notwendig geworden. Zusammen mit dem Zugang zum US-Markt war dies ein Hauptfaktor, der den Weg für die Entwicklung des Kapitalismus freimachte und die spektakulären Wachstumsraten der „Tiger“ bis in 90er Jahre ermöglichte.

Auf der anderen Seite wurde der Arbeiterklasse in vielen Ländern durch die falsche Politik der „kommunistischen“ Massenparteien, die unter der Vorherrschaft stalinistischer und reformistischer Führer standen, die Möglichkeit verwehrt, die gleiche Rolle wie die russische Arbeiterklasse 1917 zu spielen. Die Sackgasse, in der sich die Gesellschaft befand, hatte auch Auswirkungen auf die Mittelschichten einschließlich der kleinbürgerlichen Offizierskasten. Sie nahmen die Rückständigkeit sehr deutlich wahr und spürten die Unmöglichkeit des Fortschritts der Gesellschaft auf der Grundlage des überkommenen Großgrundbesitzes und des Kapitalismus. Sie suchten nach einem Ausweg.

Einige dieser radikalisierten Kleinbürger kamen aus einer stalinistischen oder ex-stalinistischen Tradition. So Mao-Tse-Tung und Tschu-En-Lai, die sich nach der Niederlage der chinesischen Revolution 1925-27 in ländliche Gebiete zurückgezogen und die Rote Armee gegründet hatten. Diese Armee basierte größtenteils auf der Bauernschaft, was wiederum den Horizont ihrer Führer beeinflusste, die laut Trotzki die „Ex-Führer“ einer Arbeiterpartei waren. In den Gebieten, die im Zweiten

Weltkrieg unter der Kontrolle der Roten Armee standen, existierte schon ein neuer Staat und damit eine Bürokratie in embryonaler Form. Zum Ende des Krieges hin war das Großgrundbesitzer-Kapitalisten-Regime der Kuomintang unter Tschiang-Kai-Tschek komplett diskreditiert. Dadurch entstand ein Vakuum in der chinesischen Gesellschaft. Als die Rote Armee in die Städte einrückte, existierte schon das Gerüst einer Bürokratie, die der organisierten Arbeiterklasse und der Idee der Arbeiterdemokratie feindlich gegenüberstand. Allerdings gab es keinen Weg nach vorne auf der Grundlage der alten Gesellschaft. Daher enteigneten Mao und die Rote Armee Schritt für Schritt Großgrundbesitz und Kapital, führten die Verstaatlichung des Bodens und der Mehrheit der Industrie durch und schufen von Anfang an einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat. Sie balancierten dabei zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft, der Bauernschaft, der Arbeiterklasse und Teilen des Bürgertums. Darin zeigten sich die Haupttendenzen von Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution, allerdings in Form einer Karikatur. Ursprünglich war die bewusste Rolle der Arbeiterklasse als Führer der Revolution ein zentraler Bestandteil von Trotzki's Theorie. Das war in China und Kuba nicht der Fall. Daher bedeuten diese Ereignisse eine teilweise Widerlegung der Theorie der Permanenten Revolution. Eine soziale Revolution, die Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus findet statt, aber ohne dass die Arbeiterklasse eine direkt führende Rolle spielt. Trotzdem – wegen der besonderen Kräfteverhältnisse national und international, vor allem wegen der Sackgasse, die der Kapitalismus für diese Gesellschaften darstellte – konnte eine bonapartistische Elite, die sich auf eine Bauernarmee stützte, zwischen den Klassen balancieren und die soziale Revolution leiten. Das Ergebnis war ein deformierter Arbeiterstaat und kein Staat, in dem die Arbeiterklasse und die armen Bauern die direkte Kontrolle und Verwaltung über Industrie und die Gesellschaft insgesamt durch demokratisch gewählte Räte ausüben.

## Chruschtschow und die kubanische Revolution

Laut Lorimers Schema ist solch eine Entwicklung unmöglich. Wie aber entstand das stalinistische Regime in China, eine geplante, verstaatlichte Wirtschaft, beherrscht von einem totalitären Ein-Parteien-Regime, wenn nicht durch die „besonderen Kräfteverhältnisse“ nach dem Zweiten Weltkrieg, welche so nicht von Trotzki vorhergesehen werden konnten? Mehr noch, was haben Lorimer und die DSP über die Ereignisse in Osteuropa zu sagen, wo eine ähnliche Entwicklung stattfand, in diesem Fall durch die Agentur des russischen Stalinismus, der die Enteignung der Fabriken und der Ländereien überwachte, nach dem die einheimischen Kapitalisten und Feudalherren geflohen waren? Trotzki meinte: *„Gegen einen Löwen benutzt man ein Gewehr, gegen eine Fliege Zeigefinger und Daumen.“* Mehr war in Osteuropa nicht nötig, um die letzten Spuren von Kapitalismus und Feudalismus hinweg zu fegen. Das führte zur Errichtung von Gesellschaften und Staaten nach dem Moskauer Modell, zu Planwirtschaften mit stalinistischen Regimen. Von Beginn an gab es kein Element von Arbeiterkontrolle- und verwaltung, denn dies wäre eine tödliche Bedrohung für das politische Monopol der Bürokratie gewesen. Die kubanische Revolution unterschied sich von dem, was in China und Osteuropa passiert war, sowohl in ihrer Entwicklung

als auch in Bezug auf ihre führenden Figuren. Castro, Guevara und die anderen Anführer der *Bewegung 26. Juli* kamen nicht aus der stalinistischen Tradition, waren anfangs politisch offen und zeigten beispielhaften revolutionären Mut und Ausdauer im politischen und militärischen Kampf gegen das Batista-Regime und auch später. Auf andere wichtige Unterschiede zu China und Osteuropa kommen wir später noch zu sprechen. Allerdings existierten die gleichen grundlegenden Bedingungen: die Ausweglosigkeit des kubanischen Großgrundbesitzes und des Kapitalismus, die relative Lähmung der Arbeiterklasse, Ergebnis der Rolle der PSP (*Partido Socialista Popular* = *Sozialistische Volkspartei*, Kubas „kommunistische“ Partei vor der Revolution) und ihrer Führung, die massive Unzufriedenheit einer zunehmend radikalisierten Mittelklasse, aus der auch Castro stammte und der Dilettantismus der Eisenhower-Regierung in den USA.

Lorimer betrachtet die Vorstellung, dass die „Fehler“ des US-Imperialismus die Radikalisierung von Castro und Kuba vorangetrieben und dazu gezwungen haben, mit Feudalismus und Großgrundbesitz zu brechen, mit Spott. Zeitzeugen, die keineswegs mit Castro sympathisierten bestätigen unsere Analyse, dass Nixon und Eisenhower mit Castro und Kuba stümperhaft umgingen und eine Reihe „Fehler“ machten. Philip W. Bonsal, zu der Zeit US-Botschafter in Havanna, berichtete später über das Frühjahr 1959:

*„Die massive wirtschaftliche und militärische Hilfe, die er später aus der Sowjetunion erhielt, war zu diesem Zeitpunkt nicht von Castro geplant ... er orientierte sich erst Richtung Abhängigkeit von der Sowjetunion, als die USA mit ihren Aktionen im Frühjahr und Sommer 1960 den Russen keine andere Wahl ließen als Castro zu Hilfe zu eilen.“*

Tad Szulc bestätigt Bonsals Eindrücke:

*„Man kann sicher argumentieren, dass Castro sich für eine hausgemachte marxistische Lösung entschieden hätte, ohne wirtschaftlich und militärisch von den Russen abhängig zu werden, wenn die USA keine tödliche Gefahr gewesen wären. Jugoslawien und China sind naheliegende Vergleiche. Außerdem verging mindestens ein Jahr, bevor die sowjetische Unterstützung auf der Insel ankam. In dieser Zeit hätte Washington nicht alle Wege verbauen müssen.“<sup>51</sup>*

Wie weit Castro Richtung „hausgemachter marxistischer Lösungen“ gegangen wäre und ob dies zur Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus geführt hätte, kann diskutiert werden. Unbestreitbar ist jedoch, dass die grobe Stümperei der US-Regierung in dieser Phase die Beseitigung des Kapitalismus beschleunigt und Castro in Moskaus Arme getrieben hat. Was die russischen Stalinisten angeht, so hatten sie vorher keine Kenntnis von den wichtigen Personen der kubanischen Revolution oder eine Vorstellung davon, wohin sich die Revolution entwickelt. Wie die meisten anderen Beobachter schlussfolgerten sie, durchaus korrekt im Gegensatz zu Lorimers Ansicht, dass die Führer des *26. Juli* typische lateinamerikanische Revolutionäre waren. KGB-Agent Alexander Alexejew war beauftragt, den Kontakt mit Castro und Guevara herzustellen. Er schrieb, dass er ursprünglich

*„Misstrauisch in Bezug auf Fidels wirkliche politische Ziele war, und, wie er später zugab, Kuba nicht seine volle Aufmerksamkeit gewidmet hat. Ich machte mir nicht viele Gedanken über die*

*kubanische Revolution. Ich dachte, sie wäre wie viele andere (bürgerliche) lateinamerikanische Revolutionen ... und ich war mir sicher, es wäre keine sehr ernste Sache.*“<sup>52</sup>

Georgi Kornenko, ein weiterer hochrangiger Sowjetfunktionär schrieb über die Haltung des Kreml nach Castros Sieg:

*„Ich erinnere mich, wie Chruschchow im Januar 1959 fragte, als Castro das neue Regime verkündete: ‚Was für Leute sind das? Wer sind sie?‘ Aber niemand wusste eine Antwort auf die Frage ... weder die Geheimdienste noch das Außenministerium noch die Internationale Abteilung des Zentralkomitees. Wir wussten tatsächlich nicht, wer diese Leute in Havanna waren. Wir schickten Telegramme an unser Auslandsbüro, später an die Geheimdienste und andere Stellen. Einige Tage später erhielten wir ein Telegramm von einem unserer lateinamerikanischen Hauptbüros – ich glaube aus Mexiko – mit einigen Informationen über Castro und seine Leute. Es standen dort Informationen, dass wenn auch nicht Fidel selbst so doch vielleicht Raúl ... sehr wahrscheinlich Che ... und einige andere Leute in Fidels Umgebung marxistische Standpunkte vertraten. Ich war dabei, als Chruschchow diese Informationen mitgeteilt wurden. ‚Wenn es wirklich so ist‘, sagte er, ‚dass diese Kubaner Marxisten sind und die eine sozialistische Bewegung in Kuba aufbauen, wäre das fantastisch! Es wäre der erste Ort in der westlichen Hemisphäre mit einer sozialistischen oder pro-sozialistischen Regierung. Das wäre sehr gut, sehr gut für die sozialistische Sache.‘“<sup>53</sup>*

Anderson kommentiert:

*„Es herrschte eine unterschwellige Skepsis über Castro Revolution im Kreml. Was dort stattfand, stand nicht in den sowjetischen Regieanweisungen ... die Partei war nicht unter Kontrolle, Fidel Castro war noch immer eine unbekannte Größe. Trotz vielversprechender Anzeichen – Fidel hatte der Partei erlaubt, eine Rolle zu spielen und die Männer, die ihm am nächsten standen (sein Bruder Raúl und Che), waren Marxisten – stand das Urteil noch aus.“<sup>54</sup>*

Chruschchow, ein cleverer Vertreter des russischen Stalinismus, verstand, was voring. Noch einmal Szulc:

*„Chruschchow sagte, die USA versuchten, Castro an die Wand fahren zu lassen anstatt normale Beziehungen mit ihm aufzubauen. Er meinte: ‚Das ist dumm, es ist das Ergebnis des Geheuls der fanatischen Antikommunisten in den Vereinigten Staaten, die überall rot sehen, auch wenn die Dinge manchmal nur rosa oder sogar weiß sind ... Castro wird in unsere Richtung gezogen, wie der Eisenspan zum Magneten.‘“<sup>55</sup>*

In Kuba existierte ein Verlangen nach dem Sturz des Batista-Regimes und für die Lösung der angehäuften Probleme, die aus einer unvollständigen bürgerlich-demokratischen Revolution resultierten.

## Castros Entwicklung

Der Guerilla-Kampf wurde ursprünglich von den Bauern und den ländlichen Massen aktiv, von der Arbeiterklasse passiv unterstützt. Er führte zum Sieg über Batista wegen der angewachsenen Feindschaft der Massen gegen alles, was dieses Regime repräsentierte und weil die kubanische Gesellschaft in einer Sackgasse gelandet war. Es gibt viele Beispiele in der Geschichte für Anführer mit ebenso viel Mut, Ausdauer

und Ausstrahlung wie Castro und Guevara. Auch Mao und Tito führten wirkliche Massenkämpfe und bewiesen im Kampf gegen die alten Regime beachtliche Initiative. In diesem Sinne unterschieden sie sich von Stalin, einem mittelmäßigen Charakter, der in der russischen Revolution eine graue Maus blieb und keine unabhängige Rolle spielte. Von Mao oder Tito kann das nicht behauptet werden. Allerdings waren ihre Regime, trotz der unabhängigen Entwicklung ihrer Führer und trotz der nationalen Interessengegensätze und Auseinandersetzungen mit dem stalinistischen Russland Staaten, die von der grundlegenden Struktur her Russland sehr ähnlich waren. Trotz ihrer Feindschaft zu Stalin begannen sie dort, wo er 1937 aufgehört hatte: mit dem Aufbau stalinistischer Regime in China und Jugoslawien.

Die kubanische Revolution nahm eine etwas andere Entwicklung. Lorimer und die DSP argumentieren, dass sich die Ansichten von Castro und Guevara im Laufe des Kampfes vor der Revolution entwickelt hätten. Ja, sie haben sich entwickelt, aber sie hatten kein klares Programm und keinen Plan, die sozialistische Revolution durchzuführen. Lorimer zitiert die Schriften von Maurice Zeitlin über das Thema der Privilegien, wir kommen später darauf zurück. Der gleiche Autor zeigt jedoch Castros politische Grenzen in seinem Buch *„Cuba – An American Tragedy“* mit einem Interview aus dem Jahre 1958 auf:

*„Lassen sie mich für das Protokoll sagen, dass wir keine Pläne für die Enteignung oder Verstaatlichung von ausländischen Investitionen haben. Tatsächlich war die Ausdehnung des staatlichen Sektors auf bestimmte öffentliche Versorgungseinrichtungen – von denen sich einige, wie die Stromerzeuger, in US-Besitz befinden – Teil unserer ersten Programme, aber wir haben kürzlich alle Planungen in diese Richtung eingestellt. Ich persönlich meine, dass Verstaatlichungen bestenfalls ein schwerfälliges Instrument sind. Es scheint den Staat nicht zu stärken, aber behindert das private Unternehmertum. Noch wichtiger, jeder Versuch umfassender Verstaatlichung würde offensichtlich die Umsetzung des zentralen Punktes unseres wirtschaftlichen Programms erschweren – schnellstmögliche Industrialisierung. Zu diesem Zweck werden ausländische Investitionen hier immer willkommen und sicher sein.“<sup>56</sup>*

Das Zögern, das Fehlen einer bewussten Vorausschau und die Verwirrung darüber, wo sie eigentlich hin wollen, findet sich in der ersten Periode selbst in den Äußerungen des tapfersten Führers. In einer Diskussion mit Jean-Paul Sartre erklärte Che Guevara 1960:

*„Sie fragen uns nach Ideen, einer Doktrin, Vorhersagen. Aber sie vergessen, dass unsere Revolution nur eine Reaktion ist.“<sup>57</sup>*

In einem Interview mit Laura Berquist von der Zeitschrift *Look* im November 1960 meinte er:

*„Was passiert, hängt vor allem von den USA ab. Mit der Ausnahme der Landreform, die das kubanische Volk selbst verlangt und begonnen hat, sind sämtliche unserer radikalen Maßnahmen direkte Reaktionen auf direkte Aggressionen der mächtigen Monopole, deren wichtigster Verfechter ihr Land ist. Der US-amerikanische Druck auf Kuba hat die ‚Radikalisierung‘ der Revolution erforderlich gemacht. Um zu wissen, wie weit Kuba gehen wird, wäre es einfacher, die US-Regierung zu fragen, wie weit ihre Pläne gehen.“<sup>58</sup>*

Lorimer meint auf der Grundlage von Castros Gefängnis-Tagebüchern und darauf, dass Castro Lenin gelesen hat, dass dieser zum bewussten Marxisten geworden sei, der im Geheimen die sozialistische Revolution vorbereitete. Wie wir schon beschrieben haben, widersprechen wichtige Zeitzeugen und Kommentatoren dieser These der DSP. Jon Lee Anderson berichtet über eine Unterhaltung zwischen Che Guevara und David Mitrani (einem Freund und Kollegen Guevaras in Mexiko, bevor er zur Operation mit der *Granma* 1956 aufbrach). Er kommentiert:

*„Schließlich sprach Che freimütig über die Revolution und sagte ihm: ‚Anfang August wandeln wir das Land in einen sozialistischen Staat um‘. Zumindest war es das, was er erhoffte und erwartete, sagte Che und erklärte, dass Fidel davon noch nicht ganz überzeugt sei, weil er selbst kein Sozialist sei. Che versuche immer noch ihn zu überzeugen.“<sup>59</sup>*

Das war nicht vor der Revolution, sondern 1960, als die Enteignung des in- und ausländischen Kapitals schon begonnen hatte. Guevara war eindeutig ein Held mit sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen, aber ohne klare marxistische Perspektiven und Programm. Von Castro kann nicht das gleiche gesagt werden. Er wurde durch seine Erfahrungen im Kampf gegen das Batista-Regime und die in der Revolution geweckten Hoffnungen der Massen geprägt und nach vorne geschoben. Ja, und auch die „Fehler“ des US-Imperialismus trugen dazu bei, der mit Drohungen, Erpressung und schließlich mit der bewaffneten konterrevolutionären Invasion in der Schweinebucht versuchte, das Castro-Regime zu stürzen.

Die Ausflüchte Castros und sein Zögern welchen Weg man beschreiten soll, werden von denen bestätigt, die nach dem Sturz Batistas eng mit ihm zusammenarbeiteten. Zum Beispiel meinte damals einer der kubanischen Delegierten, der 1959 an einer Interamerikanischen Konferenz in Argentinien teilnahm:

*„Mein Eindruck ist, dass er die Möglichkeit erwog, auf der amerikanischen Seite des Zaunes zu bleiben ... als ein Führer einer Revolution im Stile eines kubanischen und lateinamerikanischen Nasser.“*

Richtig kommentiert dieser Zeitzeuge:

*„Meiner Meinung nach sind die USA zur Zeit nicht bereit, den Preis dafür zu bezahlen ... Tatsächlich weiß das kubanische Volk noch immer nicht, über welche Art sozialer Revolution Washington bereit wäre zu verhandeln, wenn überhaupt.“<sup>60</sup>*

Tatsächlich dachte Washington, dass Castro mit einer Kombination aus Druck, Unterstützung für militärische Unternehmungen, Drohungen mit einer Wirtschaftsblockade, das ganze verstärkt mit der Drohung einer Invasion, in die Knie gezwungen werden könnte. Dies hatte zuvor funktioniert, so im Falle Guatemalas und das Weiße Haus unter Eisenhower und Nixon dachte, dies würde auch diesmal funktionieren. Aber sie trieben lediglich Castro zu einer immer stärkeren radikalen Haltung, provozierten in der kubanischen Bevölkerung massenhafte Opposition gegen den US-Imperialismus allgemein und zwangen Castro damit, sich nach anderen Möglichkeiten militärischer und finanzieller Unterstützung umzusehen. Diese fand er bei Chruschtschows stalinistischem Regime. Wir haben in unserer Broschüre

bereits beschrieben, wie sich die Entwicklung hin zum Bruch mit dem Kapitalismus vollzog, daher wiederholen wir es an dieser Stelle nicht.

Sobald der US-Kapitalismus mit dem Embargo begann, erschien Chruschtschow als Vertreter des russischen Stalinismus auf der Bühne. Er bot einen Markt für den kubanischen Zucker und lieferte das Öl, was die kubanische Wirtschaft in Gang hielt ebenso wie einige Waffen, die im Falle einer erwarteten US-finanzierten Invasion zum Einsatz kommen sollten. Die Massen bewaffneten sich und wurden von Castro und seinem Regime dazu ermutigt. Lorimer behauptet, dass dies ein schlüssiger Beweis für die demokratische Beteiligung der Massen und das echte sozialistische und marxistische Bewusstsein Castros sei. Er behauptet auch, dass dies ein Anzeichen dafür sei, dass Kuba ein relativ gesunder Arbeiterstaat war, wie auch die Tatsache, dass Castro am 28. September 1960 die Gründung der *Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR)* anstieß und ermutigte. Diese Komitees sollten ein „Netzwerk von Volksorganisationen sein, indem die Bewohner jeden Häuserblocks und jeder Stadt Kubas ein Komitee bilden, um die Umsetzung der revolutionären Dekrete zu garantieren und Bürgerwehren für den Staatsicherheit-Apparat von unten her aufbauen.“<sup>61</sup>

Aber es war nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die Massen oder zumindest ein Teil von ihnen bewaffnet wurden, um Großgrundbesitz und Kapitalismus abzuschaffen ohne dass dies in irgendeiner Weise sozialistisch oder demokratisch gewesen wäre. Die Stalinisten in der Tschechoslowakei schufen 1948 „Milizen“, riefen den Generalstreik aus und stützten sich so, zumindest formal, auf die Arbeiterklasse. Das reichte, um die schwachen Überreste des Kapitalismus in der Tschechoslowakei zu beseitigen. Allerdings wurden die Massen direkt danach entwaffnet. Im Folgenden wurde nahezu alle unabhängig denkenden Menschen, ganz zu schweigen von bewussten Marxisten oder Revolutionären, von den Stalinisten in der Tschechoslowakei verhaftet oder gar liquidiert.

Die Entwicklung in Kuba verlief anders. Die Castro-Regierung musste sich ihren Weg nach vorne geradezu ertasten, in einer Phase extremer sozialer und politischer Bewegung. Sie hatte eine größere Basis im Volk als die „kommunistischen“ Parteien in Osteuropa Ende der 40er Jahre. Allerdings gab es keine bewusste Kontrolle und Verwaltung von Staat und Gesellschaft. So sprach Castro am 1. Mai 1960 auf dem Plaza de la Revolución zu den Massen bewaffneter Kubaner, die an ihm vorbeimarschierten. Laut Jon Lee Anderson lobte er die neuen Milizen, warnte vor der bevorstehenden US-Invasion, aber er

*„nutzte auch die Gelegenheit, zwei wichtige Dinge klarzustellen: sollte er sterben, würde Raúl [Castros Bruder] seine Stelle als Ministerpräsident einnehmen. Außerdem sollte es keine Wahlen geben. Da das ‚Volk‘ Kuba ohnehin schon regieren würde, mache es keinen Sinn, die Stimme abzugeben. Die Masse jubelte, wiederholte das Schlagwort ‚Revolución Si, Elecciones No!‘ und die neue Parole ‚Cuba Si! Yanqui No!‘“<sup>62</sup>*

Unter den Umständen, wie sie 1960 herrschten, war es richtig von Castro und seiner Regierung schnell gegen das nationale und ausländische Kapital vorzugehen.

Aber diese Episode wirft ein Schlaglicht auf das Fehlen von bewusster kollektiver Kontrolle und Verwaltung durch demokratische Organisationen der Massen. Es weist auch auf den plebiszitären Charakter des Regimes hin. Plebiszite (=Volksbefragungen) sind gewöhnlich eine Methode bonapartistischer Regimes. Die Massen dürfen „Ja“ oder „Nein“ rufen, aber nicht debattieren, diskutieren und vor allem nicht über die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen entscheiden oder die Funktionäre auf allen Ebenen wählen und kontrollieren.

Carlos Franqui macht über die Bildung der Milizen eine aufschlussreiche Bemerkung:

*„Am 1. Mai 1959 paradierten in allen Straßen Kubas die Milizen. Ein neues Instrument der Revolution hatte sein Debüt: die blauen Hemden und Hosen der Miliz, diese Uniform – einst die der gewöhnlichen Arbeiter – wurde das Symbol der neuen Revolutionäre. Sie waren Freiwillige, sie waren hart arbeitende Leute, irgendwo zwischen Soldaten und Zivilisten. Sie repräsentierten Spontaneität und Organisiertheit. Der Milizionär war der dritte Held von 1959. Er war der kollektive Held, die wahre ‚Partei der Revolution‘. Männer, Frauen, Junge, Alte, Schwarze, Mulatten, Arbeiter, Bauern, Studenten, Freiberufler, Intellektuelle, Angehörige der Mittelklasse, die Armen. Die Miliz war die neue Revolution, die allen eine Identität gab, ohne Vorurteile. Sie fragte nur nach Freiwilligen, sie bot militärisches Training, sie stellte Hilfen für die Fabriken und schenkte allen politisches und menschliches Bewusstsein. Sie war die bewaffnete Demokratie und hatte eine Million Mitglieder.“*

*Wer schuf die Miliz? Es lag in der Luft, aber es waren die Gewerkschaften und die Bewegung des 26. Juli, welche den Anstoß gaben. Aber sie wurde schnell von denen übernommen, von denen, die dafür am richtigen Platz saßen: von der Armee, mit Raúl und den Kommunisten<sup>63</sup> dahinter. Von Beginn an gab es Konflikte, da die Miliz Gleichheit und Freiheit repräsentierte, aber die Armee Gehorsam gegenüber den Autoritäten verlangte. Ein bewaffnetes Volk ist etwas anderes als eine Armee. Und dieser Geist des Volkes zeigte in der Zuckerrohr-Kampagne, wozu er in der Lage war, bei der Alphabetisierungs-Kampagne und bei den Kämpfen gegen die Anti-Castro-Rebellen im Escambray-Gebirge. Die Miliz hatte niemals den repressiven Charakter der Sicherheitspolizei, der Verteidigungskomitees oder der Armee. Die Miliz war ein Instrument der revolutionären Demokratie, der freiheitlichen Phase der kubanischen Revolution.*

*Die Miliz wurde eingesetzt, aber niemand [in der Regierung] hatte Vertrauen in sie. Denn dazu hätten die Machthaber bereit sein müssen, die Macht mit einer revolutionären Institution auf der Ebene der Volksmassen zu teilen. Das erwies sich als das zweite Mal in der kubanischen Revolution, dass eine Möglichkeit verpasst wurde, eine Volksorganisation aufzubauen. Zuerst wurde die Bewegung des 26. Juli fallengelassen, später war es die Miliz. Das Konzept von Castro und den Russen nahm Form an, unter ihrer Kontrolle wurde eine elitäre Machtstruktur geschaffen. Das Volk wurde mit Kadern durchorganisiert, beobachtet und verwaltet von der Staatssicherheit, der Armee und der Bürokratie. Es gab nur einen Chef, der alle Macht in seinen Händen konzentrierte.“<sup>64</sup>*

## **Die Rolle des Stalinismus und die „Trotzkisten,“**

Es kommt Lorimer nicht einmal in den Sinn zu fragen, warum Chruschtschows stalinistisches Regime bereit war, das Castro-Regime politisch und materiell zu unter-



stützen während es im Fall der ungarischen Revolution 1956 keinen Kompromiss gab. Die Stalinisten hatten von ihrem Standpunkt damals keine andere Wahl als die politische Revolution, die ungarische Kommune, in Blut zu ertränken.

Zwischen 1936 und 1938 agierten die Stalinisten in Spanien als die entschlossenste konterrevolutionäre Kraft bei der Unterdrückung und Zerstörung der spanischen Revolution. Trotzki erklärte, dass das lodernde Feuer der spanischen Revolution, die bewusste Organisation und Mobilisierung der Arbeiterklasse, das stalinistische Regime in Angst und Schrecken versetzte. Das war einer der Faktoren, die zu den Stalin'schen Schauprozessen führten. Diese waren nichts anderes als ein einseitiger Bürgerkrieg gegen die letzten Überbleibsel der bolschewistischen Partei. Es war ein Präventivschlag Stalins und der Bürokratie, um eine politische Revolution in Russland zu verhindern, welche die Folge einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in Spanien gewesen wäre. Wie konnten Chruschtschow und das stalinistische Regime in Russland sich mit Castro einigen, wenn sein Regime tatsächlich ein gesunder oder relativ gesunder Arbeiterstaat mit kleineren bürokratischen Makeln war, wie die DSP behauptet? Sie sahen Castro, seine Regierung und seinen Staat nicht als große Bedrohung, nicht einmal Guevara. Aus allen Berichten von damals wird deutlich, dass sie den Aufbau eines „sozialistischen“ Kuba im Machtbereich des US-Imperialismus als eine Stärkung ihrer Macht und ihres Prestiges ansahen.

Später gab es Auseinandersetzungen zwischen Castro und den Vertretern des russischen Stalinismus. Aber das war grundlegend ein Streit zwischen den verschiedenen nationalen bürokratischen Regimes, auf die sie sich stützten, eines in Russland, welches seine Macht schon lange gefestigt hatte und das andere noch im Entstehen begriffen. Ein sozialistisches Kuba, gestützt auf Arbeiter- und Bauernräte, mit der Möglichkeit der Abwahl aller Funktionäre, klaren Begrenzungen von Einkommensunterschieden und der Macht in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wäre eine große Gefahr für die stalinistische Bürokratie gewesen. Es hätte in dieser Situation keine Möglichkeit für einen Kompromiss gegeben.

Aber es gab zu Beginn die Möglichkeit, solch ein demokratisches Regime in Kuba aufzubauen. Che Guevara suchte nach Mitteln gegen den aufkommenden Bürokratismus aber verließ am Ende Kuba, nachdem sein Kampf fehlgeschlagen war. Es war eine Tragödie, dass es in Kuba keine echte trotzkistische Organisation gab, welche den kubanischen Revolutionären wie Guevara dabei hätte helfen können, die Ideen von Leo Trotzki zu entdecken, vor allem seine Analyse und sein Programm, wie der Bürokratismus in einem Arbeiterstaat bekämpft werden kann. Die größte „trotzkistische“ Organisation, die *Revolutionäre Arbeiterpartei (Posadisten)* hatte eine vollkommen ultralinke Haltung zur kubanischen Revolution und zur Regierung. Während die DSP eine opportunistische Anpassung an die kubanische Revolution und ihre Führer vertritt, repräsentierte sie die andere Seite der selben Medaille.

Che Guevara hatte sich oberflächlich mit dem Trotzkismus beschäftigt und einige von Trotzki's Werken gelesen. In einem Interview mit Maurice Zeitlin ließ er seine

Feindschaft zu den kubanischen „Trotzkisten“ wegen ihrer Haltung erkennen. Zeitlin fragte Guevara:

*„Was ist zum Beispiel mit den Trotzkisten? Carleton Beals wies kürzlich darauf hin, dass ihre Druckmaschine zerstört wurde und sie daher nicht Trotzki's ‚Permanente Revolution‘ fertig stellen konnten.“*

Die *Partido Socialista Popular*, die stalinistische Partei Kubas, hatte die Druckerei, welche die trotzkistische Zeitung *Voz Proletaria* herstellt, im April 1961 angegriffen und zerstört. Danach erschienen nur noch per Handmaschine vervielfältigte Ausgaben. Guevara antwortete:

*„Das passierte. Es war ein Fehler, der von einem zweitrangigen Funktionär zu verantworten ist. Sie zerschlugen die Druckplatten. Es hätte nicht getan werden sollen. Allerdings meinen wir, dass die trotzkistische Partei gegen die Revolution arbeitet. Zum Beispiel haben sie den Standpunkt bezogen, dass die revolutionäre Regierung kleinbürgerlich sei und riefen das Proletariat dazu auf, Druck auf die Regierung auszuüben und traten sogar für eine zweite Revolution ein, welche das Proletariat an die Macht bringen würde. Dies hat disziplinarische Maßnahmen herausgefordert.“*

Allgemein nach seiner Haltung zu Trotzkisten befragt, antwortete Guevara:

*„Hier in Kuba – lassen sie mich ein Beispiel geben. Eine ihrer Hochburgen ist in der Stadt Guantanamo nahe der US-Basis. Und dort agitierten sie das Volk für einen Marsch gegen die Basis – so etwas kann nicht erlaubt werden. Noch etwas. Vor einiger Zeit hatten wir die Technischen Arbeiterkomitees eingeführt. Die Trotzkisten bezeichneten sie als ein Brotkrumen für die Arbeiter, weil die Arbeiter angeblich die Leitung der Fabriken fordern.“*

Als Antwort auf weitere Fragen meinte Guevara:

*„Verurteilenswert ist, wenn nach freier Diskussion und Mehrheitsentscheidung eine Minderheit außerhalb und gegen die Partei arbeitet – wie Trotzki es zum Beispiel tat. Das ist konterrevolutionär.“<sup>65</sup>*

Che Guevara irrte sich vollkommen in Bezug auf Trotzki, der so lange es ging versuchte in der russischen *Kommunistischen Partei* zu bleiben, aber ausgeschlossen wurde, weil er die beginnende Opposition der Arbeiter gegen den Aufstieg und die Formierung der Bürokratie symbolisierte. Obiger Dialog macht einiges deutlich. Einerseits die vollkommen ultralinke Position der „Trotzkisten“, die für den Sturz von Castro und Guevara eintraten, als diese die massenhafte Unterstützung der Arbeiter und Bauern in Kuba hatten. Zu keinem Zeitpunkt haben wir eine solche grobe Position vertreten, wie Lorimer bei seinem Angriff auf uns unterstellt. Wir hatten eine positive Einstellung zur Revolution und ihren Führern. Wir schlugen 1959 und in den frühen 60ern die Einrichtung von Arbeiter- und Bauernkomitees und das Programm der Arbeiterdemokratie vor. Die korrekte marxistische Haltung war, alle fortschrittlichen Maßnahmen von Castro und Guevara zu unterstützen und gleichzeitig konstruktive Vorschläge zu machen, wie eine Arbeiterdemokratie aufgebaut werden kann, um die Errungenschaften und das Fortschreiten der Revolution abzusichern. Einen Marsch gegen die Basis in Guantanamo vorzuschlagen, wie es die kubanischen „Trotzkisten“ taten, wäre als Provokation wahrgenommen worden und

hätte dem US-Imperialismus einen Vorwand geliefert, gegen die Revolution zu intervenieren. Die Grenzen Guevaras eigener Ideologie zu diesem Zeitpunkt und der negative Eindruck, den er durch die kubanischen „Trotzkisten“ bekommen hatte, waren Faktoren, die es ihm verwehrten, eine schlüssige Analyse des Prozesses der Bürokratisierung zu machen, der in Kuba stattfand und gegen den er sich instinktiv wehrte. Sein Bewusstwerden über die zunehmende Bürokratisierung der Revolution war zweifellos ein wichtiger Grund für seinen Weggang aus Kuba 1965.

## Gab es Arbeiterdemokratie?

Carlos Franqui schrieb über die Möglichkeiten am Anfang und seine Enttäuschung über die Machtkonzentration in den Händen einer Elite:

*„Tatsächlich hatten wir die Möglichkeit unseren eigenen kubanischen Sozialismus aufzubauen, da die Arbeiterklasse, die Bauern, die Jugend des Landes und ein Gutteil der Mittelschichten auf unserer Seite waren. Die Nation fand wieder zu sich selbst, denn sie hatte ihre Reichtümer zurück erobert, ihre Würde wiedergefunden und war frei und unabhängig. Das war der richtige Zeitpunkt, um Vertrauen in die Menschen zu haben und neue Formen des Zusammenlebens zu schaffen. Es wäre einfach gewesen, die wichtigsten Industrien zu vergesellschaften. Die Zuckerarbeiter waren schon politisiert und es wäre relativ einfach gewesen, ihnen zu zeigen, dass sie für ihre eigenen Interessen genauso hart arbeiten können, wie sie es für die Bosse getan hatten. Das gleiche galt für die Rinderwirtschaft, welche das Land schon mit billiger Milch und Fleisch versorgte. Weitere Industrien wie die Tabakverarbeitung würden den gleichen Weg gehen. Wir hätten die Fischerei ermutigen und den Import von Speiseölen stoppen können – eine Absurdität in einem Land, welches Erdnüsse, Mais und Sonnenblumen produziert. Wir hätten uns an das Volk wenden können, mit seiner langen Erfahrung der Landarbeit. Die Landreform wäre kein Problem gewesen, denn nur eine kleine Minderheit der Bauern waren Landbesitzer, die meisten davon, weil die Revolution ihnen das Land gegeben hatte. Wir hatten ein funktionierendes Transportsystem, die Verteilung wäre also kein Problem gewesen. Selbst die Freiberufler – unter ihnen 10.000 Mediziner – unterstützten die Revolution. Die konterrevolutionäre Bourgeoisie war schon in die USA geflohen, was für ein Glück, dass wir die los waren. Es gab zur Revolution nirgendwo auf Kuba eine wirkliche Opposition. (Natürlich existierte im Ausland eine Opposition, aber die hätte nicht ohne die Unterstützung der USA die Revolution stürzen können.)“<sup>66</sup>*

Franqui fährt mit einer Schilderung der wütenden Debatten zwischen den Führern der Revolution fort, welche Richtung man einschlagen sollte: Richtung stärkerer Kontrolle und Verwaltung durch die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft oder hin zum russischen „Sowjet-Modell“. Wie auch Che Guevara hatte Franqui keine klare Vorstellung was getan werden müsste, aber seine Bemerkungen zeigen, dass es Widerstand gegen die verstärkte Anlehnung an das stalinistische Russland und die unvermeidlich damit zusammenhängende Bürokratisierung gab.

*„Wir hätten einfach dem Volk die Macht geben müssen – nicht einem Militärdiktator. Wir brauchten das russische Modell oder irgendeinen sowjetischen Einfluss nicht. Unsere These war, wie Kommandant Daniel in einer Polemik mit Che Guevara formulierte: ‚Wir wollen frei sein vom Yankee-Imperialismus, aber wir wollen nicht dem russischen Imperialismus in die Arme laufen, wenn wir vor den USA weglafen.“<sup>67</sup> ... Russische Ersatzteile waren nutzlos für die in den USA*

hergestellten Maschinen. Russland produzierte nicht die Dinge, die wir brauchten. Und die russische Wirtschaft, nicht sozialistisch sondern vom Staat kontrolliert, hatte schon in Osteuropa und China ihre mangelnde Effizienz bewiesen. Außerdem neigen Großmächte dazu, die Kleinen zu kontrollieren.

*In Unterhaltungen mit Fidel formulierten wir unsere Sorgen über die Sowjetunion und ihr Modell, vor allem über ihre Tendenz zum Staatsmonopol anstatt wirklichen Sozialismus'. Einige von Fidels Entscheidungen machten uns Kopfzerbrechen: Staatsfarmen statt selbstverwalteter Kooperativ-Farmen. Eine Tendenz zum Gigantismus: wo es große Plantagen gab, vereinte Fidel zehn und machte daraus eine Superplantage. Wir wollten eine bäuerliche Landwirtschaft, so dass der Gehorsame gegenüber dem alten Boss nicht durch die Unterordnung unter einen neuen Verwalter, der alte Eigentümer nicht durch den Staat als Eigentümer ersetzt werden würde. Aber Fidel hatte einen angeborenes Misstrauen gegenüber dem Volk, er zog die Militarisierung der Organisation vor. Er dachte auch, dass im Frieden und der Wirtschaft die gleichen Regeln wie im Krieg und im Guerilla-Kampf gelten – dass eine Gruppe von Führern alles ändern könnte. Aber so war es eben nicht.*<sup>68</sup>

Er zeigt weiterhin auf, dass Fidel Castros Strategie war

*„die Sowjetunion durch die schnelle Übernahme der Strukturen des sowjetischen Staates – die kommunistische Partei und den Staatssicherheitsdienst – hineinzuziehen. Aber selbst die sowjetische Regierung wollte diesem Wunsch nicht nachkommen. Die Sowjets rieten zu Geduld und warnten uns beständig, vorher und nachher, Kuba in einen sozialistischen Staat umzuwandeln. Alle sowjetischen Botschafter und Gesandten – selbst Chruschtschow und Mikojan – verlangten Ruhe und Geduld. So auch China und die Ostblockstaaten. Sie waren alle über den beschleunigten und künstlichen Prozess von Verstaatlichungen geschockt, der auf Kuba stattfand. Je mehr sie sich Sorgen machten, desto mehr drückte Fidel aufs Tempo. Er stellte sich eine neue Form von Regierung vor – eine russische Struktur mit sich selbst an der Spitze – welche für die Nationen der Dritten Welt perfekt wäre. In dieser Struktur wäre es die Rolle des Volkes zu arbeiten und zu gehorchen.*

*Fidel dachte, dass die Teilnehmer an der Revolution nicht bereit für den Sozialismus wären. Das war nicht wahr: wir waren nicht bereit für den russischen Nicht-Sozialismus, nicht bereit für einen neuen caudillo [Führer]. In einer Diskussion mit mir sagte Fidel, dass die einzigen Leute auf Kuba, die was vom Sozialismus verstanden die alten Kommunisten seien und dass ich meine Vorurteile gegen sie und die Sowjetunion ablegen solle. Er meinte, und sagte das auch, dass das Volk nicht bereit für den Sozialismus war und dass der Stalinismus die einzige Möglichkeit einer revolutionären Minderheit in der Sowjetunion gewesen sei, die Revolution gegen eine nicht-revolutionäre Mehrheit durchzusetzen. Ich muss betonen, dass zu diesem Zeitpunkt kein politischer Apparat in Kuba existierte. Fidel hatte die Bewegung des 26. Juli in der Versenkung verschwinden lassen und hatte das Direktorium durch zwei Reden im Januar 1959 für erledigt erklärt. Die freien Gewerkschaften, die Volksmilizen, die revolutionäre Presse und ihre Anhänger kämpften gegen die Reaktionäre, die alten Kommunisten und den sowjetischen Einfluss. Raúl, Ramiro, Che und auch Fidel selbst begannen uns zu attackieren. Die Regierung hatte ihren Krieg gegen das Volk begonnen. Das Volk leistete Widerstand, aber Fidel besaß die Macht, welche das Volk vom Hauptakteur zu untätigen Dienern machte.*<sup>69</sup>

Der einfache Spruch „Wess' Brot ich ess', dess' Lied ich sing“ trifft auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Kuba und dem russischen stalinistischen Regime zu.

Chruschtschow war bereit, Hilfe zu geben, um die Position des russischen Stalinismus zu verbessern. Das wurde nicht etwa getan, um in der Welt Revolutionen anzustoßen, sicher nicht, um einen „gesunden Arbeiterstaat“ aufrechtzuerhalten. Tatsächlich, das zeigen Franquists Äußerungen, wollte die stalinistische Bürokratie nicht einmal einen deformierten Arbeiterstaat auf Kuba aufbauen. Sie tat nichts, um Castro zu seinem Kampf zu ermutigen und wie das Beispiel von Nicaragua in den 80ern zeigt, griff sie ein, um Staaten in der neo-kolonialen Welt daran zu hindern, mit Großgrundbesitz und Kapitalismus zu brechen, wenn sie eine Wahl hatte.

Ihr Hauptmotiv war, die Lage des russischen Stalinismus zu stärken, vor allem im Vergleich mit den USA. (Die DSP liegt weit daneben, wenn sie uns dafür kritisiert, den Ausdruck „russisch“ in bezug auf die UdSSR zu verwenden. Alle Staaten der „UdSSR“ wurden in der Realität von der zentralisierten russischen Bürokratie dominiert.)

Während sie nicht von Beginn an die Bildung eines deformierten Arbeiterstaates unterstützten, waren Chruschtschow und der russische Stalinismus allerdings bereit, zu seiner Hilfe zu eilen, als die Fakten geschaffen waren. Sie taten dies aus vielerlei Gründen, nicht zuletzt, weil solch ein Regime ein Unruhestifter im Hinterhof des US-Imperialismus wäre.

Die DSP und Lorimer macht viel Aufhebens darüber, dass Castro die Bildung der Miliz genehmigt hatte und die Privilegien der Staats- und Armee-Funktionäre sehr begrenzt waren. Er zieht einen für Kuba vorteilhaften Vergleich zu China. Er vertritt die irriige Annahme, dass in den 60er und 70er Jahren die Unterschiede im Lebensstandard der chinesischen Arbeiter und Bauern zu den Spitzen der Bürokratie größer waren als die zwischen den russischen Arbeitern und den obersten Sowjet-Bürokraten. Mal ganz abgesehen von der nackten Statistik waren die Unterschiede in der Sowjetunion sehr viel größer, wenn man die versteckten Privilegien der dortigen Bürokratie einrechnet. In China konnte es in der ersten Phase nach Maos Sieg auf der Grundlage des niedrigen wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus der Gesellschaft ohnehin keine großen Einkommensunterschiede geben.

Selbst in der ersten Phase der stalinistischen Entartung in Russland waren die offiziellen Privilegien der wachsenden bürokratischen Elite nicht sehr groß. Die Erinnerung an die Revolution mit ihrem Ideal der Gleichheit war immer noch relativ frisch. Erst die zunehmende Isolierung der russischen Revolution durch die Niederlage von Revolutionen in anderen Ländern – welche wiederum das Ergebnis der falschen Politik Stalins und seiner Gefolgschaft waren – bereiteten den Boden für die Beseitigung der egalitären Prinzipien der Revolution und für das Auseinanderklaffen der Einkommensschere.

In Kuba waren die Einkommensunterschiede zu Anfang sehr klein, Castro und Guevara – der letztere auf jeden Fall – bezogen zu diesem Zeitpunkt eher weniger als den kubanischen Durchschnittslohn. Da jedoch die Basis der *Bewegung des 26. Juli* sehr schmal war, waren Castro und Guevara gezwungen, Posten an die stark büro-

kratisierte PSP zu vergeben und auch die Teile der alten Bürokratie zu nutzen, die zur Revolution übergelaufen waren.

Eine Sache ist klar: alle maßgeblichen Zeitzeugenberichte über die Geschichte Kubas zeigen, dass kein System von Arbeiterkontrolle und -verwaltung, in dem Sinn, wie es Marxisten verstehen, existierte. Carlos Franqui sagt über die Situation am Anfang:

*„Kuba war keine neue, von unten aufgebaute Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft, in der die Arbeiter eine Produktivkraft waren, gegenüber den Anweisungen der Machthaber zum Gehorsam verpflichtet. Die Macher dieser neuen Gesellschaft waren Fidel, zehn Commandantes und die Mitglieder der alten Kommunistischen Partei.*

*Es kam zu einer Fusion des russischen Modells und dem neuen diktatorischen Militarismus von Fidel Castro. In einer beiläufigen Diskussion mit ihm drückte ich meine Besorgnisse über die Entwicklung aus und er machte eine Bemerkung, die mich bis ins Mark erschütterte: ‚Nur die alten Kommunisten und die Sowjets wissen alles über den Kommunismus. Wir müssen geduldig sein und von ihnen lernen.‘ Ich sagte, ich kannte die kubanischen Kommunisten besser als er und dass diese nichts über den Kommunismus wüssten. Ich sagte ihm, sie seien unpopulär, die Leute betrachteten sie nicht als Revolutionäre und sie hatten mit Batista gemeinsame Sache gemacht. Sie hatten gegen die Revolution von 1930 gekämpft, die Arbeiterbewegung ruiniert, den Sturm auf die Moncada-Kaserne verurteilt, hatten das Sierra-Unternehmen und den Untergrundkampf abgelehnt und sich auf die Seite der Tyrannei geschlagen.*

*Fidel sah das auch so aber bestand darauf, dass Kuba die Kommunisten brauchen und von ihnen lernen würde. Ich sagte ihm, er solle vor den Kommunisten aus der zweiten Führungsschicht, den Jüngeren aus der Prag-Mexiko-Gruppe, unter ihnen Anibal Escalante und Isidoro Malmierca, auf der Hut sein, da sie Stalinisten mit engen Verbindungen nach Moskau seien. Fidel bestand darauf, dass sich in revolutionären Situationen oft gezeigt hatte, dass das Volk noch nicht bereit war und eine revolutionäre Minderheit sich der Sache annehmen und den Sozialismus dem Volk aufzwingen müsse. Das war eine Entschuldigung für Stalinismus. Ich konnte es kommen sehen und es gab keinen Ausweg. Aber was konnte das Volk sehen? Es sah, wie die Revolution Eigentum verstaatlichte, Industrien in ausländischem Besitz enteignete. Es sah, wie die alte Ordnung verschwand und Kuba nationale Unabhängigkeit und Würde wiedererlangte. Es konnte auch die mächtige CIA und die Kapitalisten sehen, die von außerhalb des Landes Feldzüge organisierten. Die Arbeiter unterstützten ihre Gewerkschaften so gut sie konnten. Sie wussten, dass die Anschuldigungen gegen die Gewerkschaftsführung falsch waren. Das Einzige, dessen die Gewerkschaften schuldig waren, war, dass sie nicht militant kommunistisch waren. Dies war allerdings so, denn sie hatten ihren Ursprung in den Parteien der Auténticos und Ortodoxos, die wiederum als Ergebnis der Revolution von 1930 entstanden waren, welche Batista zerstört hatte. Warum die Revolution ihr eigenes Kind, die Arbeiterklasse, verschlang, war unerklärlich.“<sup>70</sup>*

Er beschreibt weiterhin einen Streit im Präsidentenpalast zwischen ihm und Raúl Castro. Che Guevara war anwesend. Dieser Dialog ist sehr aufschlussreich.

*„Du bist anti-sowjetisch‘, meinte Raúl zu Franqui.*

*„Schau, Raúl, wenn die Russen wirklich Sowjets wären, wäre ich auf ihrer Seite. Die Partei hat die Sowjets [=Räte] sofort liquidiert. Dein Problem ist, dass du denkst, Bürokratie und Sowjets wären ein und dieselbe Sache. Das andere ist, dass du Stalin liebst, den Mann, der ein Feind des Volkes war, den neuen Zar, der Tausende Bolschewiki und Millionen Unschuldige tötete.‘*

Raúl schrie mich an: ‚Niemand greift Stalin an, wenn ich dabei bin.‘

‚Wirklich? Hör zu, Raúl, als ich zum ersten Mal in Moskau war, nannte ich ihn einen mother-fucker, direkt vor dem Mausoleum, vor den ganzen Russen. Ich mach es noch mal für dich, gleich hier, wenn du magst.‘ Da drehte er durch, mit Schaum vor dem Mund und brüllte sich die Seele aus dem Leib.

Dorticós, [damals kubanischer Präsident, der später Selbstmord beging, als er von Castro vorzeitig aus dem Amt entfernt wurde], wie immer ganz der clevere Anwalt, kam rein. ‚Dieser Gentleman ist ein Trotzkiist‘, sagte er. Ich bestritt dies, fügte aber hinzu, dass er mich jederzeit einen Anti-Stalinisten nennen könne. Ich sagte weiterhin, dass ich meine Gedanken nie verheimlicht hatte wie einige andere, die ich kenne. Ich hatte im Miguel-Schultz-Gefängnis gegenüber Fidel selbst meine Einstellung zu Stalin, Macht, Bürokratie und Unterdrückung beschrieben. Ich sagte, ich wäre froh, wenn wir über die Invasion und Besetzung von Polen, Budapest und Prag reden würden.

‚Was wäre, wenn wir dich an die Wand stellen würden? Die Geschichte würde uns Recht geben‘, meinte Raúl.

‚Die Geschichte gab uns Recht, als wir uns gegen Batista erhoben. Aber jetzt, wo du an der Macht bist und töten kannst wie ein Batista, wirst du lernen, das du dich selbst zum Untergang verdammmst, genau wie Batista. Du kannst dir deine Drohungen sparen‘, antwortete ich.

‚Ich erschieß dich sofort, hier.‘

Ich riss mein Hemd auf und schrie: ‚Schieß wenn du weißt wie!‘ (Man soll nicht denken, dass ich nicht die lustige Seite dieses theatralischen Mists sah. Ich hatte meinen Spaß.)

Dann beruhigte sich Raúl wieder. Ich fühlte mich lächerlich. Aleida March meinte, sie würde jetzt gehen, da sie Leute, die sich so verhalten, nicht ausstehen könne. Dorticós versuchte noch einmal, seinen Trotzki-Trick anzuwenden. Ich drehte mich zu ihm um und sagte: ‚Das ist nicht mein erster wilder Streit mit Raúl, aber ich habe nicht die Absicht mit Leuten wie ihnen zu streiten, die nicht einmal bei der Revolution dabei waren.‘ Sein Kinn zitterte. Das erinnerte mich an Camilo Cienfuegos Lachen, wenn er Leute wie Dorticós oder Augusto Martínez Sanchez beschrieb und ihr zitterndes Kinn, wenn sie Angst haben.

Dorticós, weiß vor lauter Wut, wurde polemisch: ‚Mein Herr, sie beleidigen das Amt des Präsidenten.‘

‚Die einzige Person, die hier beleidigt wurde, bin ich‘, war meine Antwort. <sup>71</sup>

Auf der einen Seite haben wir Franqui, ein wichtiger Teilnehmer der Revolution, verwirrt, aber hochgradig alarmiert über die stattfindende Bürokratisierung. Er versuchte sie, durch Demokratie unter Kontrolle zu bekommen. In der Zeitschrift, die er damals herausgab, veröffentlichte er unter anderem auch Artikel von Trotzki. Dieses und sein Misstrauen gegenüber der wachsenden bürokratischen Elite brachten Dorticós dazu, ihn mit dem Schimpfwort „Trotzkist“ zu belegen. Für die Bürokratie, die sich auf Kuba damals entwickelte, die durch Typen wie Dorticós repräsentierte privilegierte Funktionärsschicht, war das das absolute „Verbrechen“. Wie kann man diese Erkenntnisse ignorieren oder dazu schweigen? Dorticós‘ Schmähungen kamen von einem Menschen, der nicht in der Revolution gekämpft hatte und den Aufstieg einer Bürokratie symbolisierte. Das macht deutlich, was damals in Kuba geschah. War es ein Missverständnis, eine unglückliche Wortwahl? Im Gegenteil. In der Politik ist die Sprache nicht zufällig, besonders, wenn die zentralen Interessen von Klassen

oder Kasten betroffen sind. „Trotzki“ und „Trotzkismus“ bedeuten für jede herrschende Klasse und jede bürokratische Gruppe auf der Welt das gleiche: eine Bedrohung ihrer Herrschaft durch eine bewusste Arbeiterklasse.

Selbst wenn in Kuba ein gesunder Arbeiterstaat errichtet worden wäre, hätte die Entartung unvermeidlich begonnen, wenn die Revolution nicht international, vor allem nach Mittelamerika und Lateinamerika insgesamt, ausgebreitet worden wäre. Aber wie wir sehen können, herrschte die kubanische Regierung fast von Beginn an durch die neugebildete „Kommunistische“ Partei und die CDR. Dies führte dazu, dass die Unterstützung durch die Arbeiterklasse von oben angezapft wurde.

Tad Szulc machte folgende Bemerkung über die CDR (bei seiner Arbeit an dem Buch hatte er sich ausführlich mit Castro unterhalten):

*„Ein professioneller Sicherheitsdienst wurde nicht als ausreichend angesehen und am 28. September, dem Tag nach seiner Rückkehr aus New York, verkündete Castro die Gründung der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), ein System der kollektiven Wachsamkeit des Volkes. Die CDR waren Castros Erfindung – so etwas existierte nicht einmal in der Sowjetunion. Ihre ersten Aufgaben waren, Polizei und Staatssicherheit zu informieren, wenn sich Fremde in der Nachbarschaft herumtreiben (es gab ein CDR für jeden städtischen Häuserblock, für jede Plantage und jede Farm), wenn sich Bürger kritisch über das Regime äußerten usw. Castro schätzte 1986, dass 80 Prozent der Bevölkerung den CDR angeschlossen sind, ein bisher nicht gekanntes Sicherheitsnetzwerk. Heute sind die CDR auch für Schutzimpfungen von Kindern und andere kommunale Dienste zuständig.“<sup>72</sup>*

Lorimer antwortet auf unserer Kritik an der Rolle der CDR:

*„Taaffe scheint sich nicht im Klaren darüber zu sein, dass die CDR gegründet wurden, um eine repressive Funktion zu erfüllen – um die Masse der Arbeiter und Bauern zu organisieren, um (wie schon der Name sagt) konterrevolutionäre Aktivität, Sabotage und Terrorismus, zu unterdrücken.“<sup>73</sup>*

Um sich alle Wege offen zu halten, behauptet er einige Seiten weiter:

*„Zwischen 1974 und 1975 wurden auf der Basis der CDR repräsentative Institutionen der Arbeiterdemokratie auf Stadtteil-, Stadt-, Provinz- und landesweiter Ebene geschaffen – die Organe der Volksmacht. Das sind keine gesetzgeberischen Organe wie im parlamentarischen Modell, sondern arbeitende Gremien, die gesetzgeberische und ausführende Funktionen vereinen. Es sind repräsentative Institutionen vom Typ der frühen russischen Sowjets.“<sup>74</sup>*

Lorimer hat keine Vorstellung davon, wie Einrichtungen, die mit Unterstützung und Billigung der Massen geschaffen wurden, um gegen die kapitalistische Konterrevolution vorzugehen, bei einer Änderung der Lage – durch verstärkte Bürokratisierung – in ihr Gegenteil verwandelt werden können, in eine Waffe gegen Marxisten, Sozialisten und die Kritiker eines bürokratischen Regimes. Die Tscheka, der Sicherheitsdienst der bolschewistischen Macht, war ursprünglich genutzt worden, die Arbeiterdemokratie zu verteidigen und die bürgerliche Konterrevolution zu unterdrücken. Diese Sicherheitspolizei verwandelte sich in den Samurai der stalinisti-



schen Konterrevolution, obwohl die äußere Form die gleiche blieb wie in der heroischen Phase zuvor. Die Tscheke wurde unter veränderten Umständen dazu genutzt, diejenigen zu unterdrücken, die für die Arbeiterdemokratie und die ursprünglichen Ziele der Revolution eintraten.

## Die Unterdrückung der Schriftsteller

Natürlich kann man die CDR selbst heute nicht mit der NKWD oder der GPU vergleichen, aber ein Teil ihrer Repression ist nicht gegen kapitalistische Konterrevolutionäre, sondern gegen die gerichtet, die das Castro-Regime von links kritisieren, mehr Freiheit und Offenheit verlangen oder die sich Richtung der Idee der Arbeiterdemokratie bewegen. Lorimer argumentiert, Castro wäre der moderne Lenin.

Hätte sich Lenin mit dem russischen stalinistischen Regime und seiner Presse gut vertragen? Die *Prawda*, die erste revolutionäre Zeitung der Bolschewiki, war von der Bürokratie zu ihrem Sprachrohr gemacht worden, um jedes Verbrechen Stalins und der Stalinisten gegen die Arbeiterklasse zu rechtfertigen. 1968, vier Jahre nachdem Breschnjew Chruschtschow ersetzt hatte, meinte Castro bei einem Besuch der UdSSR, „in vollem Ernst, die *Prawda* wäre die beste Zeitung der Welt.“<sup>75</sup>

Lorimer versucht in skandalöser Weise die Verfolgung von Dichtern, Schriftstellern und anderen, die der Revolution sympathisierend gegenüberstanden, zu rechtfertigen. Tad Szulc gibt reichlich Informationen über die Unterdrückung dieser Schicht von 1969 bis in die Mitte der 70er und darüber hinaus. Er schreibt:

„1970 entdeckten die bekanntesten kubanischen Schriftsteller und Dichter auf einmal, dass kein Verlag, keine Zeitschrift ihre Arbeiten drucken würde, ohne jede Erklärung. Dieser geheimnisvolle Bann sollte bis zur Mitte der 70er Jahre anhalten.“<sup>76</sup>

Lorimer entschuldigt sogar die Unterdrückung, von der Heriberto Padilla im März 1971 betroffen war. Eine frühere trotzkistische Organisation versteigt sich dazu, Padillas „Selbstkritik“, die geradewegs der stalinistischen Schule der Selbsterniedrigung entsprungen ist, zu rechtfertigen. Tad Szulc berichtet weiter:

„Castro befürwortete eindeutig das Durchgreifen gegen die kubanischen Intellektuellen, denn die Verhaftung des Dichters Heriberto Padilla im März 1971 musste von ihm persönlich autorisiert werden. Diese Verhaftung führte dazu, dass einige beeindruckende europäische und lateinamerikanische Intellektuelle, darunter Sartre und Garcia Márquez, an Castro schrieben und Padillas Freilassung forderten. 37 Tage später wurde er freigelassen, nachdem er seine Selbstkritik vorgetragen hatte und andere Schriftsteller aufforderte, es ebenso zu machen. Seine Freunde sahen in ihm einen ‚Verräter‘, aber Padilla blieb weitere zehn Jahre in Kuba und arbeitete als Übersetzer für fremdsprachige Literatur. Er ging schließlich 1981, nachdem Garcia Márquez noch einmal persönlich an seinen Freund Fidel appelliert hatte. Selbst die untertänige UNEAC [Kubanische Schriftsteller Vereinigung] protestierte in einem Brief an Castro gegen die lang anhaltende Haft von Homosexuellen in den militärischen Zwangsarbeitslagern und am Ende wurden sie herausgelassen. Die Affäre hinterließ allerdings eine hässliche Narbe auf dem Angesicht der kubanischen Gesellschaft.“<sup>77</sup>

Die DSP behauptet, dass die Padilla-Affäre „unglücklich“ war, aber so etwas seitdem nicht mehr vorgekommen ist und dies die Offenheit und die literarische und kulturelle Freiheit auf Kuba zeigt. Tad Szulc sagt darüber:

*„Castros repressive Kulturpolitik hatte der Kreativität in seinem Land einen tödlichen Schlag versetzt. Selbst 1986 war das Land ein Ödland der Ideen, unter der Herrschaft einer strikten Selbstzensur. Es kann Generationen dauern, bis Kuba zur freien Kultur wie zur Zeit Jose Martí zurückkehrt.“<sup>78</sup>*

Lorimer verwendet die gleiche oberflächliche Herangehensweise, wenn er über die angebliche „Arbeiterdemokratie“ und die „Volksmacht“ schreibt, die laut ihm in Kuba existieren. Über die von Castro so genannte „Institutionalisierung“ der Revolution durch die Einführung der neuen kubanischen Verfassung am 24. Februar 1976 schreibt wiederum Tad Szulc:

*„Im Laufe der vergangenen 17 Jahre haben das Grundgesetz, was sofort nach dem Sieg von der ersten revolutionären Regierung verfasst wurde und buchstäblich Tausende Gesetze und Erlasse den rechtlichen Rahmen des kubanischen Staates dargestellt – es gab allerdings niemals Zweifel darüber, wo die Macht tatsächlich lag.“<sup>79</sup>*

Mit anderen Worten, Castro und seine Gefolgschaft übten die Macht unabhängig von den geltenden Gesetzen aus. Es fand eine landesweite Diskussion über die Verfassung statt, in der die Bildung von „vom Volk beherrschten Strukturen der lokalen Selbstverwaltung mit einer Nationalversammlung an der Spitze“ vorgeschlagen wurde, die gesetzgeberische Funktionen haben sollte und als „das oberste Organ der Staatsmacht“ beschrieben wurde. Es gab Differenzen darüber, nach welcher Methode die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt werden sollten, zwischen denjenigen, die direkte Wahlen wollten und denjenigen, die vorschlugen, dass die „örtlichen Versammlungen der Volksmacht“ die Kandidaten auswählen sollten. Direkte Wahlen hätten den Wählern zumindest theoretisch ermöglicht, ihre Stimme im Entscheidungsprozess einzusetzen wohingegen die zweite Variante – Nominierungen für die Nationalversammlung durch örtliche Versammlungen – in der kubanischen Situation bedeutet hätte, dass eine Manipulation durch die Kandidatenkür auf lokaler Ebene möglich gewesen wäre. Im ersten Entwurf stand noch, dass die Deputierten die Politik des Staates erklären und ihren Wählern regelmäßig Rechenschaft ablegen sollten. Aber Tad Szulc berichtete, dass dies als „katastrophal für die Zentralregierung“ betrachtet wurde, vor allem im Fall einer direkten Wahl. Der Streit darüber war so tiefgehend, dass das Wahlverfahren bei der Volksabstimmung am 15. Februar 1976 überhaupt nicht mehr erwähnt wurde. Szulc kommentiert:

*„Erst nachdem 97,7 Prozent der Wähler sich für die Vorlage ausgesprochen hatten, fügte die Zentrale Vorbereitungskommission unter dem Vorsitz von Fidel Castro hinzu, dass ‚Die Nationalversammlung ... sich aus Deputierten zusammensetzt, die von den örtlichen Versammlungen gewählt werden.‘ Das war das Ende des ersten größeren Versuches den kubanischen Marxismus zu demokratisieren.“<sup>80</sup>*

In der Verfassung wurde Kuba als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern und aller anderen manuellen und intellektuellen Werktätigen“ definiert, mit der

„Kommunistischen“ Partei als „wichtigste führende Kraft der Gesellschaft und des Staates, welche die gemeinsamen Anstrengungen auf dem Weg zum Aufbau des Sozialismus und dem Weiterschreiten zur kommunistischen Gesellschaft organisiert und leitet.“ Sie preist auch Jose Martí, der „uns zum revolutionären Sieg des Volkes geführt hat“, dann Fidel Castro, unter dessen Führung „die siegreiche Revolution fortgeführt werden wird.“ Wieder kommentiert Tad Szulc:

„Es wurde in den Verfassungstext eingebaut, dass Castro faktisch zum Führer auf Lebenszeit ernannt wurde, mit dem Ergebnis, dass es verfassungsfeindlich wäre, gegen ihn aufzutreten (und nicht nur ‚konterrevolutionär‘). Den Regelungen der Verfassung folgend wählte die Nationalversammlung einen 31-köpfigen Staatsrat, darunter Fidel Castro als dessen Präsident und Raúl Castro als ersten Vizepräsident. Als Präsident des Rates wurde Castro ‚Oberhaupt des Staates und der Regierung‘. So wurde die totale Macht bei ihm konzentriert, als Präsident von Kuba, Vorsitzender des Ministerrates, erster Sekretär der Kommunistischen Partei und militärischer Oberbefehlshaber.“<sup>81</sup>

Raúl Castro als „Erster Vizepräsident und Armee-General“ wurde automatisch als Nachfolger seines Bruders vorgesehen. Fidel Castro „sagte in vollem Ernst, dass die Schaffung der Institutionen die Kontinuität der Revolution gesichert hätten – auch nach seinem Tod. Er sagte ohne eine Miene zu verziehen, dass er nicht mehr gebraucht würde, weil schließlich sein Bruder Raúl sein Nachfolger wäre (dies wäre automatisch so, weil er die Führungsqualitäten habe und nicht weil er sein Bruder sei).“ Szulc beschreibt weiter:

„1986, nach zwei weiteren, alle fünf Jahre stattfindenden Kongressen der Kommunistischen Partei, war alles beim Alten geblieben. Fidel Castro war der einzige und maßgebliche Autor und Vermittler aller in Kuba getroffenen Entscheidungen. Die Nationalversammlung hielt zwei jährliche Versammlungen ab, wie in der Verfassung beschrieben, aber diese dauerten nur zwei oder drei Tage.“<sup>82</sup>

All dies wird von Lorimer mit dem Staat, der von Lenin und Trotzki 1917 bis 1923 aufgebaut wurde, gleichgesetzt. Allein dies zeigt, wie durcheinander die Führer der DSP in bezug auf die Frage der Arbeiterdemokratie sind. Das ist aber nicht nur durcheinander, sondern auch extrem gefährlich. Die DSP ist verantwortlich für die verwirrte politische Ausbildung von potentiell wichtigen revolutionären Kräften vor allem in Asien.

## Gibt es eine privilegierte Elite?

Lorimer verbraucht viele Seiten bei dem Versuch zu erklären, dass in Kuba keine Elite existierte oder heute existiert. Tatsächlich meint er, dass die Macht durch die Arbeiter und Bauern ausgeübt wurde und wird, in der gleichen Weise wie in Russland direkt nach der Revolution. Er bleibt allerdings den Beweis schuldig und äußert sich höhnisch darüber:

*„Da ist der ‚Beweis‘ meint Taaffe: .... schon 1963 beschreibt KS Karol, dass er in einer Fabrik einen Ingenieur getroffen hat, der 17 mal so viel verdient hat wie ein Arbeiter! Er nennt andere Vergünstigungen und Privilegien der Bürokratie wie ‚hochklassige‘ Restaurants wie ‚Monseñor‘, den ‚Turm‘, das ‚1830‘, das ‚Floridita‘, welche gewaltige Preise für ein Essen verlangen. Auf der Parteikonferenz der KP 1975 wurde beschlossen, Kubanern zu erlauben, Autos zu kaufen – was bis dahin ein Vorrecht der Partei- und Staatsfunktionäre war! ‚Das sind alle ‚Beweise‘ die Taaffe anführt, um seine Auffassung zu stützen.“<sup>83</sup>*

Lorimer bietet eine ganze Reihe von Entschuldigungen auf, um die Privilegien zur rechtfertigen. Sie laufen darauf hinaus, dass die Nobel-Restaurants nur für ausländische Touristen waren und dass vor 1975 Autos das Vorrecht des Staates waren. Aber spricht das gegen das Argument von Karol, dass dieses „Staatseigentum“ fast ausschließlich von den Staatsfunktionären genutzt wurde? Guevara, der ein sehr bescheidenes Leben führte und weniger annahm als sein offizielles Gehalt, erkannte die bürokratischen Tendenzen schon kurz nach der Revolution – ganz zu schweigen von heute – und zeigte keine Toleranz gegenüber seinen Gefolgsleuten, die solche Tendenzen erkennen ließen.

Jon Lee Anderson gibt dafür Beispiele. Er schreibt:

*„Es war allgemein bekannt, dass Che verzichtete, Gehalt anzunehmen, das ihm als Präsident der Nationalbank zustand. Auch als Industrieminister hielt er sich an diese Praxis und nahm standhaft nur seinen spärlichen Sold als Commandante in Anspruch. Orlando Borrego, inzwischen stellvertretender Minister, fühlte sich daher verpflichtet, ebenfalls nur eine entsprechende Summe seines Gehalts einzubehalten, und überließ den Rest einem Fonds zur Landwirtschaftsreform. Es wäre unschicklich gewesen, mehr Geld als der eigene Vorgesetzte zu verdienen.“<sup>84</sup>*

Anderson kommentiert außerdem:

*„Nicht alle von Ches Genossen, darunter auch einige seiner Mitarbeiter in der Führung des Ministeriums, bewunderten seinen offen zu Schau gestellten revolutionären Geist ... als die Reichen aus Kuba geflohen waren, hatten sie einen große Menge Autos hinterlassen, die sofort verstaatlicht wurden. Die verschiedenen Ministerien stellten diese ihren Funktionären und einigen Angestellten zur Verfügung. Borrego hatte ein gutes Exemplar erhalten. Während eines Besuches einer Zuckerfabrik hatte deren Verwalter einen brandneuen Sportwagen von Jaguar ausgesucht, der von seinem Vorbesitzer zurückgelassen worden war und hatte vorgeschlagen, dass Borrego ihn nehmen solle, weil niemand anders wisse, wie man damit umgehen kann. Borrego verliebte sich sofort in das Auto und raste damit rund eine Woche stolz herum. Bis zu dem Tag, als er ihn in die Garage*

*fuhr, in der Che und er ihre Autos parkten und Che ihn erblickte. Er ging zu ihm und rief: „Du bis ein chulo – ein Zuhälter.“<sup>85</sup>*

In diesem Fall konnte der auf Gleichheit bedachte Che Guevara die Tendenz eines Ministers zum Bürokratismus erkennen und stoppen. Aber angesichts der Isolation der kubanischen Revolution und ihr Sich-Stützen auf das stalinistische Russland konnte so die bürokratische Entartung insgesamt nicht verhindert werden. Natürlich, wir haben das schon ausgeführt, waren die Privilegien der Elite relativ bescheiden, solange die Lava der Revolution noch nicht abgekühlt war, vor allem, wenn man sie mit dem luxuriösen Lebensstil der Eliten in den stalinistischen Staaten Osteuropas, in Russland und selbst in China vergleicht. Aber die Privilegien bestanden nicht nur in Gehältern, die 17 mal so hoch wie die von Arbeitern waren – Lorimer bezeichnet das als eine Abweichung in nur einer Fabrik. Sie bestehen auch aus den Nobel-Restaurants, die es in Kuba gab und immer noch gibt – nicht nur für Touristen, sondern auch für die privilegierten Funktionäre.

Wenn Lorimer unsere Beweise oder die von Karol nicht akzeptieren möchte, was ist mit den Schlussfolgerungen von François Maspero in seiner Einleitung zu Janette Habels wichtigen Buch *„Kuba – Revolution in Gefahr?“*. Beide Autoren stehen der DSP von ihrer Tradition her näher. Habel ist ein führendes Mitglied des *Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (VS)*. Maspero sagte, er sei *„wieder der Vierten Internationale beigetreten“*, damit meint er wahrscheinlich das VS. Diese Organisation hatte in der frühen Phase der Revolution Illusionen in Kuba. Er schreibt:

*„Es stimmt ja, es ist unnötig, Wortspiele zu betreiben: Auf Kuba existiert keine Demokratie. Menschenrechte hat es dort nicht gegeben und sie werden dort nicht respektiert: in den schlimmsten Zeiten wurde die Zahl von 80.000 Gefangenen erreicht. Und weder das Recht auf freie Information, noch das Recht auf Meinungsfreiheit, noch das Recht auf Ausreise wird gewährt.“<sup>86</sup>*

In Bezug auf Karol, dessen Aussage Lorimer verwirft, schreibt er:

*„K. S. Karol, der – von Fidel Castro persönlich dazu ermutigt – eine gewissenhafte Analyse der castristischen Macht vorgelegt hat, die bis heute die ehrlichste und vollständigste Quelle dieser Zeit geblieben ist, machte damit gewisse Erfahrungen; ebenso erging es René Dumont, der sich in seiner gewohnten Offenherzigkeit zu Fragen der Landwirtschaft und des Sozialismus geäußert hatte: Fidel denunzierte sie vor einer halben Million KubanerInnen, die schon ganz anderes vernommen hatten, als CIA-Agenten.“<sup>87</sup>*

Castro fühlte sich durch Karols ausführlich belegte Kritik herausgefordert. Ergebnis war, dass Karols Buch und seine Name in Kuba geächtet wurden. In den ersten Jahren waren Privilegien und Korruption noch begrenzt, nahmen aber später deutlich zu. Habel widmet der Korruption innerhalb der Bürokratie, die sich in den 80er Jahren im ganzen Land ausbreitete, fast ein ganzes Kapitel. Hier nur einige Beispiele ihrer Nachforschungen:

*„Die Verschwendung und allseits bekannte Korruption hatten bei den Lohnabhängigen – bei der Basis des Systems – angesichts der Bereicherung bestimmter Teile der Bauernschaft und wegen der Privilegien, die die Verwaltungsbürokratie und die hohen Funktionäre des Wirtschafts- und*

*Staatsapparates genossen, zur Verärgerung geführt. Zusätzlich zu den vorhandenen Hinweisen auf Unwirtschaftlichkeit, Verschwendung, Diebstahl und Warenunterschlagung, waren der Schwarzmarkt, der Handel mit Devisen, die Prostitution und Kleinkriminalität in den neu entstehenden Zentren des Tourismus hinzugekommen. In den ersten Jahren nach der Revolution waren diese gesellschaftlichen Fehlentwicklungen beträchtlich zurückgegangen, ja sogar verschwunden. Im Juni 1986 hatte das Politbüro der Kommunistischen Partei Kubas eine gründliche Analyse über die Kriminalitätsproblematik und Fälle von 'antisozialem Verhalten' mit dem Schwerpunkt Havanna vorgelegt und darin auf Fälle von 'Aggression, Gewalt gegen Personen und Vandalismus, die in der Hauptstadt aufgetreten waren', hingewiesen.*

*Wenig mehr als ein Jahr später hatten sich hohe Funktionäre in die USA abgesetzt, wobei sie entweder beachtliche Deviseneinnahmen unterschlugen oder materielle Möglichkeiten ausnutzten und auf diese Weise die Bedeutung bestimmter Privilegien offenkundig machten. 1986 hatte sich der stellvertretende Minister Manuel Sánchez Perez, der für den Kauf von technischem Zubehör im Ausland zuständig war, mit 499.000 US-Dollar nach Spanien abgesetzt. Nach seinen Angaben 'war er dank bestimmter Handelsbeziehungen zu ausländischen Firmen noch auf Kuba in der Lage gewesen', diese Beträge mit der Zeit anzuhäufen, im Ausland eine Institution zu gründen, die 'eine Strategie für die Rückkehr der Demokratie auf Kuba' entwickeln sollte. Dies vermittelt einen Eindruck von den Vergünstigungen, die die Führungsmitglieder genießen. Im Mai 1987 gelang es General Rafael del Piño, einem ehemaligen Kämpfer von Playa Girón, an Bord eines kleinen Flugzeugs vom Typ Cessna 402, die USA zu erreichen. Er war mit seiner Frau und seinen drei Kindern von einem Flughafen aus 'unter dem Vorwand, einen Rundflug über die Insel machen zu wollen', gestartet. Die Leichtigkeit, mit der jener General sich einen privaten Flug verschaffen konnte ist erstaunlich. Im Juni 1987 wurde Luis Dominguez, Präsident des Instituts für zivile Luftfahrt (INA), unter der Anklage der Korruption und der betrügerischen Unterschlagung von Staatseinnahmen verhaftet. Er stand unter dem Verdacht, über eine Summe von 500.000 US-Dollar auf seinen privaten Bankkonten zu verfügen. Nach der Verhaftung von Dominguez setzte sich Kommandant Florentino Aspillaga Lombard, Chef der kubanischen Spionage-Abwehr, in die Tschechoslowakei ab, und im Januar 1988 Gustavo Perez Cortt, Vizepräsident des Staatskomitees für Materialbeschaffung und Technologie (CEAMT), nach einer Versammlung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).*

*Schon vor der Ochoa-Affäre war die Absetzbewegung hoher Funktionäre ein Symptom für die Verschärfung der sozialen und politischen Spannungen und insbesondere für die Unsicherheit, die gerade die Kreise verspüren, die über die größten Privilegien verfügen, weil sie sich vom gegenwärtigen Kurs Castros bedroht fühlen. Korruption, Unterschlagung oder Verwendung von Betriebseinnahmen für private Zwecke wurden mehrfach in der Öffentlichkeit angeprangert. (...)*

*Im April 1986, anlässlich des 25. Jahrestags der Invasion in der Schweinebucht, wurde der Kampf wieder aufgenommen gegen diejenigen, die das Einkommen aus der Arbeit mit dem aus der Spekulation verwechseln, gegen die chaullos (Betrüger), die den Diebstahl decken oder wirklichen Diebstahl begehen'. Dieses Leitmotiv tauchte während des Gewerkschaftstages der CTC wieder auf: Gewaltige Gewinne wurden angeprangert, die aufgrund des Bestehens eines bedeutenden Privatsektors von 'Neureichen' (Lastwagenbesitzer, Landwirte, mit dem Verkauf von Kunstgegenständen beauftragte Zwischenhändler) eingestrichen werden; von den Verwaltungsfunktionären, die über Handelsbeziehungen zum Ausland verfügen oder die wegen ihrer Reisen in*

die westlichen Länder Privilegien genießen (was ebenfalls von den Jungen Kommunisten auf ihrem Kongress 1987 angeprangert wurde), von den ‚Bürokraten, die komfortable Wohnungen besitzen‘, und von den Technokraten, die ‚zwei große Fabriken zur Weiterverarbeitung von Nickel aufbauen und die – abgesehen von den Wohnungen für den Verwalter und 30 oder 40 leitende Vorgesetzte – keine weiteren Wohnungen eingeplant haben, während die Arbeiter in behelfsmäßigen Baracken hausen müssen.‘<sup>89</sup>

## Die Bürokratie und die Arbeiter

Die Verurteilung des „Bürokratismus“ ist nichts Neues für Castro oder andere führende Persönlichkeiten des Staates. Aber, so schreibt Habel:

„Schon 1965 waren Kommissionen eingesetzt worden, die die Aufgabe hatten, überzähliges Verwaltungspersonal zu verringern. (...) Aber das, was damals angeprangert wurde, ist nicht vergleichbar mit der heutigen Situation. Die 70er Jahre waren Jahre, in denen die Sowjetunion einen bestimmenden Einfluss in allen Bereichen – in Staat, Politik, Wirtschaft und Ideologie – errungen hatte. Diese Vorrangstellung und die anschließende Einführung der Wirtschaftsreformen hatten die Zunahme der Bürokratisierung in einem Land wie Kuba, in dem die Mehrzahl der Waren für den Grundbedarf noch rationiert sind, beschleunigt.“<sup>90</sup>

Nachdem er die Berichte von Karol verworfen hat, zitiert Lorimer Robert Scheer und Maurice Zeitlin, die ihre Analysen auf persönliche Beobachtungen stützen. In ihrem Buch „Cuba – An American Tragedy“ legen sie eine ausgewogene Betrachtung der frühen Jahre der Revolution vor. Franqui warnte jedoch schon kurz nach dem Sieg der Revolution die Schriftsteller und Journalisten, die Kuba besuchten:

„Für fortschrittliche Leute ist es einfach, die Unterdrückung in der kapitalistischen Welt zu erkennen. Gegen diese Unterdrückung rebellierten wir in Kuba. Es ist die gleiche Sorte Unterdrückung, die die Gefängnisse in Franco-Spanien füllt, aus den Schwarzen-Ghettos in New York eine Hölle macht und Brasiliens Elend zur Karnevals-Zeit versteckt. Aber man sollte mit offenen Augen die Verbrechen betrachten, die den Sozialismus, wie er heute in der Welt praktiziert wird, zum Gegenteil des sozialistischen Ideals machen. Mein Rat an Besucher ist, das was man sieht nicht mit dem zu verwechseln, was wirklich ist. Schaut hinter die Fassade.“<sup>91</sup>

Das ist ein Ratschlag, den Lorimer und die DSP heute befolgen sollten. Trotzdem sind Scheer und Zeitlin ehrliche Beobachter der kubanischen Revolution in ihrem ersten Jahrzehnt. Obwohl sie ein idealisiertes und romantisches Bild der Lage in Kuba malen, so entspricht doch ihre Schilderung der Tatsache, dass die Privilegien in der ersten Phase der Revolution nicht sehr groß waren:

„Es gab nicht viele Fabrikleiter, die mehr verdienten als der am besten bezahlte Facharbeiter in der Fabrik. Ein typischer Verwalter bekam das niedrige Gehalt von 350 Dollar im Monat, viele verdienten nicht mehr als 250 Dollar. Viele Verwalter waren früher Facharbeiter in der selben Fabrik gewesen. Ihre Gehälter waren nicht nur relativ niedrig, weil Che, der Industrieminister das als ein sozialistisches Prinzip ansah, sondern auch, weil die Löhne eingefroren wurden und die Fabrikleiter die gleichen Gehälter bekamen wie in ihren vorherigen Jobs. Einige von ihnen konnten ‚nebensächliche‘ materielle Vergünstigungen genießen, wie zum Beispiel ein Auto, wenn ihre Arbeit dies erforderte.“<sup>92</sup>

Allerdings spricht das nicht gegen unsere Annahme, dass der Umfang der Privilegien dieser noch nicht gefestigten Bürokratie sehr gering war. Es konnte in der ersten Phase der Revolution auch gar nicht anders sein. Aber selbst zu diesem Zeitpunkt bekamen die Funktionäre einige „Luxusgüter“, zum Beispiel die Möglichkeit, Autos zu fahren, was für die Massen nicht möglich war.

Außerdem fand auf der Grundlage des industriellen Wachstums eine Differenzierung zwischen der Masse der Bevölkerung und einer größer werdenden Bürokratie statt. Diese musste schärfer werden, da die Kontrolle und Verwaltung über Staat und Gesellschaft nicht in den Händen der Arbeiter und armen Bauern lag. Tatsächlich belegt Zeitlin das Fehlen wirklicher Arbeiterdemokratie in der frühen Periode der Revolution. Er schreibt:

*„Die Mitglieder der Regierung, die Kabinettsmitglieder, sind nicht der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig, welche sie nicht gewählt und keine direkte Stimme bei ihrer Auswahl hatte, sondern nur sich selbst und einer Handvoll Führer – Fidel, Raúl, Che – gegenüber, welche sie ernannt haben. Diese Führer sind die wirkliche Regierung. Sie treffen die Entscheidungen. Es gibt keine offiziellen Kanäle, durch welche die Massen sie beeinflussen oder absetzen könnten. (Man darf andererseits nicht vergessen, dass das Volk bewaffnet ist. Egal wo man hingehet, man sieht immer einfache Bürger, darunter Frauen mit langen Fingernägeln und Stöckelschuhen, mit Gewehren oder halbautomatischen Waffen über den Schultern. Wenn das auch keine offizielle Methode ist, die Rechenschaftspflicht der Regierungsmitglieder herzustellen, wird doch zumindest ein gewisses Gegengewicht geschaffen.)“<sup>93</sup>*

Ja, es gab zu Anfang ein „Gegengewicht“, verkörpert durch die Miliz und die Elemente von Arbeiterdemokratie, aber dies alleine war nicht ausreichend, und ist es heute nicht, das Wachstum der bürokratischen Elite zu stoppen. Zeitlin schreibt weiter:

*„[Die revolutionären Führer] hatten es versäumt, eigenständige Machtzentren außerhalb der Partei zu schaffen, welche die Stärke der Partei kontrollieren und ausgleichen könnten. Sie machten augenscheinlich keinen Versuch, neue autonome Institutionen zu gründen, um eine andere Meinung zu ermöglichen und die Einschränkungen der persönlichen Freiheit zu verhindern.“<sup>94</sup>*

Das gleiche berichtet er in bezug auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in einem Arbeiterstaat. Guevara verteidigte in einer Diskussion mit Zeitlin das Recht der Arbeiter zu streiken und vertrat die Meinung, dass

*„Streiks das Ergebnis von Fehlverhalten der Verantwortlichen auf allen Ebenen der Industrie sind. Und sie sind – selbstverständlich sollten sie nicht ermutigt werden – eine notwendige Waffe der Arbeiterklasse, wenn alle anderen Mittel versagt haben.“<sup>95</sup>*

Guevara hatte verstanden, dass die Gewerkschaften in einem Arbeiterstaat sowohl zur Unterstützung „ihres“ Staates gebraucht werden als auch zur Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den selben Staat. Doch die Führer vieler Gewerkschaften teilten nicht Guevaras Meinung. Jesus Sotu, Organisationssekretär der *Zentralen Arbeiterorganisation* und ein weiteres Mitglied des Exekutivkomitees der Gewerkschaften



und Chefredakteur von dessen Zeitung machten dies in einer Diskussion mit Zeitlin deutlich.

*„Keiner von ihnen vertrat auch nur das elementare leninistische Konzept, dass die Gewerkschaften eine Rolle als Verteidiger gegen ‚bürokratische Deformationen‘ in einer ‚sozialistischen Gesellschaft‘ spielen sollen. Beide betonten die Aufgabe der Gewerkschaften, die Produktivität der Arbeiter anzuheben ... [aber] keiner erwähnte, dass eine Gewerkschaft die unmittelbaren Interessen der Arbeiter beschützen sollte.“<sup>96</sup>*

Später beschreibt Zeitlin in „*Cuba's Workers, Workers' Cuba, 1969*“, eine neue Einleitung zu seinem Buch „*Revolutionary Politics and the Cuban Working Class*“, seine eigenen Eindrücke über das damalige Kuba. Lorimer stützt sich stark auf diesen Bericht, um zu widerlegen, was wir über die Existenz einer bürokratischen Elite sagen. Er behauptet, dass Zeitlin belegt hätte, dass es nicht „*von Anfang an*“ eine Bürokratie gegeben hat, selbst bis 1969 nicht. Er meint, dass Kuba im ersten Jahrzehnt der Revolution faktisch ein Regime des „Kriegskommunismus“ erlebt hätte, ähnlich wie in der Zeit des Bürgerkrieges direkt nach der russischen Revolution. Nicht nur dass es „Kriegskommunismus“ gegeben hätte, das Regime in Kuba war, so behauptet er, vom gleichen Charakter wie das Lenins und Troztkis, grundlegend ein gesunder Arbeiterstaat mit leichten bürokratischen Deformationen.

Viele von Zeitlins Kommentaren sind wertvoll, sie zeigen, dass selbst angesichts großer Schwierigkeiten in den 60er Jahren die Masse der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung die kubanische Revolution unterstützt hat. Seine Bemerkungen über die Haltung der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse – nicht alles bedingungslose Unterstützer von Castro oder dem politischen Regime – sind sehr nützlich, um ein Bild von Kuba zu dieser Zeit zu bekommen. Er meint:

*„Der egalitäre Geist der Revolution wurde durch die egalitäre Praxis unterstrichen. ... Löhne und Gehälter spiegeln dieses Muster sozialer Gleichheit wider.“<sup>97</sup>*

Er gibt ein Beispiel einer Fabrik, das Lorimer zitiert. In dieser Fabrik arbeiteten 2.700 Beschäftigte, der Verwalter verdient 250 Dollar im Monat. Ein Abteilungsleiter verdiente 400 Dollar. Facharbeiter verdienten rund 300 Dollar, der niedrigste Gehilfe oder ungelernte Arbeiter bekam 95 Dollar. Aber selbst wenn diese Angaben der offiziellen Gehälter stimmen, sind sie nicht die ganze Wahrheit. Wir haben zugestanden, sowohl in unserer Broschüre als auch in der Antwort auf Lorimer, dass angesichts der jungen Jahre der Revolution und des kulturellen Standards in Kuba die Einkommensunterschiede zwischen der Bürokratie und den Massen in den 60er Jahren nicht so hoch sein konnten wie zum Beispiel in Osteuropa und der Sowjetunion. Allerdings merkt selbst Zeitlin vorsichtig an, dass es auch noch andere Privilegien gegeben hat:

*„Es gab einige begrenzte Vergünstigungen, die mit Funktionen verbunden waren. Viele Regierungsfunktionäre hatten Autos mit Chauffeuren, die ihnen für die Regierungsarbeit zur Verfügung standen, meistens kompakte Wolgas oder Alfa Romeos, ab und zu sieht man auch einen Chevy oder Ford im Dienste der revolutionären Regierung ... Funktionäre, vor allem diejenigen, die mit ausländischen Besuchern zu tun haben, verfügen auch über Spesenkonten, die es ihnen erlauben*

*sich öfter als andere Kubaner in den wenigen verbliebenen Restaurants verwöhnen zu lassen, die lediglich von den Reichen besucht wurden, die das Land nicht verlassen hatten. Obwohl sie sich im öffentlichen Besitz befinden und alle im Prinzip Zutritt haben, sind diese Restaurants ein Luxus, den sich nur wenige Kubaner leisten können ... Nach meinen Beobachtungen ... sind enteignete Landhäuser ... nicht die protzigen Wohnsitze einer neuen Elite geworden.“<sup>98</sup>*

Dem wird von Carlos Franqui eindeutig widersprochen. Er schreibt:

*„Zu dieser Zeit [1961] organisierte die Staatssicherheit den Umzug von Commandantes, Ministern und allen wichtigen Personen in neue Häuser. Einige von uns versuchten zu bleiben wo sie wohnten – unter anderem Che, Faustion, Celia, Haydée, Chomón, Orlando Blanco und ich. Die neuen Häuser waren die von Havannas Mittelklasse Verlassenen. Das kochte die Polemik von 1959 wieder hoch. Einige von uns waren nach dem Krieg wieder in ihre alten Wohnungen gezogen, während andere die Häuser der Reichen (wie sie sagten) ‚einer anderen Nutzung zuführen‘ wollten. Aber sie selbst wurden ‚einer anderen Nutzung zugeführt‘. Diese Häuser wurden mit Wachen rund um die Uhr ausgestattet – wegen der konterrevolutionären Bedrohung, aber es war auch eine gute Methode, um die Leute im sowjetischen Stil im Blickfeld zu haben. Celia, Haydée und ich konnten verhindern, in die neuen Häuser einzuziehen, weil wir Zivilisten waren. Ich lebte die ganze Zeit in meiner eigenen Wohnung und hatte keine Probleme.“<sup>99</sup>*

Allerdings wurden die Räumlichkeiten, in denen Franquis Zeitung Revolución hergestellt wurde, einige Monate zuvor unter ungeklärten Umständen überfallen. Er verdächtigte weniger rechte, konterrevolutionäre Terroristen als vielmehr die wachsenden stalinistischen „Sicherheits“-Dienste, die ihn wegen seiner Kritik an der bürokratischen Entartung der Revolution im Visier hatten. Er schreibt:

*„Da ich der Anweisung umzuziehen nicht Folge leistete, nahm sich Fidel der Sache an und erzählte mir, ich wäre in Gefahr und müsste den Befehlen gehorchen. Am nächsten Tag brachten mir die Leute von der Städtischen Reform die Schlüssel für mein neues Haus. Ich wäre ein Heuchler, wenn ich sagte, es hätte mir nicht gefallen, was ich sah – einen Swimming Pool, Bücher, hübsche Möbel, einen Garten, eine Klimaanlage – aber ich fühlte mich auch schuldig. Fidel hatte nie solche Probleme, er war es gewohnt, in solchen Häusern zu leben ... Tatsächlich schufen wir eine neue Elite, entgegen allem Gerede, wir müssten uns schützen oder davon, dass sich Leute in verantwortlichen Positionen entspannen können müssten. Diese neue Elite würde eines Tages gefährlich werden.“<sup>100</sup>*

Bemerkenswert ist, dass Franqui dies 1961 berichtet und nicht erst 1969. Ohne Zeitlins Ehrlichkeit anzuzweifeln: Franquis Beobachtungen über die Ereignisse in Kuba sind zutreffender und genauer. Als Teilnehmer der Revolution, als Freund und Vertrauter der Führer der Revolution, aber auch als ehrlicher und konsequenter Kritiker von elitärem Denken, Bürokratismus und Stalinismus war er in einer günstigeren Position, um eine vollständigere Analyse über die Ereignisse in Kuba zu entwickeln. Trotzdem spricht selbst Zeitlins Untersuchung gegen Lorimers Annahme, Kuba hätte zu dieser Zeit alle Merkmale eines gesunden Arbeiterstaates gehabt. In Bezug auf die Gewerkschaften schreibt er zum Beispiel:

*„Es sieht fast so aus als seien sie [die Gewerkschaften] ‚dahingewelkt‘. Dies zeigen meine Beobachtungen und die vagen und seltenen Äußerungen von Arbeitern, die ich interviewt habe. Die*

*Arbeiter haben keine unabhängige Organisation, welche im Betrieb, der Branche oder im Land insgesamt die Initiative ergreift, verbesserte Arbeitsbedingungen, oder höhere Löhne zu erreichen, ganz zu schweigen davon, dies einzufordern. Es gibt keine Organisation, die als autonome Kraft fungiert, um die grundlegenden Anliegen der Arbeiter zu beschützen und voranzutreiben, die unabhängig ist von der Linie der Kommunistischen Partei oder der Politik der revolutionären Regierung. Der praktische Unterschied zwischen der Rolle des Arbeitsministerium und der CTC-R, der Arbeiterföderation – soweit er formal existiert – ist für die einfachen Arbeiter nicht erkennbar. Und ebenso wenig scheint dieser Unterschied für einige Regierungsfunktionäre und nationale Führer, mit denen ich gesprochen habe, klar zu sein.“<sup>101</sup>*

## Keine Räte

Er führt weiter aus:

*„Die Gewerkschaften arbeiten weniger wie eine unabhängige Arbeiterorganisation als vielmehr wie Delegiertenkomitees der Arbeiter, um sie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen zu vertreten und um die knappen Ressourcen gleichmäßig an die Arbeiter zu verteilen.“<sup>102</sup>*

Zur Frage der Kontrolle über die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Fabriken meint Zeitlin:

*„Unterschiede zwischen der Partei, den Arbeiterkomitees, der Generalversammlung und den Gewerkschaften als das Instrument, was ihre Interessen vertreten soll, sind in den Köpfen [der Arbeiter] kaum vorhanden.“<sup>103</sup>*

In Bezug auf die Gefahr der Bürokratie schreibt Zeitlin offen:

*„Es gibt die Möglichkeit, dass unter dem sozialen Druck von verfestigten Interessen, die durch Karrieristen, Bürokraten und politische Opportunisten entstehen können (Che nannte dies ‚Getreide, das auf dem gedüngten Boden der staatlichen Subventionen in die Höhe schießt‘) und dadurch, dass einige Angehörige der alten Elite in die Verwaltung der Wirtschaft, die Regierungsgeschäfte und die Partei einbezogen wurden, der Schwung Richtung soziale Gleichheit, der zur Zeit deutlich zu erkennen ist, kaum merklich, sogar unbewusst, abgelenkt werden könnte.“<sup>104</sup>*

Er erklärt, dass Lenin und Trotzki dafür waren, dass die Arbeiter die Freiheit haben, sich zu organisieren, um ihre unmittelbaren Interessen zu verteidigen. Unabhängige Gewerkschaften sollten sowohl dazu dienen, einen gesunden Arbeiterstaat zu verteidigen als auch zur Verteidigung der Arbeiter gegen „ihren“ eigenen Staat. Am wichtigsten sind Zeitlins Kommentare über die Leitung von Gesellschaft und Wirtschaft :

*„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spielen die Arbeiter, obwohl sie sich rege an der Diskussion und den Entscheidungen über die Umsetzung der Ziele des nationalen Plans für ihre Fabrik beteiligen, meines Erachtens nach keine Rolle dabei, den Plan selbst zu entwerfen. Sie haben keine Mitsprache über die Prioritätensetzung bei Investitionen. Die Entscheidung was und wie viel produziert wird, wird von den zentralen Planungsinstitutionen der revolutionären Regierung gefällt, die dem Ministerrat gegenüber verantwortlich sind.“<sup>105</sup>*

Er macht auch deutlich, das anders als in den Tagen der Revolution als „echte Differenzen zwischen führenden Regierungleuten öffentlich diskutiert wurden, wenn auch in

gedämpften Tönen“ es 1969 so aussah, dass „es keine öffentliche Debatte gibt.“ In Bezug auf die Escalante-Affäre Anfang 1968 (siehe dazu die Kuba-Broschüre im Anhang) bestätigt er eher meine Ansicht als die unkritische Meinung Lorimers darüber. Er schreibt über den Prozess gegen die sogenannte „Mikro-Fraktion“ um Anibal Escalante, vormals Organisationssekretär der PSP, schreibt er:

*„Eine ganze Reihe der Anklagen der Regierung waren so vage, sie umfassten sogar Positionen aus der Zeit vor der Revolution, die im Widerspruch zur aktuellen Politik der revolutionären Regierung standen ... Die Anklagen sind im Kern, dass Escalante und seine Genossen mit der Politik der revolutionären Regierung nicht übereinstimmen und versuchen, andere von ihren Ideen zu überzeugen. Sie wurden beschuldigt, in der Partei ‚ideologische Differenzen zu vertiefen‘, obwohl sie ‚bei verschiedenen Gelegenheiten zur Diskussion gebeten wurden, ihre Ideen und ihre Haltung zu diskutieren, welche der Linie der Revolution widersprechen.‘“<sup>106</sup>*

Seine Schlussfolgerungen:

*„Dieses Verfahren führte dazu, dass oppositionelle Ansichten selbst im Zentralkomitee und unter den meisten revolutionären Kadern nicht mehr geäußert wurden. Es ist ein Präzedenzfall für die Inhaftierung von Revolutionären, die von der Parteilinie abweichen ... Sobald ‚Einstellungen, Ideen und Argumente‘ zur Inhaftierung führen können, existiert das Potential für die Unterdrückung aller widerstreitenden Ideen selbst der loyalsten Revolutionäre. Es ist gut aber nicht ausreichend wenn Fidel nach dem Prozess sagt ‚das revolutionäre Gericht war nicht so hart wie einige das gewünscht hatten, aber letztendlich war unnötige Härte noch nie ein Charakterzug der Revolution.‘“<sup>107</sup>*

Es steht außer Frage, dass in Russland vor der Revolution und der ersten Phase danach Sowjets existierten. Sie wurden durch den Bürgerkrieg geschwächt, in dem die Blüte des Proletariats aufmarschierte, um die Revolution gegen die bewaffneten Angriffe des Imperialismus zu verteidigen. Das Proletariat selbst wurde, wie Lenin erklärte, durch den Bürgerkrieg und den damit verbundenen extremen Entbehrungen nahezu atomisiert. Allerdings war es zu diesem Zeitpunkt noch immer gerechtfertigt, den Staat als relativ gesunden Arbeiterstaat zu beschreiben. Die Macht wurde durch die revolutionärste Partei der Geschichte ausgeübt, und, das mag hinzugefügt werden, durch die demokratischste Partei. Die Führer dieses Staates, namentlich Lenin, Trotzki und die Bolschewiki waren sich der Gefahren der Bürokratisierung bewusst, die durch die Isolation der Revolution entstanden. Sie ergriffen daher Maßnahmen, um diesen Prozess zu verhindern beziehungsweise zu bremsen. In Kuba gab es allerdings keine „Sowjets“ im marxistischen Sinn des Wortes. Außerdem hatten die Führer der Revolution kein ausgearbeitetes Programm und keine klare Perspektive und waren, wie wir gesehen haben, gezwungen, sich auf die Bürokratie der „Kommunistischen“ Partei und die Überbleibsel des alten Staatsapparates zu stützen. Daher war die Situation in Kuba anders als die in Russland zwischen 1917 und 1923.

Unser alter Bekannter Karol, der von Lorimer vollkommen außer acht gelassen wird, äußert sich zu den Fragen von Arbeiterdemokratie, Räten und dem Fehlen davon in Kuba traurigerweise wesentlich zutreffender als die Ex-Trotzkisten der

DSP. Seine Kommentare über die Situation in Kuba zeugen von einem tieferen Verständnis der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus als es die DSP-Führung hat. Er macht die folgenden erhellenden Kommentare:

*„Fidel Castro wird immer wieder sagen: es ist fünf mal so schwer, ein Land nach der Revolution zu entwickeln als die Macht zu ergreifen. Er zögert nicht, diese These zu belegen, in dem er Beispiele von seinen eigenen praktischen Fehlern gibt, die durch seinen Mangel an Erfahrung gemacht wurden. Aber das ist nicht der Punkt. Der Grund, warum es fünf mal so schwierig ist, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen als die Macht zu ergreifen, ist das Versagen, schon während des Kampfes eine sozialistische Perspektive zu entwickeln und die Kontrolle und Verwaltung der neuen Gesellschaft durch das Volk sicherzustellen. Der Sozialismus hat keine Möglichkeit zum Erfolg, solange nicht – mitten im Kampf, genau zum Zeitpunkt der sozialen Explosion – die Initiative ergriffen wird, die schwierige Frage des Verhältnisses zwischen den Massen und der politischen Führung zu lösen. Aber die Suche nach der Lösung dieses Problems war niemals Teil des castristischen Vorgehens. Tatsächlich, ohne Fidel wäre Kuba wie die Dominikanische Republik, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass Fidels Methode – vielleicht die einzig mögliche – die Ursache seiner größten Schwierigkeiten ist. Ein Volk, das sagt ‚Wenn Fidel Sozialist ist, sind wir es auch‘ ist nicht wirklich reif, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ihm wurde lediglich zugestanden, die Aufgabe eines Auszubildenden auf dem Bau zu spielen.“<sup>108</sup>*

Wir lehnen Karols Vermutung ab, dass Fidels Methode „vielleicht die einzig mögliche“ ist. Aber der allgemeine Punkt über das Bewusstsein der Arbeiterklasse und den Sozialismus ist korrekt. Karol geht auf die Debatten innerhalb der Führung kurz nach dem Sieg ein:

*„In dieser ganzen Debatte gab es eine Lücke, welche Marxisten hätten schließen müssen. Weder Che noch seine Gegenspieler haben das Problem der politischen Machtausübung und der Organisation in all den Gesellschaften, in denen es zentralisierte oder reformistische Experimente der Planung und der wirtschaftlichen Verwaltung gegeben hat, wirklich verstanden. Die von beiden Seiten so eifrig zitierten ‚Klassiker‘ hatten Sozialismus niemals nur mit wirtschaftlicher Effizienz gleichgesetzt, soll heißen, mit einer Wirtschaft, die von einer kleinen Gruppe kontrolliert wird und die im Namen des Volkes entscheidet, was der beste Weg ist, Arbeit und Freizeit zu organisieren. Man kann bei Marx lange nach diesem Konzept permanenter Delegation von politischer und wirtschaftlicher Autorität suchen, es bleibt vergebens. Im Gegenteil, für Marx war die gesamte Übergangsperiode zum Sozialismus und Kommunismus von der direkten Teilnahme aller Arbeiter bestimmt, die alle kommunalen Belange selbst entscheiden. Selbst für Lenin, den Schöpfer der Theorie der proletarischen Avantgarde-Partei, war die Rätewahl gegenüber der Elektrifizierung vorrangig.“<sup>109</sup>*

Zur Frage der „direkten Demokratie“, die von US-amerikanischen linken Intellektuellen C. Wright Mills und Paul Baran in Kuba gesehen wurde, meint Karol:

*„Die Castristen haben niemals so getan, als sei die direkte Demokratie, die aus dem Dialog zwischen Fidel und der Basis bestand, ein Schritt Richtung wirklicher Arbeiterdemokratie. Sie waren weit davon entfernt, ein System stärkerer organischer Beziehungen zwischen der rechtmäßigen Regierung und dem kubanischen Volk aufzubauen und meinten, dass dieses System schon existierte, dass es 1959-60 plötzlich entstanden sei und seinen Wert immer wieder bewiesen habe.“<sup>110</sup>*

Seine Schlussfolgerung:

*„Der Aufbau des Sozialismus kann nicht die Angelegenheit eines Mannes oder einer Gruppe von Männern sein, wie gut ihre Absichten auch sein mögen. Wenn das sozialistische Schiff den Hafen sicher erreichen soll, muss jeder an die Ruder – ein paar Ruderer vorne reichen nicht aus. Das mag sich wie eine Parole anhören, aber sozialistische Demokratie ist kein Luxus, den sich die Leute leisten können, wenn alles andere erledigt ist. Solange nicht jeder sein volles Gewicht in die Waagschale wirft, sind die Führer nicht anders als die Arbeiter einer nicht auszuhaltenden Belastung ausgesetzt. Unter solchen Umständen spielt es keine große Rolle, dass die großen Opfer nicht mehr dazu da sind, eine kleine Minderheit von Privilegierten zu bereichern oder dass die Führer integre Leute sind – und niemand kann bestreiten, dass die Castristen integer sind. Das Ergebnis ist Teilnahmelosigkeit und das Nachlassen politischen Interesses.“<sup>111</sup>*

Diese Zeilen sind vielleicht nicht besonders wissenschaftlich, aber sie drücken mehr Sinn für die Wirklichkeit Kubas damals und heute aus als die Ideen Lorimers.

Bei unserer Schlussfolgerung, dass eine bürokratische Elite die kubanische Gesellschaft dominiert, stützen wir uns nicht nur auf diese oder jene Beobachtung von Kommentatoren, sondern auf die Analyse der Prozesse, welche sich mit großer Wahrscheinlichkeit nach einer isolierten Revolution entwickeln, wenn sie zudem noch in einem unterentwickelten Land wie Kuba stattgefunden hat. Wir stützen uns auf die Erfahrung der russischen Revolution und der folgenden Entwicklung, einschließlich der bürokratischen Entartung als Produkt der Isolation, wie wir oben ausgeführt haben. Es kommt Lorimer überhaupt nicht in den Sinn zu fragen, wie, angenommen 1959 bis 1960 wurde in Kuba ein relativ gesunder Arbeiterstaat aufgebaut, dieser sich 30 Jahre halten konnte? Wie konnte Kuba ein gesunder Arbeiterstaat bleiben, ohne die Revolution international auszudehnen, vor allem auf die industrialisierten Länder? Wie konnte Kuba der bürokratischen Degeneration entgehen, die in Russland nach 1923 erfolgte? Ist es wegen der revolutionären Standfestigkeit von Castro und seinem Anhang, einschließlich der kubanischen „Kommunistischen“ Partei? Das ist reiner Idealismus, welcher das große Erbe Trotzki ignoriert, dass dieser uns durch die Analyse der objektiven Ursachen der bürokratischen Entartung der russischen Revolution hinterlassen hat.

An dieser Stelle möchten wir eine grobe Fehlinterpretation unserer Position durch Lorimer berichtigen. Er beschuldigt uns zu sagen: *„Castro ist der kubanische Stalin.“<sup>112</sup>* Das macht er, obwohl er ein Zitat aus unserer Broschüre verwendet, welches belegt, dass wir nicht glauben, Castro gehöre in die gleiche Kategorie wie Stalin. Stalin war eine graue, mittelmäßige Figur und spielte keine bedeutende Rolle in der russischen Revolution. Er entwickelte sich zu einem Tyrannen und war der perfekte Führer der bürokratischen Konterrevolution, welche die bolschewistische Partei vernichtete und das bürokratische Regime errichtete. Castro war ein Revolutionär, allerdings ohne marxistisches Programm oder Analyse. Er bewies enorme Kampfbereitschaft und Improvisationsfähigkeit im Kampf gegen das Batista-Regime. Es ist ihm auch anzurechnen, dass er den großen Druck der Massen in der frühen Phase der Revolution, mit dem Kapitalismus zu brechen und eine geplante Wirtschaft aufzubauen, nachge-

geben hat. Angesichts des Charakters der kubanischen Revolution und der Tatsache, dass Castro und die *Bewegung des 26. Juli* nicht aus der stalinistischen Tradition kamen und auch wegen der eigenen kubanischen Traditionen konnte das Regime nicht von Anfang an eine Kopie der Regime in Osteuropa, Russland oder China sein. Die Lage in Kuba war viel stärker im Fluss. Wir haben in unserer Broschüre erklärt, dass es nicht nur eine massenhafte Unterstützung des Volkes für die Revolution gab, sondern auch Elemente von Arbeiterkontrolle in den Fabriken und auf den landwirtschaftlichen Gütern. Allerdings ist das nicht genug, damit wir von einem gesunden Arbeiterstaat reden können. Selbst in Jugoslawien unter Tito gab es Elemente von Arbeiterkontrolle in den Fabriken, als die Bürokratie versuchte, die Initiative der Massen zu nutzen, um die Planwirtschaft aus der Sackgasse zu holen, in welche die bürokratische Kaste, die Wirtschaft und Gesellschaft kontrollierte, sie geführt hatte.

Wir zitieren wiederum Habel, die interessante Details zu dieser Frage beschreibt. Sie schreibt über Kuba:

*„Ein derartiges hierarchisches Verständnis der Führung ist mehr oder weniger in allen Teilen der Gesellschaft zu finden, sogar soweit, dass man im Betrieb den Direktor oft el jefe (den Chef) nennt. Seine Privilegien und seine Macht gegenüber den ArbeiterInnen sind offensichtlich. 1983 kritisierte ein Gewerkschaftsaktivist, der Sekretär für soziale Angelegenheiten der Basisorganisation in der Leichtindustrie, der an den Sitzungen der consejos de trabajo (Arbeiterräte) teilgenommen hatte, das häufige Fernbleiben von bestimmten Führungsmitgliedern und forderte, dass die Arbeiterräte sich auch mit diesem Problem beschäftigen sollten. ‚Die Verwaltung verhält sich zögernd‘, erklärte er. ‚Aber ich kann beweisen, dass bei 24 Zeitabrechnungsformularen in diesem Betrieb in 18 Fällen unberechtigtes Fehlen nachgewiesen wird. Doch die Verwaltung scheute vor einer Auseinandersetzung zurück. Ich habe es auf anderen Wegen versucht. Ich wandte mich an die Gewerkschaft, aber die Gewerkschaft hat mich nicht unterstützt. Es war für die Gewerkschaftsführer zu schwierig, Druck auszuüben, denn das würde heißen, dass sie sich mit den Chefs anlegen müssten. Diese Situation wurde nie gelöst. Der Arbeiterrat konnte nie etwas unternehmen.“<sup>113</sup>*

Sie erklärt auch:

*„Die Arbeiterräte wurden 1965 eingerichtet, um in den Betrieben Probleme der Disziplin und der Übertretung von Arbeitsgesetzen zu regeln. Sie bestanden nur aus ArbeiterInnen. Nach dem Gesetz von 1965 mussten sie aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt sein, die im Betrieb nach geheimer Abstimmung für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt wurden. Ihre Aufgabe war es, Streitigkeiten zwischen ArbeiterInnen und Betriebsleitern in Fragen der Disziplin und der Rechte der ArbeiterInnen zu schlichten. Die behandelten Auseinandersetzungen betrafen vor allem Fernbleiben von der Arbeitsstelle, Zu-Spät-Kommen, Nichterfüllen von Arbeitsaufgaben, Nachlässigkeit, mangelnden Respekt gegenüber Vorgesetzten, körperliche Übergriffe, Beschädigung von Werkzeug, Betrugereien und Diebstahl. Aber auch Löhne, Arbeitsbedingungen und Versetzungen gehörten zu ihrem Verantwortungsbereich.“<sup>114</sup>*

Sie weist auf Guevaras Rolle dabei hin:

*„Von Che initiiert, entwickelten sich diese Arbeiterräte in den ersten Jahren zu unabhängigen Einrichtungen, die von den ArbeiterInnen selbst gebildet wurden. Sie hatten eine wirkliche Kontrollgewalt, obwohl sie ihre Befugnisse wegen des allgemein niedrigen Bildungsstandes, der zu Beginn der Revolution herrschte, nur eingeschränkt wahrnehmen konnten. Gegenwärtig ist bezeich-*

nend, dass der Mangel an Zeit zu den größten Schwierigkeiten der Arbeit der Arbeiterräte zählt. Die Zahl der Streitfälle nahm beträchtlich zu und die Arbeiterräte wurden kritisiert, weil sie nicht mehr in der Lage waren, sich mit allen Vorgängen zu befassen. Um daraus einen Ausweg zu finden, mussten die ArbeiterInnen ihre Aufgabe zusätzlich zu ihrer täglichen Arbeitszeit erledigen, was eine Tendenz zur Auflösung der Arbeiterräte zur Folge hatte. Die Verkürzung der Arbeitszeit hätte diese Schwierigkeit beheben können, doch jetzt steht die Intensivierung der Arbeit an der Tagesordnung.“<sup>115</sup>

## Entscheidungsprozesse

Über die entscheidende Frage der Verwaltung der Wirtschaft zitiert Habel Pisani: „Der Compañero Gada (der Betriebsdirektor) erklärt mit unendlicher Geduld die Grundsätze der sogenannten ‚Jojo-Wirtschaft‘ die darin besteht, dass die Zahlen, Vorschläge oder Anträge ‚nach oben‘ an die Leitung des Plans weitergereicht werden und abgewartet wird, dass ‚von oben‘ die Antworten, Richtlinien und Anordnungen zurückkommen in einem endlosen Hin und Her zwischen Basis und Führung. Es ist außerordentlich schwierig, die Ebene zu ermitteln, auf der die Entscheidungen getroffen werden, obwohl die richtige Antwort fast immer darin besteht, ‚oben‘ zu sagen, aber ohne anzugeben, wo.“<sup>116</sup>

Aus den anerkannten Werken wie „Cuba or the Pursuit of Freedom“ von Hugh Thomas oder Jon Lee Andersons „Che Guevara“ entsteht ein Bild über den Charakter der Castro-Führung zu Beginn der Revolution. Es ist eine Führung, die von den Umständen getrieben wird, aber sehr mutig eine geplante Wirtschaft aufbaut. Allerdings ist die Macht nicht in Organisationen verankert, die von der Masse der Bevölkerung demokratisch kontrolliert werden. Die Macht war zu Beginn in den Händen von Castro, Guevara und der führenden Gruppe konzentriert. Entscheidungen wurden durch persönliches Eingreifen von Castro und anderen gefällt und nicht durch die Massenorganisationen. Über Castros Rolle schreibt Tad Szulc:

„Seine Detailversessenheit und seine Überzeugung, dass er über alle Dinge besser Bescheid weiß als jeder andere, haben Castro zu einem Hindernis für die effiziente Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gemacht ... Dadurch ist eine Seilschaft von Bürokraten entstanden, die sich gegenseitig absichern. Ein bitterer Witz kursiert in Havanna, dass es am Ende doch ein Zwei-Parteien-System auf Kuba gäbe, bestehend aus der Kommunistischen Partei und der Bürokratischen Partei. Das Ausmaß der Verschwendung von Ressourcen und Talenten ist erschütternd.“<sup>117</sup>

Später fügt er hinzu:

„Seine Ungeduld führte dazu, dass er beständig zwischen kurz-, mittel- und langfristiger Planung hin- und herschwankte sowie zu einer endlosen Reihe von Improvisationen. Keiner Politik wurde genug Zeit gegeben, erfolgreich zu sein (oder ihr Scheitern zu beweisen), und politischer oder visionärer Druck brachten Castro dazu, bombastische Projekte zu starten, welche die Wirtschaft unmöglich bewältigen konnte.“<sup>118</sup>

Habel schreibt:

„Bereits 1970 prangerte ein kubanischer Intellektueller in aller Deutlichkeit die inzwischen noch größere Machtkonzentration in Fidel Castros Hand an. Er betonte vor allem die Notwendigkeit,



die Bevölkerung und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an den Entscheidungen in Wirtschaft und Politik zu beteiligen, angesichts der Unmöglichkeit, die Partei einzig und allein aus ihrem Zentrum heraus zu führen. Damals schon äußerte er jedoch Zweifel: „Ich bin etwas pessimistisch in bezug auf die Möglichkeit, dass diese grundlegenden Änderungen eintreten werden, Gerne würde ich mich irren, aber Fidels eigene Worte machen seine Vorstellung deutlich, Veränderungen bei einzelnen Menschen herbeizuführen, einige untergeordnete Probleme zu lösen, die die Bevölkerung stören, und mit Hilfe von persönlichen Besuchen und Gesprächen an den Arbeitsplätzen mehr Popularität zu gewinnen. Wie Sie aber verstehen werden, kann dies nichts grundsätzlich verändern, und man darf nicht glauben, dass solche Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft führen könnten und in der Lage wären, das Vertrauen der Bevölkerung in die Führung wiederherzustellen.“<sup>119</sup>

Pisani beschreibt den begrenzten Einfluss der Arbeiter bei Entscheidungsprozessen:

„In einem kleinen Betrieb erschienen 75 ArbeiterInnen von insgesamt 300 zur Versammlung, Über einen selbstkritischen Bericht der Verantwortlichen sagte eine Aktivistin, es handle sich dabei um eine wohlbekannte Technik, die darin besteht, den zu erwartenden Vorwürfen bereits im Voraus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Obwohl alle Themen aufgegriffen wurden, einschließlich der Ziele, die im Plan vorgesehen waren und nicht eingehalten wurden, war die Teilnahme von Jugendlichen nur gering, und Überdruß kommt zum Vorschein. Zwei Tage zuvor hatte eine Versammlung in der Produktion dieselben Fragen diskutiert, ein Arbeiter machte während der zweiten Versammlung die Situation treffend deutlich, als er erklärte: ‚Wir kennen die Schwierigkeiten. Jetzt wollen wir aber gerne wissen, wie sie zu lösen sind.‘“<sup>120</sup>

Habels Schlussfolgerung:

„Dies ist eine gute Zusammenfassung der Hauptprobleme, die Kuba betreffen: Diskussion und kritische Äußerungen werden nicht behindert, aber diese ‚Daunenfeder-Demokratie‘ verleiht denjenigen, die sie ausüben, keine Macht.“<sup>121</sup>

Es stimmt, dass diese Situation von der Masse der Bevölkerung in Kuba hingenommen, ja, gebilligt wurde, vor allem beim Aufbau des Gerüsts für die Planwirtschaft. Auf dieser Grundlage war Kuba in der Lage, bemerkenswerte Verbesserungen in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung und bei den sozialen Dienstleistungen einzuführen. Viele davon existieren heute noch und sind noch immer besser als die Bedingungen in den lateinamerikanischen Nachbarländern. Das waren wichtige Aspekte der kubanischen Revolution und des aus ihr hervorgegangenen Regimes, die einen Unterschied zu den stark bürokratisierten Regimes in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion darstellen. Das Regime war nicht einfach eine Kopie der stalinistischen Regimes in Osteuropa, Russland oder China. Es gab Elemente in Kuba, die dort nicht existierten. Es konnte auch gar nicht anders sein, betrachtet man die Merkmale der Revolution und die Art, wie der neue Staat entstand.

Marxisten müssen die Unterschiede zwischen verschiedenen Staaten wahrnehmen. Die anhaltende Beliebtheit von Castros Regime in der ersten Phase der Revolution war offensichtlich. Aber es ist auch nötig, die fundamentalen Parallelen der Ökono-

mie und des staatlichen Aufbaus herauszuarbeiten, vor allem, als Castro gezwungen war, sich auf die russischen Stalinisten zu stützen. Angesichts der Blockade des US-Imperialismus wandte sich das kubanische Regime dem stalinistischen Russland zu.

In der ersten Stufe der Revolution bekräftigte Castro seine Zustimmung zur USA und zu ausländischen Investitionen auf Kuba. Er bestand darauf, dass das Agrarreform-Gesetz nur brachliegende Ländereien betreffen würde. Er trat für mehr US-Tourismus ein und drückte die Hoffnung aus, dass die Vereinigten Staaten, der größte Abnehmer kubanischen Zuckers, die Zucker-Quote des Landes erhöhen würden. Er sagte auch, dass Kuba

*„den gegenseitigen Beistandspakt mit den USA ehren würde und weiterhin der US-Marine erlauben würde, die Basis in Guantanamo zu nutzen. Und obwohl es für manche in Havanna eine Überraschung sein mag, wandte er sich auch gegen den Kommunismus und sprach sich für eine freie Presse aus.“<sup>122</sup>*

Dies unterstreicht, wie banal und impressionistisch Lorimers Behauptung ist, Castro wäre vor der Revolution ein bewusster Marxist gewesen. Er tastete sich auf seinem Weg nach vorne, wie auch die russische Bürokratie. Um Castro zu radikalisieren, um seine gemäßigte Haltung, die er direkt nach der Revolution gezeigt hatte, zu überwinden, bedurfte es Ereignisse wie der Erpressung Kubas durch die USA, wie der Verhängung der Blockade. Und tatsächlich, wir werden nicht müde das zu sagen, vollzog er *„unter dem Druck der Massen“* Schritt für Schritt die Enteignung des Großgrundbesitzes und des Kapitals auf Kuba. Das war für das kubanische Volk und die niedergedrückten Massen in Lateinamerika und der gesamten neo-kolonialen Welt ein gewaltiger Schritt vorwärts.

Allerdings hatte Chruschtschow, der Vertreter der russischen Bürokratie par excellence, kein Interesse daran, dass sich wirklicher Sozialismus im Rest der Welt ausbreitet. Ein gesunder Arbeiterstaat auf der Grundlage einer Demokratie der arbeitenden Menschen war für die Bürokratie eine ebenso große Gefahr wie für den Weltimperialismus. Andererseits wären Regime nach dem ökonomischen und politischen Modell Russlands, eine geplante Wirtschaft ohne Arbeiterdemokratie, nicht nur kompatibel, sondern sogar nützlich bei den militärisch-diplomatischen Manövern gegen den US-Imperialismus.

Bei der Unterstützung des kubanischen Regimes ging es trotz aller Äußerungen Chruschtschows über die Unterstützung „sozialistischer Staaten“ um die Ausdehnung der Macht und die Verbesserung des Prestiges der stalinistischen Bürokratie Russlands im Weltmaßstab und nicht um die internationale Revolution. Das zeigte sich später anhand der kubanischen Raketenkrise, als Kuba im Schachspiel gegen den US-Imperialismus als Bauer eingesetzt wurde. Die USA hatte Abschussrampen für Nuklearraketen in der Türkei aufgestellt, Chruschtschows antwortete mit der Einrichtung von Basen auf Kuba. Natürlich wollte auch das kubanische Regime ein Schutzschild gegen die Angriffe des US-Imperialismus haben, aber das war für Chruschtschow zweitrangig. Seine Politik war bestimmt von den nationalen

Interessen der stalinistischen Bürokratie und nicht von Sorge um die Arbeiter und Bauern auf Kuba und in ganz Lateinamerika.

Trotzkis Schriften über den Stalinismus sind sein wichtigster Beitrag, sogar bedeutender als seine Teilnahme an der russischen Revolution und helfen enorm, unser Verständnis der Prozesse von Revolution, sozialer Konterrevolution und der Welt, in der wir heute leben, zu vertiefen. Trotzki's „Sturz von der Macht“, der von oberflächlichen bürgerlichen Kommentatoren erstaunt zur Kenntnis genommen wurde, hat nichts mit seinen persönlichen Qualitäten oder dem Mangel davon zu tun, sondern ist das Ergebnis eines objektiven Prozesses, verursacht durch die Isolation der Revolution. Trotzki selbst hätte auf der Grundlage seiner enormen Autorität in der Roten Armee die Macht übernehmen und Stalin stürzen können. Aber wie er selbst bemerkte, hätte das lediglich dazu geführt, dass er zum Gefangenen einer militärisch-bürokratischen Kaste geworden wäre, die zumindest zu Anfang sogar Schlimmeres hätte anrichten können als die „zivile“ bürokratische Schicht, die Stalin unterstützte. Er berichtete auch, dass Krupskaya 1927 sagte, dass Lenin, würde er noch leben, wegen der bürokratischen Entartung im Gefängnis gelandet wäre. Der Prozess der Bürokratisierung ist, wie Trotzki erklärte, auf der Basis der Armut an kulturellen und wirtschaftlichen Ressourcen unvermeidlich. Russland hatte sogar die Ressourcen eines ganzen Kontinents zur Verfügung, sah sich jedoch der zwangsläufigen bürokratischen Entartung aufgrund seiner Isolation gegenüber.

Um es in den Worten von Marx zu sagen: wo *„die Not verallgemeinert ist, wird der alte Mist wieder hochkommen“*. Zentral dabei ist, dass der Staat in einer Gesellschaft des Mangels und der Armut nicht nur weiter existieren, sondern sogar wachsen würde. Der Bürokrat, der notwendig ist, um die Verteilung der knappen Güter zu regeln und zu überwachen, würde dafür sorgen, dass er *„als erster und am besten isst“*. Die Isolation der russischen Revolution führte zur Entmutigung der Massen, dazu, dass sie beiseite gestoßen wurden und zum Aufstieg eines bürokratischen Funktionärskörpers. Am Anfang unterschied sich die materielle Situation der Funktionäre nicht wesentlich von jener der Massen. Aber Schritt für Schritt konzentrierten sich die Macht und die damit verbundenen Privilegien in den Händen dieser Schicht, durch Stalins Aufstieg verkörpert. Auf der Basis der Isolation der Revolution ist solch ein Prozess unvermeidlich. Die Ursprünge der kubanischen Revolution unterschieden sich von denen der russischen Revolution, aber der Prozess der bürokratischen Entartung weist die gleichen grundlegenden Charakterzüge auf.

## Außenpolitik

---

Ein Großteil von Lorimers Kritik an unserer Position betrifft die internationalen Auswirkungen der Revolution und die Außenpolitik des kubanischen Staates. Die kubanische Revolution hatte weltweit große Auswirkungen, vor allem in den Ländern Lateinamerikas. Es gab enorme Sympathie und Unterstützung unter den Unterdrückten.

Allerdings unterschieden sich die Auswirkungen von denen der russischen Revolution. Die Massen in Lateinamerika und in der gesamten neo-kolonialen Welt sympathisierten mit der Revolution, auch die politisch bewussteren Schichten in der Arbeiterbewegung der industrialisierten Länder. Aber im Fall der russischen Revolution hatte die Arbeiterklasse außerhalb Russlands verstanden, dass ihre Klasse an die Macht gekommen war, demokratische Räte und einen Staat geschaffen hatte, der zum ersten Mal in der Geschichte zur Herrschaft der Arbeiter geführt hatte. Es gab keine ähnliche Reaktion auf die kubanische Revolution – und es konnte sie auch nicht geben, wegen ihrer unterschiedlichen Klassenbasis.

Doug Lorimer reicht als Antwort seine Behauptung, dass die *„Castro-Führung immer die Notwendigkeit der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern betont hat“*. Selbst in diesem Satz übernimmt die DSP die gleiche Betonung der Castro-Führung: *„Die Bauern und die Arbeiter“*. Anders als sowohl Castro als auch Guevara stellt Lorimer nicht die Frage, welche Klasse die zentrale Rolle spielte und welche sekundär war.

Guevara ist in seinem Artikel *„Kuba: Historische Ausnahme oder Avantgarde des antikolonialistischen Kampfes?“* deutlich. Er beschäftigt sich mit den Methoden, die in der Revolution in Lateinamerika allgemein angewandt werden sollten. Er schreibt:

*„Die Bauern Amerikas werden, indem sie sich auf die Ideologie der Arbeiterklasse stützen, deren große Denker die sozialen Gesetze entdeckten, welche uns beherrschen, zur großen Befreiungsarmee der Zukunft werden, wie es schon in Kuba geschehen ist.“*<sup>123</sup>

Aus dieser Zeit können Dutzende von Stellungnahmen von Guevara und Castro herangezogen werden, die beweisen, dass ihrer Ansicht nach die Revolution durch die Bauern siegen würde, die mit den Methoden des Guerilla-Krieges kämpfen. Karol schrieb 1970, dass Fidel Castro

*„mir immer wieder erzählt hat, dass die kubanische Revolution keine proletarische Revolution sei.“*<sup>124</sup>

Die Arbeiterklasse sollte die Rolle einer Hilfstruppe spielen, wie es in der kubanischen Revolution der Fall war. Castro und Guevara versuchten dies in Lateinamerika umzusetzen, indem sie in den 60ern eine Reihe von Guerilla-Organisationen und Guerilla-Foki (Brennpunkte) unterstützten. Das war für den gesamten Kontinent eine falsche Strategie, denn die Arbeiterklasse war dort die entscheidende revolutio-

näre Klasse, wie die Ereignisse in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay und vielen anderen Ländern zeigten.

Eine korrekte Herangehensweise wäre gewesen, zur Revolution aufzurufen, die Arbeiterklasse in den Städten zu mobilisieren, unterstützt durch „eine zweite Auflage des Bauernkrieges“<sup>125</sup>, wie es Marx ausdrückte, eine Bewegung der armen Bauern auf dem Land. Das fand in der russischen Revolution statt, deren Lehren für die Befürworter des Guerilla-Krieges wie die DSP ein Buch mit sieben Siegeln sind.

Damit die lateinamerikanische Arbeiterklasse von allgemeiner Unterstützung für die kubanische Revolution zur aktiven Nachahmung übergegangen wäre, wäre es nötig gewesen, dass in Kuba selbst sichtbar geworden wäre, dass die Arbeiterklasse die direkte Kontrolle und Verwaltung über Staat und Gesellschaft ausübt. Das war definitiv nicht der Fall, nicht einmal in der frühen Phase und später noch viel weniger.

Richtig ist, dass die Führungen der stalinistischen „kommunistischen Parteien“ in Lateinamerika ein gewaltiges Hindernis für eine korrekte revolutionäre Politik darstellten. Trotz dieser Führung wäre ein klarer revolutionärer Appell eines demokratischen Arbeiterstaates, dem Weg der kubanischen Revolution zu folgen, bei der Masse der Arbeiterklasse und den armen Bauern auf fruchtbaren Boden gefallen. Anstatt den Aufbau von wirklichen revolutionären Parteien vorzubereiten, die sich zuallererst auf die städtischen Gebiete und die Arbeiterklasse stützen, wurde der auf die Bauernschaft gestützte Guerilla-Krieg zur bevorzugten Methode, das Beispiel der kubanischen Revolution zu verbreiten. Trotz der revolutionären Integrität Guevaras und seiner heldenhaften Anstrengungen, die Massen Lateinamerikas aufzurütteln, war dies eine falsche Strategie, welche Castro nach Ches Ermordung in Bolivien 1967 und dem Scheitern ähnlicher Guerilla-Bewegungen aufgeben musste.

## Frankreich und Mexiko

Lenin und Trotzki meinten, dass die Arbeiterklasse die führende Rolle in der Revolution spielen müsse, auch wenn sie die absolute Minderheit in der Gesellschaft sei. Die DSP versteht diese Idee nicht nur in Bezug auf Lateinamerika nicht, sondern, was tragischer ist, auch nicht in Bezug auf die Bewegungen in Asien, vor allem in Indonesien. Für sie sind die „städtischen Armen“ die revolutionäre Klasse, nicht die organisierte Arbeiterklasse. In Indonesien können die städtischen Armen eine wichtige Rolle spielen, aber die entscheidende Kraft der Revolution ist die organisierte, in der Großindustrie beschäftigte Arbeiterklasse.<sup>126</sup> Eine taugliche revolutionäre Massenpartei muss zuallererst ihre Basis in dieser Klasse aufbauen, um dann einen Weg zu den unterdrückten Armen in den städtischen Ballungsgebieten und natürlich auch zu den ausgebeuteten Bauernmassen zu finden. Das ist keine nebensächliche Frage oder eine akademische Debatte. Die Geschichte Lateinamerikas in den 70ern und 80ern ist voll von tragischen Beispielen, wo das revolutionäre Potential durch die falschen Methoden des Guerilla-Krieges zerstört wurde, die sowohl auf dem

Land als auch in den Städten angewandt wurden, letzteres in den stark verstädterten Gesellschaften wie Argentinien und Uruguay.

Diese zum Scheitern verurteilten Taktiken führten zur Vergeudung des enormen revolutionären Potentials einer ganzen Generation. Was war dabei die Rolle der DSP und anderer angeblicher Marxisten und selbst einiger „Trotzkisten“? Sie feuerten die Guerilla-Organisationen an – aber stellten mehrheitlich sicher, dass sie persönlich nicht an den Aktionen teilnahmen. Das führte zum Ruin einer ganzen Generation von potentiellen revolutionären marxistischen Kämpfern. Außerdem haben diese Organisationen niemals eine wirkliche Bilanz der traurigen Auswirkungen ihrer Methoden gezogen. *Militant* – jetzt die *Socialist Party* – und das *Komitee für eine Arbeiterinternationale* haben diese Methoden immer abgelehnt. Wir haben immer eine freundliche Haltung zu allen wirklichen revolutionären Kräften gehabt, die diese falschen Methoden anwenden. Aber wir haben immer die Rolle der Arbeiterklasse betont und den Aufbau einer revolutionären, in der Arbeiterklasse verankerten Massenpartei als die Hauptaufgabe für Marxisten beschrieben.

Auch in der Außenpolitik verteidigt die DSP die Castro-Regierung. Ich kritisierte in meiner Broschüre Castros Haltung zum Massaker an den Studierenden in Mexiko im Oktober 1968, seine Position zum größten Generalstreik der Geschichte in Frankreich 1968 und zur Tschechoslowakei. Lorimer beeilte sich, die Haltung des kubanischen Regimes zu verteidigen und hat so unbeabsichtigt unsere Argumente zum Charakter des kubanischen Regimes bestätigt. Wir hatten beschrieben, dass die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit Kubas von der stalinistischen Bürokratie unter Chruschtschow und Breschnjew den Charakter des Regimes geformt und bestimmt habe. Lorimer schreibt in bezug auf die Escalante-Affäre (welche wir in unserer Broschüre beschrieben haben), dass

„Moskau seine Unzufriedenheit ausdrückte, indem die Lieferungen dringend benötigten Öls nach Kuba gekürzt wurden.“<sup>127</sup>

Genau! Beim Vorgehen gegen Escalante – wobei, dies sei hinzugefügt, vollkommen undemokratische Methoden angewandt wurden – machte die Castro-Regierung, die sich einem Versuch des Kremls gegenüber sah, Kuba in einen bloßen Anhängsel wie Osteuropa zu verwandeln, ihren Anspruch auf ihre eigene nationale Haltung geltend. Bei dieser Auseinandersetzung ging es um die Interessen des stalinistisch-bürokratischen Regimes in Russland und der Regierung Castro. Seine Regierung war bei der Masse der Bevölkerung Kubas noch immer populär, aber stützte sich auch auf eine bürokratische Elite, welche die Ebenen der Macht und den Staat in Kuba kontrollierten. Wie bei anderen Zusammenstößen innerhalb des sowjetischen Sphäre war dies kein Konflikt zwischen einer wirklichen Arbeiterdemokratie und dem bürokratischen Regime des Kreml. Die zwei Bürokratien machten ihre eigenen gegensätzlichen nationalen Interessen geltend. In Bezug auf Mexiko, Frankreich und die Tschechoslowakei unterstützte die Castro-Regierung die Kreml-Bürokratie (Tschechoslowakei) oder schwieg zur Repression in Mexiko und zur massiven Arbeiterbewegung in Frankreich.

Lorimer und die DSP schämen sich nicht, Castros Haltung zu verteidigen. Unglaublicherweise schreiben sie:

*„Wenn Taaffe keine anderen Informationen hat, weist heute alles darauf hin, dass es 1968 weder in Mexiko noch in Frankreich eine revolutionäre Massenpartei gab, die dadurch hätte desorientiert werden können, dass die Castro-Führung es verpasste, sich zu den internen Entwicklungen in diesen Ländern zu äußern, auf die Taaffe sich bezieht. Glaubt Taaffe tatsächlich, dass eine Solidaritätsbotschaft von der UJC (der staatlich kontrollierten kubanischen Studentenbewegung) oder der Kubanischen Vereinigung der Unistudenten an die französischen Studenten den Lauf der Arbeiter- und Studenten-Revolution vom Mai-Juni 1968 verändert hätte? Glaubt er, dass ein öffentlicher Protest der Castro-Führung gegen das Massaker von Tlatecolco in Mexiko 1968 zum Sturz der PRI-Regierung und zu dessen Ersetzung durch eine revolutionäre Führung geführt hätte? Wenn er irgendetwas davon glaubt, dann ist er noch weiter der Realität entrückt, als seine stark übertriebene Darstellung der Folgen der 68er Mai-Juni-Ereignisse in Frankreich es schon andeutet.“<sup>128</sup>*

Es ist interessant, dass Lorimer unsere Beschreibung des Mai-Juni-Generalstreiks 1968 in Frankreich stark übertrieben findet. Können wir daraus schließen, dass die DSP nicht meint, dass dies eine der größten Bewegungen der Arbeiterklasse in der Geschichte war? Dass damals eine revolutionäre Situation in Frankreich existierte? Wenn sie dies verneinen, zeigt das, dass sie von den französischen Ereignissen so wenig verstanden haben wie von denen in Kuba und vom Charakter des Castro-Regimes.

Erstaunlich ist, dass sie ihre Entschuldigung für das Schweigen der Castro-Führung zum Massaker an der Blüte der mexikanischen Jugend und zu den französischen Ereignissen damit begründen, dass es keinen „Unterschied“ ausgemacht hätte, weil keine revolutionäre Partei existierte. Es ist für eine „marxistische“ Organisation beschämend so zu argumentieren.

Die Rechtfertigung dafür:

*„Was wäre das wahrscheinlichste Ergebnis gewesen, wenn Castro gehandelt hätte, wie Taaffe es empfiehlt? Eine Protestnote wegen der Unterdrückung der Studenten-Demonstrationen durch die Regierung hätte höchstwahrscheinlich zu einer Änderung der Politik der mexikanischen Regierung geführt, nicht gegenüber den Studenten, aber gegenüber Kuba! Während sich die Henkersschlinge der US-imperialistischen Blockade gegen Kuba zusammenzog, widerstand die bürgerliche mexikanische Regierung Washingtons Druck, sich der Blockade anzuschließen und weigerte sich, die diplomatischen und Handelsbeziehungen abzurechnen. Mexiko war das einzige Land in Lateinamerika, welches Beziehungen mit dem revolutionären Kuba unterhielt. In diesem Zusammenhang hat die Castro-Führung die mexikanische Regierung nicht kritisiert.“<sup>129</sup>*

Die Begründung der DSP läuft darauf hinaus, dass die schwierige wirtschaftliche und diplomatische Situation Kubas bedeutete, dass die Castro-Regierung gezwungen war, angesichts der Repression eines Teils der Arbeiter- und Jugendbewegung in der Welt zu schweigen. Das gleiche trifft auf die einzigartige revolutionäre Situation in Frankreich zu, die, wenn erfolgreich, die Lage der Arbeiterklasse weltweit verändert hätte, Kuba selbst eingeschlossen.

Das ist Lichtjahre von der Haltung der Bolschewiki entfernt, vom Regime Lenins und Trotzki, welches 1918-21 nicht nur einer ökonomischen Blockade gegenüberstand, sondern einer militärischen Intervention von 21 imperialistischen Armeen. Als sich Bewegungen der Arbeiterklasse entwickelten, als Revolutionen begannen, zum Beispiel in Deutschland, in der Tschechoslowakei und Italien 1920, griffen die Bolschewiki ein und gaben offene Unterstützung. Die russische Regierung versuchte auch Zeit zu gewinnen, indem sie den militärischen Widerstand gegen den Imperialismus mit diplomatischen Manövern kombinierte, mit dem Ziel, die imperialistischen Mächte gegeneinander auszuspielen. Am Ende des Bürgerkrieges waren die diplomatischen Anstrengungen der Bolschewiki ein wichtiger Teil ihrer Außenpolitik. Aber zu keinem Zeitpunkt wurde dies gegenüber den Versuchen der Bolschewiki priorisiert, weltweit revolutionäre Bewegungen zu unterstützen.

Es wäre für Lenin oder Trotzki undenkbar gewesen, diplomatische oder andere kurzfristige Interessen des Staates über die Notwendigkeit zu stellen, Arbeiter im Kampf oder gar Revolutionen zu unterstützen. Als zum Beispiel Tschitscherin, ein führender bolschewistischer Vertreter in London, bei seinen diplomatischen Verhandlungen mit den britischen Imperialisten unter Druck kam, schlug er Lenin vor, dass man einige „demokratische“ Veränderungen an der Sowjet-Verfassung vornehmen solle, um zu einer Einigung zu kommen. Lenin schlug höflich vor, dass er ignoriert werden solle.

Die Unterstützung für Arbeiter in anderen Ländern kam nicht immer von der Regierung selbst, sondern auch von der russischen und anderen kommunistischen Parteien. Wenn Castro den Zusammenbruch der Beziehungen mit Mexiko fürchtete, hätte seine Regierung nicht unbedingt offiziell Stellung nehmen müssen. Aber was hätte die PCC, den Studentenflügel der Partei oder die Gewerkschaften, die in einem gesunden Arbeiterstaat zumindest zum Teil eigenständig gewesen wären, abhalten können, das Massaker an den mexikanischen Studenten zu verurteilen? Es reicht, diese Fragen zu stellen, um zu zeigen, wie oberflächlich die Entschuldigung der DSP für die Castro-Führung ist. Es war übrigens nicht das letzte Mal, dass Castro die mexikanische Bourgeoisie stützte. Im Sommer 1988 nahm Castro persönlich an der Amtseinführung des mexikanischen Präsidenten Salinas teil (diese Aufgabe wird normalerweise von den kubanischen Botschaftern wahrgenommen). Salinas wurde durch massive Wahlfälschungen zum Präsidenten, die allgemeine Auffassung war, dass der Oppositionskandidat Cardenas hätte gewinnen müssen. Habel kommentiert:

*„Die persönliche Anwesenheit desjenigen, der die kubanische Revolution verkörpert, wurde von der mexikanischen Linken als Verrat empfunden.“<sup>130</sup>*

Das gleiche trifft auf die Mai-Juni-Ereignisse in Frankreich 1968 zu. Die Arbeiter besetzten im größten Generalstreik der Geschichte die Fabriken und die Revolution war möglich. Kein Geringerer als De Gaulle bestätigte dies – durch seine Flucht nach Baden-Baden in Deutschland. Er dachte, „das Spiel ist aus“ und wollte dort den Marsch der französischen Rhein-Armee gegen ein revolutionäres Frankreich vorbe-



reiten. Er hatte allerdings nicht die durchtriebenen Führer der französischen „kommunistischen“ Partei und der sozialistischen Bewegung zu dieser Zeit mit einberechnet, welche die revolutionäre Situation auf die sicheren Gleise parlamentarischer Wahlen umlenkten.

Stimmt Lorimer mit der Führung der französischen KP überein, dass die Charakterisierung der Situation als revolutionär „stark übertrieben“ ist? Wenn ja, unterstützt er diejenigen, welche eine der größten Möglichkeiten der Arbeiterklasse, nicht nur Frankreich sondern Europa und die Welt umzugestalten, sabotierten oder verstreichen ließen.

## Tschechoslowakei

In bezug auf die Tschechoslowakei lesen wir eine sehr erstaunliche, um nicht zu sagen widerwärtige Entschuldigung für Castros Unterstützung der Zerschlagung des „Prager Frühlings“ 1968. In einer Antwort auf unsere Argumente schreibt Lorimer: *„Was meint Taaffe, was wohl mit Kubas lebenswichtigem Nachschub an Lebensmitteln, Öl, Maschinen und Waffen passiert wäre, wenn Castro die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei kritisiert hätte? Wie meint er, hätte wohl Moskau reagiert, wenn Castro die Entsendung von 350.000 Mann in die Tschechoslowakei nicht verbal unterstützt hätte? Die Sicherung der stalinistischen Herrschaft war den Moskauer Bürokraten offensichtlich viel wichtiger als das Schicksal von Escalantes kleiner Gruppe in Kuba (und der Kreml hatte sich schon dabei unzufrieden mit der Haltung der Castro-Führung gezeigt und am Anfang 68 wichtige Öllieferungen nach Kuba gekürzt.)“*<sup>131</sup>

Nachdem sie erst unsere These verworfen haben, dass das Castro-Regime ökonomisch und militärisch von der Gnade der Kreml-Bürokratie abhängig war, was dessen Charakter entscheidend geprägt hat, bestätigen Lorimer und die DSP selbst unsere Analyse. Sie gehen noch weiter und argumentieren, dass Castro, – nur zur Erinnerung: der Führer eines „gesunden Arbeiterstaates“ – der sich laut DSP auf eine Arbeiterdemokratie stützte, „keine Wahl“ hatte und die unterdrückerische Aktion des Kreml in der Tschechoslowakei unterstützen musste. Was folgt aus dieser Stellungnahme? Vor 1989 hätte es bedeutet, dass ein gesunder Arbeiterstaat in einem kleinen Land keine andere Wahl gehabt hätte, zumindest die Außenpolitik betreffend, als zur konterrevolutionären Rolle der Kreml-Bürokratie zu schweigen und Kritik zu vermeiden. In dieses beschämende Durcheinander ist die DSP geraten, weil sie die prinzipienfeste trotzkistische, marxistische Haltung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse international aufgegeben hat.

Es gibt kein Element von Internationalismus in ihrer Haltung. Man vergleiche ihre Position mit der Haltung Lenins, der meinte, wenn es die Wahl zwischen der Aufrechterhaltung der russischen Revolution oder einem Erfolg der Revolution in Deutschland gäbe, die Bolschewiki ohne Zögern dafür eintreten würde, mit voller Kraft für einen Sieg der deutschen Revolution arbeiten würden. Wenn nötig, so argumentierte er, könnte das sogar bedeuten, die russische Revolution zeitweise zu op-

fern, um den Sieg der deutschen Arbeiter sicherzustellen. Die Auswirkungen einer erfolgreichen deutschen Revolution, vor allem in Westeuropa, wären viel stärker als die der russischen Revolution gewesen. Dies hätte im Gegenzug die Perspektive der Weltrevolution näher gerückt.

Am Ende hängt das Schicksal Kubas von der Arbeiterklasse der Welt und nicht vom Kreml ab. Das zeigte sich auf negative Weise nach dem Fall der Berliner Mauer als die russischen kapitalistischen Regierungen unter Gorbatschow und Jelzin der kubanischen Wirtschaft und dem Castro-Regime schlicht den Stecker herauszogen. Die DSP und Lorimer rechtfertigen Castros Verhalten zur Tschechoslowakei. Sie bestreiten energisch, dass Castro unkritisch war und zitieren aus einer Rede Castros, um das zu unterstreichen. Aber was sagt Castro tatsächlich? In dieser Rede vom 23. August 1968, die von Lorimer zitiert wird, weist Castro darauf hin, dass was er sagt, könne, *„in Widerspruch zu unseren eigenen Interessen stehen ... und dies könnte ein ernstes Risiko für unser Land darstellen“*. Weiter sagt er:

*„Nach unserer Meinung kann die Entscheidung die Tschechoslowakei betreffend nur von einem politischen und nicht von einem gesetzlichen Standpunkt aus erklärt werden. Es gibt keinen Hauch von Gesetzmäßigkeit. Ganz offen, kein bisschen.“*

Diese und einige andere Andeutungen reichen Lorimer um zu behaupten:

*„Castros Erklärung zur sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei war nicht von unkritischer Unterstützung geprägt. Tatsächlich war sie so kritisch gegenüber den stalinistischen Regimes in Osteuropa und der Sowjetunion, dass sie dort nicht gedruckt wurde.“<sup>132</sup>*

Aber Castro unterstützte in seiner Rede deutlich die Intervention. Laut Lorimer sagte er Folgendes:

*„Wir hatten keine Zweifel, dass sich die politische Lage in der Tschechoslowakei verschlechterte und das Land sich zurück Richtung Kapitalismus bewegte und das es unabänderlich in die Arme des Imperialismus fallen würde.“<sup>133</sup>*

Er wird dann deutlich:

*„Wir erkennen die bittere Notwendigkeit an, dass diese Einheiten in die Tschechoslowakei entsandt werden mussten. Wir verdammen nicht die sozialistischen Staaten, welche diese Entscheidung gefällt haben.“<sup>134</sup>*

Castro teilte einige Seitenhiebe gegen den Kreml aus und nahm so eine „konsequente“ Haltung ein, aber am Ende erklärte er schonungslos, dass er die Zerschlagung des „Prager Frühling“ mit massiver militärischer Macht unterstützte.

Es gab im August 1968 in der Tschechoslowakei keine ernsthafte Gefahr der Rückkehr zum Kapitalismus. Der Kampf lief grundlegend zwischen der mächtigen zentralisierten russischen Bürokratie und der liberalen nationalistischen Bürokratie der Tschechoslowakei, mit Dubcek als deren wichtigstem Vertreter. Die Bewegung akzeptierte überwiegend die geplante Wirtschaft aber es gab unter den Massen den Ruf nach Demokratie und Liberalisierung. Es gab auch einige in der Bewegung, die

schon damals für den Markt, eine Rückkehr zum Kapitalismus, eintraten, doch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wollte die Aufrechterhaltung der Planwirtschaft, aber mit demokratischen Reformen, den „*Sozialismus mit menschlichem Anlitz*.“

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei und vor allem Dubcek und Co. waren keineswegs so bedrohlich für den Kreml wie die ungarische Revolution zwölf Jahre zuvor. Die ungarische Kommune, wie wir schon zuvor beschrieben haben, stellte eine tödliche Bedrohung für die stalinistische Bürokratie überall dar. Deren Arbeiterräte, die alle Elemente der Arbeiterdemokratie hatten, riefen eine panische Reaktion nicht nur bei Chruschtschow und Andropow (vom KGB) im Kreml hervor, sondern auch beim „liberalen“ Tito in Jugoslawien und bei Mao Tse-Tung und bei Tschu-En-Lai in China. Es konnte keinen Kompromiss mit der ungarischen Revolution geben. In der Tschechoslowakei war die Bewegung nicht so weit gegangen, Dubcek repräsentierte eher eine tschechoslowakische Version einer Bewegung, wie sie sich 1956 hinter Gomulka in Polen vereinigt hatte. Gomulka vertrat die polnische nationalistische Bürokratie, welche 1956 versuchte und es auch schaffte, den Griff der Moskauer Bürokratie zu lockern. Vor dem Hintergrund der ungarischen Revolution waren die russischen Stalinisten bereit, die polnische „Unabhängigkeit“ zu akzeptieren, da Gomulka weder in Polen noch in Moskau die Macht der Bürokratie bedrohte. Dies war ein Zusammenstoß einer aufstrebenden nationalen Bürokratie mit der Kreml-Oligarchie ähnlich wie in der Tschechoslowakei 1968. 1956 war der Kreml so gezwungen, sich mit Gomulka zu verständigen und die Unabhängigkeit der polnischen Bürokratie zu akzeptieren.

Die Situation in der Tschechoslowakei war deswegen anders, weil sich die Lage in Osteuropa, Russland und weltweit geändert hatte. Wenn der „liberalen“ Bürokratie in der Tschechoslowakei Unabhängigkeit zugestanden worden wäre, selbst bei Aufrechterhaltung der Planwirtschaft, wäre die Gefahr gewachsen, dass der Prozess von Auseinanderbrechen und Auflösung Osteuropas beschleunigt worden wäre, was schließlich Ende der 80er Jahre auch passierte. Eine unabhängige Tschechoslowakei – selbst weiter bürokratisch regiert, aber unter dem Dubcek-Regime „liberalisiert“ – hätte sofort zu einer Bewegung in Ungarn geführt, hätte der antibürokratischen Opposition einen gewaltigen Schwung gegeben und hätte möglicherweise schon damals zum Sturz Ceaucescus geführt. Auch die Auswirkungen auf die radikalisierten Arbeiter und Jugendlichen in Westeuropa, der USA usw. wären bedeutsam gewesen. Es war eine Bewegung von welterschütternden Ausmaßen und der Kreml glaubte, er hätte keine Alternative als diese zu zerschlagen. Und Lorimer und die DSP versuchen faktisch, die Entschuldiger der stalinistischen Verbrechen zu entschuldigen.

Die Zerschlagung des tschechoslowakischen „Experiments“ war ein Wendepunkt für Osteuropa, ebenso wie die Unterdrückung von *Solidarnosc* in Polen 1980-81 (die auch von Castro unterstützt wurde). Sie gab dem Kapitalismus weltweit weitere Mittel in die Hand, den „Sozialismus“ zu diskreditieren, welcher ab da mit Panzern, Gewehren und Kampfflugzeugen gleichgesetzt wurde, die eine Bewegung für

Demokratie unterdrücken. Verstärkt wurden so auch die pro-marktwirtschaftlichen Tendenzen in der tschechoslowakischen Dissidenten-Bewegung, welche zusammen mit dem fortschreitenden Verfall des Stalinismus in den 70ern und 80ern zum Zusammenbruch der Regime in Osteuropa führten. Das führte zur Wiederherstellung des Kapitalismus mit all den Auswirkungen auf die Kämpfe der Arbeiterklasse international. Es ist ungeheuerlich, dass irgendeine Organisation, die behauptet, „marxistisch“ zu sein, oder gar „trozkistisch“, solch eine Position beziehen kann, wie es Lorimer tut.

Er scheltet mich auch wegen meiner Kommentare über die Versuche des kubanischen Regimes, mit den US-Kapitalisten Abkommen zu schließen, um die Wirtschaftsblockade der Insel zu beenden. Unglücklicherweise für Lorimer stimmen die meisten gut informierten Kommentatoren mit uns überein. Kuba versuchte mit verschiedenen US-Regierungen diplomatische Vereinbarungen zu erreichen, beginnend mit der Kennedy-Administration selbst, die erst kurz zuvor versucht hatte, Castro durch die Invasion in der Schweinebucht zu stürzen. Jon Lee Anderson kommentiert:

*„Erst zwei Monate zuvor hatten er und Kennedy kurz vor einer Détente gestanden. Sie hatten hinter den Kulissen Botschaften ausgetauscht, um die Möglichkeiten für eine Normalisierung der Beziehungen zu sondieren. Doch dann wurde Kennedy in Dallas ermordet.“*

Nach Kennedys Ermordung und seiner Ersetzung durch Johnson  
*„gab Fidel mit seiner Rede an die Nation Washington ein klares Signal, er hoffte, der neue Präsident Lyndon Johnson werde die abrupt beendete Initiative wieder aufgreifen.“<sup>136</sup>*

## Angola, Äthiopien und Nicaragua

Lorimer geißelt mich auch dafür, dass ich in meiner Broschüre von 1978 schreibe:  
*„Die Carter-Regierung ist bereit, das kubanische Regime anzuerkennen, sobald es seine Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent beendet.“<sup>136</sup>*

Er sagt:  
*„Das ist alles, was Taaffe über die Entsendung von 20.000 kubanischen Soldaten Ende 1975 nach Angola zu sagen hat, um der neuen unabhängigen Regierung der früheren portugiesischen Kolonie zu helfen, die von den USA unterstützte Invasion seitens Südafrikas zurückzuwerfen.“<sup>137</sup>*

Lorimer beweist, dass er kein Gefühl für Proportionen hat. Er schlägt verbal auf mich ein, weil ich mich angeblich nicht ausreichend mit dem Engagement Kubas in Angola beschäftigt habe. Ein Buch zu schreiben und nicht detailliert auf Kubas Unterstützung für Angola einzugehen, wäre ein ernsthaftes Versäumnis gewesen. Aber er sagt selbst, dass meine Broschüre eine Zusammenfassung dreier relativ kurzer Artikel ist. Sie kann sich nicht ausführlich mit den Gründen für Kubas Unterstützung Angolas gegen die Intervention des südafrikanischen Imperialismus beschäftigen. Wir nutzen jetzt die Gelegenheit, die Gründe für Kubas Intervention im südlichen Afrika zu erklären. Und ich fürchte, dies wird nicht mit der einseitigen

Sichtweise von Lorimer und der DSP übereinstimmen. Er vergleicht die kubanische Intervention in Afrika 1975 mit den

*„stalinistischen Bürokraten in Moskau, Peking und Belgrad, die niemals ihre Armeen so benutzt haben wir die Kubaner in Angola. Die Stalinisten haben ihre Armeen als Grenzschrützer eingesetzt, um die Basis ihrer institutionalisierten Privilegien zu schützen.“<sup>138</sup>*

Diese Herangehensweise an diese Frage ist oberflächlich. Wir haben niemals bestritten, dass die kubanische Revolution zu großer Begeisterung bei den kubanischen Massen geführt hat (300.000 meldeten sich freiwillig für den Kampfeinsatz) und den Wunsch geweckt hat, die Revolution international auszubreiten. Die Idee, das Beispiel der Revolution in Lateinamerika und dem Rest der neo-kolonialen Welt zu verbreiten, hatte nicht nur die Arbeiterklasse und die armen Bauern ergriffen, sondern auch Teile der Bürokratie. Das war allerdings nicht einzigartig. Selbst in Moskau, Peking, Vietnam und woanders konnte die Bürokratie die Unterstützung der Massen für Arbeiter international dazu nutzen, ihre Interventionen in anderen Ländern zu rechtfertigen. Teile der Bürokratie wollten auch den Sieg des „Sozialismus“ sehen, das heißt, den Aufbau von Planwirtschaften mit diktatorischen Ein-Parteien-Regimes.

Trotzki wies darauf hin, dass selbst Stalin vor 1933 den Sieg der deutschen Revolution wollte. Erst nach dem Sieg Hitlers und der Nazis – eine schreckliche Niederlage für die Arbeiterklasse der gesamten Welt – festigte sich die Bürokratie zu einer Kaste, die den Sieg der Arbeiterklasse egal wo auf der Welt fürchtete. Langfristig hatte die Unterstützung für die bürokratische Form des „Sozialismus“ den Zweck, die „institutionalisierten Privilegien“ zu schützen.

Arbeiter in Russland nahmen die Einmischung des Landes in Spanien in den 30er Jahren, welche von Stalin und der Bürokratie als ein Beispiel von „Internationalismus“ dargestellt wurde, enthusiastisch auf. Es gab viele Russen, die sich freiwillig für den Einsatz in Spanien meldeten. Sie waren vom Feuer der spanischen Revolution entflammt. Sie waren eine Quelle revolutionärer Ansteckung nach ihrer Rückkehr nach Russland. Stalin ließ daher die meisten von ihnen in den Schauprozessen 1937-38 umbringen. Jeder, der irgendwie mit einer Arbeiterrevolution in Kontakt gekommen war, war in den Augen Stalins und der Bürokratie ein Verdächtiger, teilweise, weil sie zu Beginn einer politischen Revolution gegen die Bürokratie zu Anführern hätten werden könnten.

Die Intervention der chinesischen Armee in Korea war nicht einfach eine Frage von „Grenzschrütern“. Die chinesischen Massen waren von revolutionärem Eifer gegen die Intervention des Imperialismus erfüllt, der versuchte, die revolutionäre Welle in der Region und Asien insgesamt aufzuhalten. Selbst die Intervention in Afghanistan 1980 – die von der DSP unkritisch unterstützt wurde – hatte zu Beginn die Unterstützung bedeutender Teile der russischen Bevölkerung. Die Opposition entwickelte sich erst, als die Leichensäcke mit den russischen Wehrpflichtigen zurückkamen und es der Bevölkerung dämmerte, dass die militärische Intervention hauptsächlich

das Ziel hatte, die strategischen und militärischen Interessen des russischen Staates und der privilegierten Elite, die ihn dominiert, zu schützen.

Das Eingreifen der kubanischen Truppen in Angola 1975 hatte eine Reihe von Gründen. Es gab ohne Zweifel große Sympathien für die Angolaner unter den kubanischen Massen. Das war auch verbunden mit den Sympathien der Massen weltweit mit dem Kampf gegen das südafrikanische Apartheid-Regime. Tad Szulc argumentiert, dass es Fidel Castros Idee und nicht die der Russen gewesen sei, kubanische Kampftruppen im angolanischen Bürgerkrieg *„absolut ohne zeitliche Begrenzung“* einzusetzen. Ursprünglich hatte Russland seine Unterstützung für die MLPA abgebrochen, weil sie ihr politisch und militärisch nicht vertrauten, so dass *„Castro als einziger Freund blieb“*.

Durch die kubanische Militärintervention kamen Anfang Oktober 1975 am Ende doch sowjetische Waffen über Brazzaville an. Später in diesem Monat rückten in der „Operation Zulu“ bedeutende Kräfte des südafrikanischen Apartheid-Regimes in Angola ein. Kuba antwortete mit einer großen Luftlandeaktion von Truppen, der „Operation Carlota“. Diese Operation rettete ohne Zweifel das MLPA-Regime und half ihm, seine Feinde in der entscheidenden Schlacht um den Endbahnhof Benguela am 5. November zu besiegen und führte zur Sicherung der Hauptstadt Luanda – die von Holden Robertos FNLA bedroht wurde – zum Zeitpunkt der angolanischen Unabhängigkeit am 11. November.

Im darauffolgenden Jahrzehnt wurden insgesamt 200.000 Mann bei der kubanischen Intervention im angolanischen Bürgerkrieg eingesetzt. Ist das ein Beispiel, wie Lorimer argumentiert, für eine klare, prinzipienfeste Haltung, die auf einem internationalen Klassenstandpunkt basiert? Die Masse des kubanischen Volkes, selbst Teile der kubanischen Bürokratie wollten, wie wir erklärten, den Sieg von Apartheid und Konterrevolution in der Region verhindern. Castro selbst hatte persönliche Verbindungen mit den MLPA-Führern, die vor 1974 einige Zeit in Havanna verbracht hatten. Aber gleichzeitig, entgegen dem sowjetischen Zögern zu Anfang, so erklärt Tad Szulc *„stimmten in Angola und später in Äthiopien kubanische und sowjetische Interessen überein.“*<sup>139</sup> Ohne die Zustimmung des russischen Stalinismus hätte Castro nicht auf diese Weise eingreifen können, angesichts der starken finanziellen und militärischen Abhängigkeit Kubas gegenüber Russland. Mitte der Siebziger erhielt Kuba rund die Hälfte der sowjetischen Wirtschaftshilfe für die „Dritte Welt“, Vietnam eingeschlossen, ebenso die Hälfte der militärischen Unterstützung für diese Länder.

Außerdem war es eine Sache, dass Kuba einer ähnlichen „Dritte-Welt“-Revolution half, es wäre eine völlig andere Sache gewesen, hätte sich eine Revolution irgendwo unter der vollen Kontrolle der Arbeiterklasse entwickelt. Zu der Zeit standen auch die Interessen der russischen Bürokratie im südlichen Afrika auf dem Spiel. Das MLPA-Regime in Angola war nach dem Rückzug der portugiesischen Imperialisten Richtung des Bruches mit Großgrundbesitz und Kapitalismus gegangen. Das

Regime bewegte sich wirtschaftlich und diplomatisch Richtung Einflussphäre Moskaus, ebenso wie Mozambique.

Die revolutionären Unruhen, die beide Länder seit 1974 erschüttert hatten, besorgten die südafrikanische imperialistische herrschende Klasse. Die Bewegungen in Angola und Mozambique hatten schon tiefgehende Auswirkungen innerhalb Südafrikas, wie sich beim Soweto-Aufstand 1976 zeigte. Daher unterstützte der südafrikanische Imperialismus jeden Versuch, die Regime in Angola und Mozambique zu stürzen, zum Beispiel durch Oppositionsbewegungen wie die pro-westliche UNITA in Angola. Die Südafrikaner entschieden sich 1975, beim Versuch, die MLPA militärisch zu stürzen, unterstützend einzugreifen. Sie hatten dabei die stillschweigende Unterstützung der wichtigen imperialistischen Mächte USA und Großbritannien. Dies ohne jeden Widerstand durchgehen zu lassen wäre ein schwerer Schlag gegen die militärischen, strategischen und diplomatischen Interessen der russischen Bürokratie gewesen. Vor allem in der neo-kolonialen Welt kämpfte sie verbissen gegen den amerikanischen Imperialismus um Unterstützung und Einfluss.

Andererseits hätte die direkte Intervention russischer Truppen eine sofortige Reaktion des US-Imperialismus provoziert. Außerdem wäre das Eingreifen „weißer“ Truppen – selbst in der Uniform der Roten Armee – taktisch nicht angemessen gewesen, vor allem, da es die kubanische Alternative gab, eng mit Russland verbunden und mit einer bedeutenden „Dritte-Welt“- und afrikanisch-stämmigen Bevölkerung. Diese Intervention begeisterte und ermutigte die kubanischen Massen, die Soldaten kämpften und opferten sich heldenhaft für etwas, was sie als ihre internationalistische Pflicht ansahen. Dies anzuerkennen ist eine Sache. Zu behaupten, dass diese Intervention alleine schon den unerschütterlichen revolutionären Internationalismus des Castro-Regimes vergleichbar mit dem der Bolschewiki zeigt, ist extrem naiv.

Wenn die kubanischen Führer, die Lorimer die *„Kubanische Kommunistische Partei“* nennt, konsequente internationale Revolutionäre waren, warum haben sie zur nicaraguanischen Revolution eine vollkommen andere Position eingenommen? Hier gab es die Bewegung, die Sandinistas, die vom kubanischen Modell inspiriert waren. Einer ihrer Führer, Tomas Borge, hatte Kuba in der ersten Phase nach der Revolution besucht und mit Che Guevara diskutiert. Die nicaraguanische Revolution ging allerdings nicht den gleichen Weg wie die kubanische Revolution. Es war weniger ein klassischer Guerilla-Krieg mit einer Basis auf dem Land als vielmehr eine massenhafte Aufstands-Bewegung in den Städten und auf dem Land – ähnlich dem spanischen Bürgerkrieg. Unter dem Druck der Revolution gingen die Sandinistas dazu über, 40 Prozent der Industrie und große Teile der Ländereien zu enteignen. Allerdings wurde die Revolution nicht bis zum Ende geführt. Castro hatte daran zusammen mit der russischen Bürokratie einen großen Anteil.

Vor dem Hintergrund einer drohenden konterrevolutionären vom US-Imperialismus unterstützen Intervention liebäugelten die sandinistischen Führer mit der

Idee, „*ein Kuba herbeizuführen*“. Im April besuchte der Sandinisten-Chef Daniel Ortega Moskau, um zu besprechen, wie die Sowjetunion helfen könne. Zu diesem Zeitpunkt stand die russische Bürokratie schon in aktiver Opposition zu jedem Versuch, einen deformierten Arbeiterstaat in der neo-kolonialen Welt aufzubauen. Sie war mehr und mehr an gütlichem Übereinkommen mit dem Imperialismus interessiert. Kuba hatte gezeigt, wie teuer es Russland zu stehen kommt, wenn solche Regimes in der neo-kolonialen Welt entstehen. Daher gingen sie aktiv daran, die Sandinisten-Führer zu entmutigen, dem Weg zu folgen, den Castro und Guevara 26 Jahre zuvor gegangen waren. Tony Saunois schreibt in seiner Broschüre über Che Guevara:

*„Castro gehorchte brav seinen Zahlmeistern [der Kreml-Bürokratie] und übte Druck auf die FSLN-Führer aus. Eine geringe Zahl von MiGs, die für Nicaragua bestimmt waren, wurden in Havanna festgesetzt. Er hatte im Januar 1985 Managua besucht, um die FSLN zu drängen, eine gemischte Wirtschaft zu akzeptieren. Er sagte ihnen: ‚Ihr könnt eine kapitalistische Wirtschaft haben‘ und pries Ortega für sein ‚ernstes und verantwortliches Vorgehen.‘“<sup>140</sup>*

Warum beschäftigt sich Lorimer nicht mit dieser Stellungnahme aus einer wichtigen Publikation des CWI, dazu noch einer, die erst kürzlich veröffentlicht wurde? Wie erklären Lorimer und die DSP den Unterschied zwischen Castros Haltung zehn Jahre zuvor betreffend Angola und der Position, die er 1985 zu Nicaragua eingenommen hat? Wir sind gespannt auf ihre Erklärung, welche, soviel steht schon fest, von der selben Art von „Realpolitik“ sein wird, wie sie schon zuvor angewandt wurden.

Für die derzeitige Situation in Nicaragua – ein Produkt des Versagens, die Revolution zu Ende zu führen und der Weigerung, sie auf den Rest Mittel- und Südamerikas auszubreiten – ist nicht nur die Führung der FSLN in Nicaragua verantwortlich. Die Kreml-Bürokratie trägt einen Großteil der Verantwortung, ebenso wie Castro, der mit seinen Brötchengebern einer Meinung war. Diese Übereinstimmung findet sich auch bei Lorimer und der DSP. In Lorimers langer Abhandlung findet sich keine einzige Zeile über Nicaragua und die Rolle Castros. Zumindest habe ich in meinen ursprünglichen Artikeln und der Broschüre die Situation in Afrika erwähnt. Das ist nur ein Beispiel von den ungleichen Maßstäben, welche die Führung der DSP anlegt.

Lorimer schreibt:

*„Taafie beschäftigt sich nur spärlich mit der Rolle Kubas in Angola, weil sie schlüssige Hinweise liefert, dass seine ‚Analyse‘ der Castro-Führung 100 Prozent falsch ist. Seine Unfähigkeit, den revolutionären proletarischen Charakter dieser Führung zu erkennen ist ein Beweis für seine sektiererische Unfähigkeit zur Praxis, der Kunst der revolutionären Politik – im Gegensatz zum bloßen Darüber-Reden (und Belehren von anderen).“<sup>141</sup>*

Wir glauben, dass wir Lorimer zur Frage der kubanischen Intervention in Angola hinreichend geantwortet haben. Wir werden Lorimer eine weitere Frage stellen, die in diesem Zusammenhang wichtig ist. Handelte Castro als „proletarischer Revolutionär“, als er das Mengistu-Regime in Äthiopien unterstützte? Der Derg, die von



Mengistu geführte Regierung Äthiopiens, hatte die Abschaffung des feudalen Regimes von Haile Selassie vollzogen und war daran gegangen, mit Großgrundbesitz und Kapitalismus zu brechen. Aber gleichzeitig gab es keine Spur von „Demokratie“, weder bürgerlich noch proletarisch, in Äthiopien. Vielmehr unterdrückte das Regime die legitimen nationalen demokratischen Rechte der Eritreer und anderer Nationalitäten innerhalb Äthiopiens.

Unter der Oberfläche waren die gleichen Faktoren am Werk wie bei der kubanischen Intervention in Angola. Das äthiopische Regime stützte sich wirtschaftlich und militärisch auf das stalinistische Russland. Es gab eine Übereinstimmung zwischen den Interessen Kubas, vor allem mit Castros Streben, seinen Ruf als Führer der „Dritten Welt“ und Revolutionär zu sichern und den strategischen und militärischen Interessen der russischen Bürokratie am Horn von Afrika. Noch einmal Tad Szulc: *„Bei der Politik die Dritte Welt betreffend befanden sich Castro und die Russen auf der gleichen Wellenlänge.“*<sup>142</sup> Die Anwesenheit von sowjetisch unterstützten kubanischen Truppen am strategisch wichtigen Horn von Afrika führte fast dazu, dass die Carter-Regierung die SALT-Verhandlungen (Gespräche über die Begrenzung der strategischen Waffen) mit der Sowjetunion abbrachen.

## Kubas Zukunft

---

Es ist politischer Bankrott, wenn Lorimer und die DSP erklären, dass wir und andere Sozialisten und Marxisten kein Recht hätten, auch nur die kleinste Kritik an der Führung in Kuba und den neo-kolonialen Ländern zu üben, weil wir das Glück haben, in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu leben. Das ist eine Absage an den Internationalismus. Das CWI ist in 34 Ländern vertreten. Einige unserer Sektionen sind Parteien mit bemerkenswertem Einfluss unter den Arbeitern, andere sind relativ kleine Gruppen. Möchte Lorimer all diesen Organisationen untersagen, Kämpfe der Arbeiter zu kommentieren und zu kritisieren oder erstreckt sich dieses Verbot nur auf Marxisten in den industrialisierten Ländern?

Der Erfolg oder das Scheitern von Arbeiterkämpfen irgendwo in der Welt ist für die Kämpfe in allen anderen Ländern wichtig. Es ist nicht nur ein Recht, sondern geradezu eine Pflicht für wirkliche Marxisten, Strategien und Taktiken gegenseitig zu diskutieren und zu kritisieren.

So ging Trotzki an diese Frage in den 30ern heran. Vor Hitlers Machtergreifung erklärte er, dass Deutschland der Schlüssel zur internationalen Lage sei, danach war es Frankreich und schließlich war es der historische Kampf der spanischen Arbeiter, der im Bürgerkrieg seinen Höhepunkt fand. In einer sehr freundlichen, kameradschaftlichen Art boten Trotzki und die *Internationale Linke Opposition* ihre Ideen an, wie die Revolution erfolgreich vorangetrieben werden könne. Sie fanden jedoch in den meisten Fällen keinen großen Widerhall. Die Niederlage der Bewegungen in Deutschland und Spanien traf die Arbeiterklasse der gesamten Welt.

Es ist das gute Recht der kubanischen Arbeiter, unsere Kämpfe in Großbritannien zu kritisieren, einschließlich der von uns verwendeten Strategien und Taktiken. Wir hoffen, wir würden von der Kritik der Arbeiter und ihrer Organisationen von irgendwoher etwas für die Schlachten lernen, die wir in Großbritannien schlagen. Lorimers Attacke gegen unsere Haltung zu Kuba zeigt, dass es in der Schule der DSP leider nichts zu lernen gibt. Tatsächlich wäre es katastrophal, würde man sich an ihrer Taktik und Politik orientieren.

Anders als die DSP haben wir eine Tradition, in Großbritannien Massenkämpfe der Arbeiterklasse anzuführen, z.B. im Kampf um Liverpool 1983-87 und in der mächtigen Kampagne gegen die *Poll tax*. Hinzugefügt sei noch, dass wir im Kampf gegen die faschistische BNP und für die Schließung ihrer Parteizentrale in Süd-London eine zentrale Rolle gespielt haben. Das heißt nicht, dass wir bei allen Fragen Recht haben. Ob wir eine korrekte Position vertreten oder daneben liegen, muss in Diskussionen ermittelt werden. Dass die DSP diese Frage überhaupt aufwirft, beweist ihr Hinterherzockeln hinter Bewegungen. Sie versucht, von der großen Sympathie für die kubanische Revolution und ihren Errungenschaften zu profitieren.

Sie machen das, indem sie den Charakter des kubanischen Regimes falsch darstellen, indem sie die fehlgeleitete Politik von Castro und seiner Regierung entschuldigen und indem sie die bürokratische Degeneration des kubanischen Staates versuchen zu vertuschen.

Sie beschäftigen sich auch nicht mit dem Schaden, den die bürokratische Stümperhaftigkeit und die politischen Zick-Zacks angerichtet haben. Dadurch wurden die großen Vorteile der Planwirtschaft untergraben. Die kubanische Entsprechung des „Kriegskommunismus“ der Bolschewiki, wurde nicht nur einige Jahre, sondern ein ganzes Jahrzehnt praktiziert. Castros Utopismus führte zur Verstaatlichung der Hot-Dog-Stände und kleiner Geschäfte, zum Versuch, das Geld abzuschaffen. Wir haben die negativen Folgen für Kuba beschrieben und wollen es hier nicht wiederholen.

Die DSP hat vor allem unserer Analyse widersprochen, dass Castros Politik in dieser Periode, vor allem 1968, der chinesischen „Kulturrevolution“ ähnelt. Das Ausmaß von Blutvergießen und Erschütterungen in China war gewaltig. Immerhin betraf die „Kulturrevolution“ ein Viertel der Menschheit und hatte alleine daher kolossale Bedeutung. Ähnliche Methoden in einer Nation von 10 Millionen Menschen mussten nicht zu den gleichen Konsequenzen führen. Maos Regime war wegen einer Reihe von Gründen, auf die wir an dieser Stelle nicht näher eingehen können, viel brutaler als das Castros. Aber unser Vergleich ist stimmig und wird auch von Tad Szulc bestätigt:

*„Castro proklamierte eine neue radikale Revolution in Kuba, die in gewisser Weise sein Gegenstück zur chinesischen Kulturrevolution war, die gerade dem Ende entgegen ging. In Kuba gab es keine Roten Garden, kein Blut wurde vergossen. Aber Fidel verstaatlichte den gesamten Kleinhandel, der sich noch in privater Hand befand – von Autowerkstätten zu kleinen Geschäften, Cafés, Sandwich- und Eiskrem-Straßenverkäufer – aus ideologischen Gründen. Castro muss gespürt haben, dass der revolutionäre Wille im Volk nachließ und das eine Spritze zur Auffrischung des Radikalismus nötig war, damit die Stimmung wieder steigt. Er nannte seine Politik die Große Revolutionäre Offensive, er verlangte revolutionäre Sauberkeit und löschte die Überbleibsel der ‚Bourgeoisie‘ aus, die er so verachtete. Er mobilisierte Arbeitskräfte in gigantischem Rahmen (freiwillige Arbeit von jedem) für die Landwirtschaft, vor allem für die Zucker-Rekordernte, die er für 1970 plante.“<sup>143</sup>*

Castro beschuldigte 955 private Bars „links und rechts Geld einzusacken und Ressourcen zu verbrauchen“ und stellte einen Zusammenhang zwischen der Zahl der Hot-Dog-Stände und der Konterrevolution her. Sein Schlachtruf war: „Bauen wir den Sozialismus auf oder bauen wir Verkaufsmaschinen?“<sup>144</sup> Er erklärte 1967 gegenüber KS Karol, das es notwendig sei „das Geld zu entmystifizieren und nicht es zu rehabilitieren. Tatsächlich planen wir es abzuschaffen.“<sup>145</sup>

Auch in diesem Fall erklärt die DSP diesen schieren Utopismus für nicht relevant. Sie möchte weiter an Castros Rockschöben hängen. 1968 hatte Castro die Planung und Ausführung der Wirtschaftspolitik persönlich übernommen. Er hatte sämtliche alternativen Vorschläge abgeblockt und „duldet keine Debatte“. Szulc beschreibt:

„Fidel wurde zu einem totalen Dogmatiker, der jede Erfahrung anderer Menschen oder Gesellschaften missachtete und auch viele marxistische Ideen verwarf ... René Dumont, ein französischer Agrarspezialist, war einer der aufmerksamsten ausländischen Beobachter der kubanischen Bühne in den 60ern. Er meinte später: ‚Es gab nichts zu kaufen, daher gab es keinen Anreiz zu arbeiten‘ ... Castro schien in Kuba beweisen zu wollen, dass der Rückschritt in der marxistischen Ökonomie Fortschritt bedeute.“<sup>146</sup>

Ohne die bewusste demokratische Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die Diskussion unter den Massen, ohne ein wiederholtes Testen des Plans und dem Korrigieren desselben würde selbst das größte Genie in einer Planwirtschaft nur grob stümperhaft arbeiten. Und Castro ist nun wirklich kein Genie à la Lenin oder Trotzki, auch wenn die DSP das behauptet. Aber warum, so fragt Lorimer, war das kubanische Regime noch immer bei der Mehrheit der Bevölkerung populär? Er scheint zu vergessen, dass selbst die stalinistischen Regime in der UdSSR und Osteuropa ein gewisses Maß an „Popularität“ gehabt hatten. Die Massen tolerierten angesichts der imperialistischen Drohungen die Bürokratie, so lange die Planwirtschaft intakt blieb und die Gesellschaft sich vorwärts entwickelte.

Eine Zeit lang konnten die stalinistischen Regime eine relativ fortschrittliche Rolle bei der Entwicklung von Industrie und Gesellschaft spielen. Die Wachstumsraten der russischen Wirtschaft waren zum Beispiel in den 50ern und 60ern und zu Beginn der 70er wesentlich größer als die des Kapitalismus. Erst zur Mitte der 70er Jahre entwickelte sich der Stalinismus zur absoluten Bremse des Fortschritts. Das gigantische militärisch-bürokratische Regime verlebte sich immer größere Teile des Mehrprodukts ein, verstopfte die Poren der Gesellschaft und verhinderte jeden Fortschritt. Der Plan bröckelte auseinander, die Rückschritte begannen. Das schuf die Grundlage für die Unruhen und Aufstände der 80er und 90er Jahre in der UdSSR und Osteuropa, die zum Fall der Mauer führten.

## Die Errungenschaften können durch Arbeiterdemokratie verteidigt werden

Kuba gelangte in den 80er Jahren an einen Wendepunkt. Bis dahin war Castros Kuba ein Vierteljahrhundert lang „auf einer Welle der Revolution geschwommen.“ 1986 kam es zu großen Säuberungen auf den höchsten Ebenen des Regimes. Er feuerte ohne Erklärung einige seiner ältesten und engsten Mitarbeiter und kündigte eine „strategische revolutionäre Offensive“ an, um den „überschäumenden Eifer zu nutzen“.

Politische Kontrollen und Repression gegen sämtliche abweichenden Meinungen wurden verschärft. Kuba wurde auf Krieg eingestellt, Volksmiliz-Einheiten wurden ausgebildet und im Alarmzustand gegen eine amerikanische Invasion gehalten, die laut Castro bevorstand. Doch noch immer stagnierte die Wirtschaft, es konnte nicht genug Zucker produziert werden, um die Handelsabkommen mit der Sowjetunion zu erfüllen. Es gab sogar Arbeitslosigkeit, die teilweise durch die Auslandseinsätze

der kubanischen Soldaten und durch mehrere hunderttausend Flüchtlinge überdeckt wurde.

Diese Situation fiel zusammen mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Kuba in eine akute Wirtschaftskrise stürzte, enorm verschlimmert durch die verstärkten Anstrengungen des US-Imperialismus, Kuba durch sein brutales Embargo zu isolieren. Sehr zum Ärger des Weißen Hauses hatte Castro neun US-Präsidenten überlebt. Sie hatten alle die gewaltigen Reserven von Unterstützung für die Revolution unterschätzt. Die Unterstützung des Volkes hatte die Castro-Regierung anders als in Osteuropa und der früheren Sowjetunion in den 70ern und 80ern über die Phase der extremen Isolation hinweg an der Macht gehalten.

Trotzdem musste das kubanische Regime und die Wirtschaft Rückschläge einstecken. Castro, der offensichtlich versucht, das war er für die Lehren der Lenin'schen *Neuen Ökonomischen Politik* hält, anzuwenden, öffnete die Wirtschaft für ausländisches Kapital. Es wurde sogar für ausländisches Kapital möglich, in Kuba Besitz zu übernehmen. Die Verbreitung des Dollar wurde legalisiert, auf lange Sicht ist das eine gefährliche Bedrohung der Planwirtschaft. Vor 1991 gingen 85 Prozent der kubanischen Exporte in die UdSSR und Osteuropa. Dieser Markt schrumpfte und die Exporte gingen um 70 Prozent zurück. Das führte 1991 zu einem Niedergang der Wirtschaft um ein Drittel.

Die Auswirkungen dieses Zusammenbruchs waren bis Ende der 90er und am Beginn des neuen Jahrhunderts noch nicht überwunden. Obwohl es eine gewisse Erholung der Wirtschaft gab, kam es zu Massentlassungen von Arbeitern. Das Regime hatte zwar Vorkehrungen getroffen, um die Gesundheitsversorgung und das Bildungswesen aufrechtzuerhalten, aber das konnte nicht verhindern, dass einige Übel des Kapitalismus Einzug hielten. Die Mehrheit der Industrie ist noch immer staatlich, aber der Kapitalismus sickert über den Schwarzmarkt hinein. Die *Financial Times* schreibt:

*„Die überwiegende Mehrheit von Kubas 4,6 Millionen Erwerbstätigen ist noch immer beim Staat angestellt und bekommt ihr Grundgehalt in Peso.“<sup>147</sup>*

Es gibt aber eine parallele Wirtschaft auf der Grundlage des US-Dollars. Viele Kubaner kommen mit dem monatlichen Durchschnittsgehalt nicht aus, welches laut Regierung 1999 auf 223 Pesos gestiegen ist. Es gibt auch Unzufriedenheit über den Zustand der Wohnungen und den öffentlichen Verkehr. Die Regierung behauptet, die Wirtschaft wachse um 6,2 Prozent, dies sei ein Anzeichen für die Erholung. Auf der einen Seite ist das tatsächlich ein Zeichen, dass

*„die kubanische Wirtschaft die schlimmste Phase der tiefen Rezession hinter sich gelassen hat, die dem Zusammenbruch des Sowjet-Blocks folgte.“<sup>148</sup>*

Während der US-Imperialismus seine Blockade aufrechterhält, gibt es zwischen anderen konkurrierenden imperialistischen Mächten ein Wettrennen für eine gute Position in Kuba. Sie bereiten sich auf die Abschaffung der Planwirtschaft vor. Heute ist Kanada Kubas führender Partner für Handel und Investitionen, gefolgt

von Spanien. Es wurde 1996 geschätzt, dass 650 ausländische Unternehmen in Kuba investiert haben. Andere starke lateinamerikanische kapitalistische Länder wie Mexiko und Brasilien haben mit Blick auf die Verstärkung ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses in der Region Tritt gefasst. Sie tun das, um Vorteile für sich selbst herauszuschlagen, aber auch, um die kubanische Bürokratie Richtung Wiederherstellung des Kapitalismus und dem Aufgeben der Planwirtschaft zu drücken.

Sie haben das Modell der Ereignisse in Osteuropa und der früheren Sowjetunion im Kopf und hoffen, dass die kubanische Bürokratie oder zumindest Teile davon sich – zusammen mit einem Teil der kubanischen Exil-Bevölkerung in Florida – in eine kapitalistische Klasse umwandeln. Dies wird allerdings durch die Situation in den USA verkompliziert. Die ultrarechten Exil-Kubaner in Miami wollen das Castro-Regime aushungern und wenn möglich die Regierung mit Waffengewalt stürzen. Die Republikaner wollen auch keinen „Kompromiss“ mit Castro. Allerdings ist daran zu zweifeln, ob sie tatsächlich das Embargo aufrechterhalten wollen, denn dies bedeutet Nachteile für den US-Imperialismus. Die Wall Street will in ihrer Mehrheit ein Ende der Blockade. Die US-Konzerne sehen, wie ausländisches Kapital Vermögenswerte in Kuba kauft und erkennen klar, dass ein „Engagement“ in Kuba der beste Weg ist, das Ende der geplanten Wirtschaft und Castros politisches Ende zu beschleunigen. Die Entscheidung der Clinton-Administration gegen die kubanischen Exilanten im Fall Elian Gonzalez und dessen Rückkehr zu seinem Vater zeigen die Veränderungen in der Haltung der USA und der herrschenden Klasse dort gegenüber Kuba. Die ganze Sache war eine schwere Niederlage für die kubanischen Exilanten, welche bis dahin einen Einfluss auf Demokraten und Republikaner ausübten, der weit stärker war als ihr zahlenmäßiges Gewicht in der Bevölkerung der USA.

Es gibt auch einen Teil der Exilanten, die nach einem Kompromiss mit Castro streben, um so den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus einzuleiten. Aber ein Teil will weiterhin die Rache und zielt darauf, ihr ehemaliges Eigentum in Kuba wiederzuerlangen und mit Castro und seinen Unterstützern blutig abzurechnen. All diese Faktoren, vor allem der Hass gegen den US-Imperialismus in Kuba und in ganz Lateinamerika, hat es dem Regime und vor allem Castro selbst ermöglicht Unterstützung zu bekommen, trotz des Zusammenbruches der 90er Jahre. Trotzdem wird, je länger die Situation so bleibt, Kuba mehr und mehr unter Druck geraten, kapitalistische Maßnahmen durchzuführen.

Castro beschreibt dies natürlich als zeitweilige Maßnahmen und erklärt noch immer seine Unterstützung für den „Sozialismus“. Doch dieses Hin- und Herlavieren zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten und Personen weist auf den Charakter des kubanischen Regimes. Er hat den „Sozialismus“ verteidigt aber gleichzeitig den verhassten thatcheristischen spanischen Finanzminister Solchaga als Wirtschaftsberater in Havanna willkommen geheißen. Castro hat zu seiner Schande seinen Wunsch erklärt, Thatcher persönlich zu treffen und hat sich schon mit dem Papst getroffen, ein klares Angebot an die katholische Kirche. Gleichzeitig hat er,

wie Tony Saunois beschreibt, zum Aufstand der indigenen Bevölkerung im mexikanischen Chiapas geschwiegen.<sup>149</sup>

Kuba steht in der nächsten Periode vor der Wahl. Der Prozess der kapitalistischen Restauration könnte sich beschleunigen. Dies wird auf jeden Fall passieren, wenn die Castro-Führung ihre derzeitige Politik beibehält. Dieses Szenario könnte nur mit Sicherheit verhindert werden, wenn ein Regime auf der Grundlage echter Arbeiterdemokratie aufgebaut werden würde, mit der Perspektive, die sozialistische Revolution in Lateinamerika und international auszubreiten. Ungeachtet der Belanglosigkeiten der DSP würde solch ein Regime die Schaffung von wirklichen Arbeiterräten, lokal und national erfordern, welche die Kontrolle und Verwaltung über die Wirtschaft ausüben würden. Alle Funktionäre müssten gewählt werden können und jederzeit abwählbar sein und nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Kurz, Kuba braucht eine Arbeiterdemokratie.

Das Einparteien-Regime gehört auf den Schrotthaufen. Wie Tony Saunois erklärt: *„Dies [das Einparteien-Regime] wird oft damit erklärt, dass die Revolution vom Imperialismus bedroht sei und dass rechte reaktionäre Banden aus Miami ihre Kräfte organisieren. Diese Bedrohung ist real aber wird nicht dadurch kleiner, dass nur die Bürokratie sich als Partei organisieren darf. Alle Parteien, die gegen den Imperialismus sind und die Idee einer sozialistischen Planwirtschaft verteidigen, sollten sich organisieren dürfen, Propaganda machen und Kandidaten aufstellen dürfen.“*<sup>150</sup>

Vom Staat unabhängige Gewerkschaften, die für die Planwirtschaft und einen demokratischen Arbeiterstaat eintreten, sollten aufgebaut werden. Letztendlich kann die drohende Wiederherstellung des Kapitalismus und die Niederlage der kubanischen Revolution nur durch den internationalen Sieg der sozialistischen Revolution, zuerst in Lateinamerika, verhindert werden. Daher ist es notwendig, die Unterstützung der Arbeiterklasse Lateinamerikas zu gewinnen. So kann ein sozialistischer Staatenbund des Kontinents geschaffen werden. Wir glauben, dass dies der einzige Weg ist, die großen Errungenschaften der kubanischen Revolution auszubauen. Kuba braucht echten Marxismus, das Programm der Arbeiterdemokratie, um die besten Traditionen neu zu beleben, die vor mehr als vier Jahrzehnten zum Sieg der Revolution geführt haben.

Das kann nicht von Leuten wie der DSP getan werden, die eine einseitige Sicht auf die kubanische Revolution und die heutige Lage in Kuba haben. Die Analyse, das Programm und die Perspektiven des *Komitees für eine Arbeiterinternationale* sind der beste Weg, um die Erfolge der Revolution zu bewahren und um dabei zu helfen, eine neue Runde des siegreichen Kampfes der Arbeiter und Bauern in Lateinamerika einzuläuten.

# Anhang

---

Dieser Text wurde zuerst in Form von drei Artikeln in der *Militant* veröffentlicht, am 27. Januar, 3. und 10. Februar 1978. Zusammen wurden sie als Broschüre „Kuba – Analyse einer Revolution“ veröffentlicht. Dabei wurden einige kleinere Veränderungen vorgenommen, um die Analyse der kubanischen Revolution zu präzisieren.

## Die kubanische Revolution

Die Ereignisse in Afrika und der Karibik haben dazu geführt, dass Kuba wieder die Bühne der Weltpolitik betreten hat. Der US-Imperialismus hatte Südafrika gedrängt, mit seinen Truppen in Angola einzufallen, um die Revolution niederzuschlagen. Doch er schäumte vor Wut, als kubanische Truppen und Material eingesetzt wurden, um die MLPA zu unterstützen. Das war möglicherweise für die Wende zugunsten der MLPA ausschlaggebend und führte zur Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Angola.

Kuba war auch zu einem Anziehungspunkt für die Länder der Karibik wie Jamaika und Guayana geworden, die durch den wirtschaftlichen Einbruch von 1974-75 schwer getroffen worden waren. Für die Massen in Lateinamerika wirkte Kuba angesichts von Militärdiktaturen und Hungersnöten – wie in Argentinien und Chile – wie ein sicherer Hafen des Fortschritts und der Ruhe.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern betrachten Teile der Jugend die charismatischen Führer der kubanischen Revolution wie Fidel Castro und den ermordeten Che Guevara ganz anders als die grauen Figuren wie Breschnjew und Kossygin [die sowjetischen Staatsführer in den 70er und frühen 80er Jahren]. Selbst Arthur Scargill [der Vorsitzende der britischen Bergarbeitergewerkschaft] sagte kürzlich bei einem TV-Interview, Kuba wäre ein Modell einer Gesellschaft, wie er sie anstrebe.

Kann Kuba für die Arbeiter und Bauern der unterentwickelten Länder oder die Arbeiterbewegung in den entwickelten Ländern ein Vorbild im Kampf gegen den Kapitalismus sein? Welchen Charakter hat das kubanische Regime? Diese Fragen können nur geklärt werden, wenn man die Ursachen und die Entwicklung der kubanischen Revolution untersucht.

Vor der Revolution war Kuba ein Paradies für die Reichen – eine Spielwiese vor allem für die amerikanischen Touristen – aber ein Alptraum für die Arbeiter und Bauern. 1950-54 betrug das Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen in Delaware, dem reichsten US-Bundesstaat, 2.279 Dollar, in Kuba waren es lediglich 312 Dollar, 6 Dollar pro Woche. Selbst in Mississippi, dem ärmsten Staat der USA, betrug das Pro-Kopf-Einkommen 829 Dollar. Fünfzig Prozent der Landbevölkerung verfügten nicht über Toiletten – sie hatten nicht einmal ein Plumpsklo. Tuberkulose und



Syphilis waren weit verbreitet. 25 Prozent waren Analphabeten, ebenso hoch war die Arbeitslosigkeit. In den 50er Jahren besuchten anteilmäßig weniger Schüler im schulfähigen Alter die Schule als in den 20er Jahren.

Der Grund und Boden war in den Händen weniger konzentriert, in großen Latifundien. 114 Farmen, weniger als 0,1 Prozent aller Farmen, umfassten 20,1 Prozent des Landes. Acht Prozent aller Farmen verfügten über 71,1 Prozent des Bodens, während andererseits 39 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe bäuerliche Kleinbetriebe mit weniger als einem Hektar Land waren. Sie umfassten nur 3,3 Prozent des Bodens.

## Die Dominanz des Imperialismus

Außerdem wurde die kubanische Wirtschaft durch die riesigen US-Monopole dominiert. US-Firmen besaßen 90 Prozent der Telekommunikation und des Elektrizitätssektors, ca. 50 Prozent der öffentlichen Dienstleistungen und 40 Prozent der Rohzuckerproduktion. Da Kuba an die US-Wirtschaft gekettet war, war das Land gezwungen, sich auf die Produktion eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses für den amerikanischen Markt, des Zuckers, zu konzentrieren. Der größte Teil der kubanischen Zuckers wurde in die USA exportiert, jährliche Quoten und Preise waren festgesetzt. Die Krönung dieser Verhältnisse war die Diktatur des Gangsters Batista. Schätzungen ergaben, dass zwischen seiner zweiten Machtübernahme 1953 und seinem Sturz 1959 20.000 Menschen von seinen Soldaten und Folterern umgebracht wurden.

Die Aufgaben der kapitalistisch-demokratischen Revolution waren im Kuba der 50er Jahre noch nicht erledigt worden. Die Bauern hatten kein Land erhalten, die Befreiung von der ausländischen wirtschaftlichen und politischen Dominanz und der Aufbau einer modernen Industrie hatten nicht stattgefunden. Die Erfahrung der russischen Revolution, die von Leo Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution theoretisch brillant vorweggenommen wurde, zeigte, dass in den unterentwickelten Ländern nur die Arbeiterklasse die Nation zur Vollendung dieser Aufgaben führen konnte. Nachdem sie einmal an die Macht gekommen war und die Aufgaben der kapitalistisch-demokratischen Revolution durchgeführt hatte, ging die Arbeiterklasse zu den sozialistischen Aufgaben weiter – wie der Verstaatlichung der entscheidenden Teile der Wirtschaft – und gab damit auch einen An Schub für den Beginn der internationalen sozialistischen Revolution.

## „Fortschrittlich“

Die kubanische KP vertrat wie die meisten „kommunistischen“ Parteien Lateinamerikas eine Linie, die diesen Erfahrungen und den Methoden von Lenin und den Bolschewiki diametral entgegen stand. Sie wollte ein Bündnis mit der sogenannten „fortschrittlichen nationalen Bourgeoisie“, um die „antimperialistische patriotische und demo-

*kratische Revolution*“ zu verwirklichen. Aber die kubanischen Kapitalisten investierten in Landbesitz und die Besitzer großer Latifundien in die Industrie. Für eine ernsthafte Landreform waren die kubanischen Kapitalisten nicht zu haben. Genauso wenig waren sie in der Lage, einen Kampf gegen den US-Imperialismus zu führen. Sie stützten sich auf ihn, um sich gegen die kubanischen Massen zu verteidigen. Die Suche nach der geheimnisvollen „*fortschrittlichen nationalen Bourgeoisie*“ führte die kubanische KP so weit, dass sie Batista schon bald nach seiner ersten Machtübernahme 1933 unterstützte.

Zu Anfang beschimpfte der Parteiführer Blas Roca Batista als „*diesen nationalen, vom Imperialismus bezahlten Verräter*“. Aber 1938 fand das KP-Zentralkomitee heraus, dass Batista „*nicht mehr die führende Person im reaktionären Lager*“ sei! Die wunderbare Verwandlung kam dadurch zustande, dass Batista von niemand anders als dem US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt das Prädikat „demokratisch“ verliehen worden war. Die bescheidene Herkunft von „Sergeant Batista“ führte nun dazu, dass er den Segen der „kommunistischen“ Partei erhielt. Batista revanchierte sich 1938, indem er die KP legalisierte.

Vier Jahre später holte er zwei KP-Minister in sein Kabinett. Blas Roca – der auch später in Castros Regierung saß – erschien 1942 zusammen mit Batista auf dem Balkon, um die Huldigungen der Massen entgegenzunehmen. Trotz dieser Unterstützung wurde Batista 1944 aus dem Amt vertrieben. Fidel Castro wurde von der KP 1947 als „Gangster“ angegriffen. Selbst später noch, als die Verhältnisse sie zwangen, ihre Position zu Fidel Castro zu verändern, bezweifelte die KP, dass Batista durch die Guerilla gestürzt werden könne und forderte im November 1958 eine „*demokratische Koalitionsregierung*“.

Batistas zweiter Putsch 1952 provozierte breite Opposition in Kuba, vor allem seitens der Studierenden und Intellektuellen, darunter Fidel Castro und sein Bruder Raúl. Sie griffen mit 120 Anhängern am 26. Juli 1953 die Moncada-Kaserne an. Die Revolte wurde niedergeschlagen, Castro wurde inhaftiert. Nach seiner Freilassung ging er nach Mexiko, um dort die Guerilla-Truppe zu organisieren, die 1956 in Kuba landete. In einem drei Jahre währenden heldenhaften Kampf bezwang die Guerilla mit Hilfe der verarmten Bauernschaft die zahlenmäßig vielfach überlegenen Truppen Batistas. Einige Soldaten Batistas und selbst Offiziere gingen auf die Seite der Guerilla über.

## Harmonie

Castro behauptete 1961, während Kuba gegen den US-Imperialismus auf Leben und Tod kämpfte, er sei „*im Herzen schon immer ein Marxist-Leninist*“ gewesen. In seinem Buch „*Guerillas in Power*“ merkt KS Karol allerdings ironisch an:

„*Einige seiner Genossen, zu denen dieses Etikett noch weniger passte, sagten, sie wären die ganze Zeit schon Marxisten gewesen ohne es zu wissen. Andere waren niemals Antikommunisten gewesen und waren offen daher für die Bekehrung*“

Tatsächlich war Castro bis zu diesem Zeitpunkt nichts anderes als ein radikaler Mittelklasse-Demokrat, dessen Ideal das demokratische kapitalistische Amerika war. Er erklärte in einem Interview mit dem US-Journalisten Herbert Matthews während des Kampfes gegen Batista:

*„Sie können sicher sein, dass wir die USA und das amerikanische Volk nicht ablehnen ... Wir kämpfen für ein demokratisches Kuba und das Ende der Diktatur.“*

In einem Dokument von Castros Bewegung – der *Bewegung 26. Juli* – hieß es 1956, man vertrete eine „Jeffersonsche Philosophie“, wurde die „Lincoln-Formel“ unterstützt und bekräftigte die Absicht „einen Zustand von Solidarität und Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen, um die Produktivität zu steigern.“

Selbst nach Batistas Sturz erklärte Castro am 6. März 1959 vor einem Treffen von Bänkern, dass er mit ihnen zusammenarbeiten wolle. Laut dem US-amerikanischen *News and World Report* sagt er außerdem, er hätte „keine Absicht, irgendwelche Industrien zu verstaatlichen“. War das etwa ein Trick, um die Großgrundbesitzer und Kapitalisten an der Nase herumzuführen? Im Gegenteil. Alles weist darauf hin, dass Castro und seine Anhänger ihren Kampf nicht mit klaren sozialistischen Perspektiven und Programm begannen, wie es Lenin und die Bolschewiki in Russland taten.

Lenin stützte sich auf die Arbeiterklasse. Er ging davon aus, dass die Arbeiter die arme Bauernschaft in den Kampf gegen den Zarismus führen würden. Castro und Guevara stützten sich auf die Landbevölkerung. Die Arbeiterklasse trat erst mit einem Generalstreik in Havanna in den Kampf, als die Guerilla schon gesiegt hatte und Batista um sein Leben lief. Die russische Arbeiterklasse spielte die führende Rolle. Die bewusste Kontrolle und Verwaltung von Staat und Wirtschaft wurde durch Arbeiter- und Bauernräte ausgeübt – die demokratischsten Institutionen, die man je gesehen hatte. Dies führte zu einer machtvollen Bewegung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, die sich der Sache ihrer russischen Brüder anschloss. Die Arbeiter versuchten, die russische Revolution in ihren eigenen Ländern nachzuahmen.

## Sackgasse

Castro kam durch eine überwiegend ländliche Bewegung an die Macht. Davon war der gesamte Charakter seiner Bewegung geprägt. Nur eine besondere Kombination von Umständen führte dazu, dass Castro bei der Enteignung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten federführend war. Er hatte zu Beginn nicht die Perspektive, über den Rahmen des Kapitalismus hinauszugehen.

Auf der einen Seite gab es auf der Grundlage des bankrotten kubanischen Kapitalismus keinen Ausweg aus der Sackgasse. Auf der anderen Seite existierte ein gewaltiger Druck seitens der Bauernschaft und der Arbeiterklasse. Nach der Niederlage Batistas besetzten die Bauern das Land. Die Arbeiterklasse forderte Lohnerhöhungen und die Wiedereinstellung der unter dem altem Regime Entlassenen. Im Frühjahr forderten 6.000 Arbeiter der kubanischen Elektrizitäts-Gesellschaft eine

20prozentige Lohnerhöhung. 600 Arbeiter, die zuvor entlassen worden waren, begannen einen Protest vor dem Präsidentenpalast. Die Massen waren bewaffnet und bildeten Milizen. Wegen der Radikalisierung der kubanischen Massen verfiel der Vertreter des US-Imperialismus, Präsident Eisenhower, in Panik und versuchte, die kubanische Regierung zu erpressen und zum Gehorsam gegenüber den USA zu zwingen.

### **Widerstand**

Dies spitzte sich zu, als Russland auf der Grundlage eines im Januar 1960 unterzeichneten Handelsabkommens mit Kuba Rohöl zu liefern begann. Im Juni verweigerten die drei großen Ölkonzerne (Jersey Standard, Texaco und Shell) unter dem Druck der US-Regierung die Raffinierung des russischen Öls. Aber die kubanische Regierung griff ein und setzte die Bearbeitung des Öls durch. Die Konzerne griffen zu Vergeltungsmaßnahmen und verweigerten, Öl aus Venezuela anzuliefern. Kuba entschied sich, sämtliches Öl aus Russland zu beziehen. Die Eisenhower-Regierung schlug im Juli zurück, indem sie die Abnahme der im Abkommen vereinbarten 700.000 Tonnen kubanischen Zuckers verweigerte. Sie spekulierte darauf, damit das Castro-Regime zu Boden zu zwingen. Aber Russland sprang ein und garantierte, die 700.000 Zucker zu kaufen. Am 6. August wurden die kubanische Telefongesellschaft, die Elektrizitätsgesellschaft sowie alle Öl- und Zucker-Raffinerien – bei denen es zuvor nur ein „Mitspracherecht“ der Regierung gab – verstaatlicht. In den folgenden vier Monaten wurden Schläge und Gegenschläge ausgeteilt, nach und nach wurden sämtliche im Besitz des US-Kapitals befindlichen Betriebe übernommen.

Im September wurden die kubanischen Außenstellen der US-Konzerne in öffentliches Eigentum überführt. Kubanische Gesellschaften wurden im Oktober verstaatlicht. Ende 1960 war der Kapitalismus in Kuba ausradiert. Der US-Imperialismus schlug zurück: er verhängte ein totales Handels-Embargo und bereitete sich auf die militärische Intervention vor, um die kubanische Revolution zu zerschlagen.

Der Druck der Massen, die Schwäche des kubanischen Kapitalismus und die Fehlkalkulationen und Schnitzer des US-Imperialismus waren Faktoren, die in ihrer Kombination Castro zur Enteignung von Großgrundbesitz und Kapital drängten. Wir konnten so in Kuba die Bestätigung von Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution in einer karikaturhaften Form beobachten. Die kapitalistisch-demokratische Revolution konnten nur gegen den Widerstand der Kapitalisten in Kuba und international vollzogen werden. Dies führte dazu, dass Castro sich im Gegenzug auf die Massen stützen, die Großkonzerne verstaatlichen und eine geplante Wirtschaft einführen musste. Anders als bei Lenin und Trotzki in der russischen Revolution gab es keine ausgearbeitete Vorstellung oder bewusste Voraussicht. Wenn man Castro vor der Revolution einen Film über seine nachfolgende Entwicklung gezeigt hätte, hätte er dies als eine monströse Fälschung bezeichnet.

Die Sowjets sowie die demokratische Verwaltung und Kontrolle des Staates waren zusammen mit dem Bewusstsein der Massen, dass das Schicksal der Revolution vom Sieg der weltweiten Revolution abhängt, ausschlaggebend dafür, dass der russischen Revolution die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in Europa und der ganzen Welt folgte. Weltweit unterstützten die Arbeiter ihre russischen Schwestern und Brüder und versuchten, ihnen während der bewegten Zeiten 1918 und 1919 nachzueifern, weil sie ihre Klasse in Russland an der Macht sahen, egal, welche monströsen Lügen die Herrschenden des eigenen Landes auch verbreiten mochten.

Die kubanische Revolution hatte die Folgen eines Erdbebens, vor allem in Lateinamerika. Aber wegen der beteiligten Kräfte – einer überwiegend bäuerlichen Armee – und dem Fehlen der bewussten Kontrolle durch die Arbeiterklasse und die armen Bauern konnte sie nicht die selben Folgen haben wie die russische Revolution. Es wurde ein Arbeiterstaat direkt vor der Nase der USA errichtet, aber die Macht war in den Händen einer Schicht privilegierter Funktionäre konzentriert.

### **Die Macht in den Händen einer bürokratischen Elite**

Die Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Kuba 1960 erschütterte Nord- und Südamerika. Der US-Imperialismus wollte die Revolution so schnell wie möglich ersticken und finanzierte und bewaffnete die Invasionsstreitmacht, die im April am Playa Girón (Schweinebucht) landete.

Die Invasoren spielten sich als „Retter“ der kubanischen Revolution auf. Die Tatsache, dass die 1.500 Männer der Streitmacht zuvor eine Million Hektar Land, 10.000 Häuser, 70 Fabriken, fünf Bergwerke, zwei Banken und zehn Zuckerraffinerien besessen hatten, war natürlich rein zufällig! Doch die Massenbasis der Revolution führte zu ihrer Niederlage und der aller konterrevolutionären Angriffe, die von den vom CIA unterstützten Emigranten unternommen wurden. Ohne Zweifel, das Castro-Regime genoss eine enorm große Unterstützung im Volk.

Die Massen waren bewaffnet und in der 200.000 Mann starken Arbeiter- und Bauernmiliz organisiert. Der konservative Historiker Hugh Thomas gab den Kommentar eines 15jährigen bewaffneten Schuljungen von 1961 wider:

*„Wir Kubaner sind ein bewaffnetes Volk.“*

Es gab in der ersten Phase der Revolution unzweifelhaft Elemente von Arbeiterkontrolle in den Betrieben. Jeder Häuserblock und jede Straße hatte ein „Komitee zur Verteidigung der Revolution“. Anzeichen für die breite Unterstützung für das Regime waren die riesigen Menschenmengen, die sich in Havanna versammelten, um Castros Reden zu hören. Bei der Versammlung, bei der Castro die Rede vortrug, die als „Zweite Erklärung von Havanna“ bekannt wurde, strömte am 4. Februar 1962 eine Million Menschen – bei einer Gesamtbevölkerung von sechs Millionen! – auf dem Plaza de la Revolución zusammen. Aber gleichzeitig hatten die Massen nicht den Staatsapparat unter ihrer Kontrolle. KS Karol kommentiert in seinem Buch

„*Guerillas in Power*“, in dem er stark mit Castro und der kubanischen Revolution sympathisiert, seinen Besuch in Kuba 1961:

„*Diese enthusiastischen Menschen [die Arbeiterklasse und die armen Bauern] sollten eigentlich über ihre ‚Räte‘ und über ihre ‚sozialistischen Pläne‘ reden (wenn die Revolution mit Russland oder dem spanischen Bürgerkrieg vergleichbar wäre). Ich hatte allerdings vergebens versucht an der Basis, sowohl in der Provinz als auch in Havanna, Zeichen großer Begeisterung für eines der beiden Dinge zu finden. Es gab eine beeindruckend große Unterstützung für die Revolution, aber das Fehlen politischer Initiativen selbst innerhalb der Miliz und das eher primitive Verständnis von Sozialismus waren doch überraschend.*“

Der rein plebiszitäre Charakter der Staates – ein Bestandteil des Bonapartismus – zeigte sich in den Massenveranstaltungen, die von Castro geleitet wurden. Die Arbeiter waren aufgerufen, „Sí“ oder „No“ zu sagen, aber nicht, die Angelegenheiten zu diskutieren und zu entscheiden.

### Ungarische Revolution

Doch ohne die bewusste Kontrolle der Massen ist die Entstehung einer neuen Elite unvermeidlich. Selbst in Russland war trotz brillanter Führer wie Lenin und Trotzki und trotz der bewussten Teilnahme der Arbeiterklasse an der Verwaltung der Gesellschaft die bürokratische Entartung unvermeidbar, so lange die Revolution in einem rückständigen Land isoliert blieb.

Die Bolschewiki hatten die Vorstellung, dass die russische Revolution die Revolution in Europa auslösen würde, welche im Gegenzug Russland mit wirtschaftlicher Unterstützung, Technikern usw. zu Hilfe kommen würde. Der Beginn des Sozialismus und damit verbunden das Absterben des Staates ist nur auf der Grundlage höherer Produktivität als im höchstproduktiven kapitalistischen Land, d.h. der USA, möglich.

Die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa als Schritt zum weltweiten sozialistischen Staatenbund hätten dies ohne Zweifel ermöglicht. Aber die Isolation der Revolution in einem Land, einem rückständigen noch dazu, führte zur bürokratischen Degeneration, die von Stalin verkörpert wurde. Die Massen wurden von der bürokratischen Elite beiseite gefegt und hatten nichts mehr zu sagen.

In Kuba waren Kontrolle und Verwaltung gleich von Beginn an in den Händen Castros und seiner Anhänger konzentriert, bei den Staatsfunktionären, der regierenden Partei, der Armee usw. Der Charakter des Regimes ließ sich an der Haltung der russischen Bürokratie gegenüber Kuba ablesen, die ganz anders war als ihre Haltung zur ungarischen Revolution 1956. Die Existenz von Räten in Ungarn und die Macht in den Händen der Massen waren eine tödliche Gefahr für die bürokratischen Emporkömmlinge. Hätte man die Revolution gewähren lassen, hätten ähnliche Aufstände – politische Revolutionen – auf Osteuropa und Russland selbst übergriffen. Es konnte für die Bürokratie keinen Kompromiss mit der ungarischen

Revolution geben. Der „liberale“ Chruschtschow war entschlossen, die Revolution in Blut zu ertränken.

Dem Castro-Regime reichte die russische Bürokratie ihre Hand. Tatsächlich wäre die kubanische Revolution ohne russische Hilfe im Volumen von einer Million Dollar pro Tag zusammengebrochen. 40 Prozent des kubanischen Außenhandels werden mit Russland abgewickelt. 95 Prozent der Ölimporte kommen aus Russland. Die russische Bürokratie bezahlt heute 30 Cent für ein Pfund kubanischen Zuckers. Als das Abkommen 1975 unterzeichnet wurde, waren es nur 14 Cent, ursprünglich sollte dieses Abkommen bis 1980 gelten. Außerdem wurde die Bezahlung der enormen Schulden Kubas bei Russland, die zwischen 3 und 4 Milliarden Dollar lagen, durch das selbe Abkommen aufgeschoben.

*„Wess' Brot ich ess, dess' Lied ich sing'.“* Angeblich hat ein russischer Botschaftsangestellter während eines Streits mit dem kubanischen Regime arrogant verkündet: *„Wir müssen nur sagen, dass die Reparaturen in Baku drei Wochen lang gestoppt werden müssen und das wär's dann.“*

Es gab natürlich Differenzen zwischen Castro und der russischen Bürokratie sowie mit deren Messdienern in den „kommunistischen“ Parteien Lateinamerikas. Aber die kubanische Revolution war keine Bedrohung für die privilegierte Elite in Russland. Im Gegenteil, der Aufbau eines dem eigenen ähnelnden Regimes vor der Haustür des US-Imperialismus half, die Macht und das Prestige der russischen Bürokratie zu festigen.

## Geplante Wirtschaft

Die gewaltige Wirtschaftshilfe und die aus einer geplanten Wirtschaft resultierenden Vorteile führten zu einer starken Entwicklung der kubanischen Gesellschaft, vor allem im Vergleich mit der Arbeitslosigkeit, dem Hunger und Elend, die den Rest Lateinamerikas plagten. Praktisch in jedem Bereich ist der Lebensstandard der Kubaner weit höher als bei den lateinamerikanischen Nachbarn. Die Sterblichkeitsrate bei Kindern war 1975 mit 27,4 pro Tausend Geburten die geringste in ganz Lateinamerika.

Die Lebenserwartung in Kuba liegt jetzt bei 69,2 Jahren, verglichen mit 45,3 Jahren in Bolivien, 58,8 in Kolumbien, 59,7 in Brasilien und 60,6 in Chile. Vor 1959 gingen rund die Hälfte aller Kinder im Grundschulalter überhaupt nicht zur Schule. Heute gehen alle zur Schule, es gibt fast 2 Millionen Grundschüler verglichen mit weniger als 720.000 vor 1959, außerdem 79.000 Grundschullehrer, 1959 waren es 17.000. Für alle Kinder gibt es vom 45. Tag an Kinderkrippen. Hugh Thomas gesteht zu:

*„Nur wenige sterben wegen Unterernährung. Auf dem Land, vor allem in der Provinz Oriente, scheinen die sehr armen Bauern besser ernährt als vor der Revolution ... die Arbeitslosigkeit ist ohne Zweifel gefallen, obwohl viele Frauen, die vorher an Heim und Herd gefesselt waren, jetzt in die Wirtschaft gehen.“*

Man vergleiche das mit Argentinien, wo geschätzt wurde, dass der Lebensstandard um 50 Prozent gefallen ist, seitdem die Armee an die Macht gekommen ist.

Auch aus einer unerwarteten Richtung kam eine Bestätigung der Entwicklung Kubas seit der Revolution. Pat Holt, Sekretär des Senatausschusses für auswärtige Beziehungen, sagte im Juni 1974:

„1973 hatte das Land das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas (1.578 Dollar) nach Venezuela.“ Und Venezuela liegt nur wegen seiner reichhaltigen Ölreserven vor Kuba.

Auf der anderen Seite ist Kuba ein überwiegend agrarisches Land mit Zucker als wichtigstes Produkt geblieben. 1974 kamen 85 Prozent der Gewinne aus dem Außenhandel vom Zucker. Gleichzeitig gab es eine Entwicklung der Industrie. Zwischen 1959 und 1965 stieg die industrielle Produktion um 50 Prozent. 1975 wuchs die Wirtschaft um ca. 9 Prozent. Nickel hat Tabak als zweitwichtigstes Exportgut des Landes nach Zucker überholt. Die Stahlproduktion soll in der nächsten Phase um ca. eine Million Tonnen erhöht werden. So beeindruckend diese Erfolge sind, sie sind nichts im Vergleich mit dem, was auf der Basis der Arbeiterdemokratie hätte erreicht werden können.

Missmanagement, gewaltige Verschwendung und ein Zick-Zack-Kurs in der Wirtschaftspolitik sind ohne die Planung, den Abgleich, die Kontrolle und die Initiative unvermeidlich, die nur durch Arbeiterdemokratie entstehen können. Die Planwirtschaft braucht dies wie der Körper den Sauerstoff. Ohne Arbeiterdemokratie verstopfen die Poren der Wirtschaft und es ist unvermeidlich, dass der gesellschaftliche Organismus von Krankheiten befallen wird.

Diese Situation sehen wir jetzt in Russland und Osteuropa, wo die bürokratische Kaste um Breschnjew und Co. zu einer absoluten Bremse für die weitere Entwicklung der Gesellschaft geworden ist. In einem unterentwickelten Land wie Kuba kann die Bürokratie noch immer eine relativ fortschrittliche Rolle dabei spielen, die Industrie zu entwickeln, indem sie die Technologie der entwickelten Länder nutzt und versucht, gegenüber ihnen aufzuholen – allerdings zu hohen Kosten. Misswirtschaft und Verschwendung sind seit den ersten Tagen der kubanischen Revolution bekannt.

1963 akzeptierte Castor in einer ersten Welle von Enthusiasmus Chruschtschows Angebot von 1.000 Traktoren, um die Zuckerernte zu mechanisieren. Erst nachdem sie nach Kuba geliefert worden waren, wurde festgestellt, dass sie für das Schneiden von Zuckerrohr, für das Spezialmaschinen nötig sind, ungeeignet sind. Zur gleichen Zeit beschimpfte Che Guevara in einer geheimen Rede „für die private Verwendung politischer und wirtschaftlicher Führer“ (Karol, „Guerillas in Power“) die Manager wegen der miesen Qualität vieler Produkte:

„Es gibt zur Zeit einen Mangel an Zahnpasta ... Erst als die Reserven zur Neige gingen und keine neuen Rohstoffe mehr kamen, handelten die Verantwortlichen ... unverzagt schafften es die Genossen, eine Zahnpasta zu machen, die dem Auge gefiel und so weiß war wie jede andere, aber



*die nach einer Weile hart wird ... nach einigen Monaten werden sich die Leute beschweren, weil wir ihnen Steine in Tuben verkaufen.“*

## Von oben nach unten

Guevara und Castro klagten über die Symptome aber waren nicht in der Lage, die Krankheit zu diagnostizieren oder gar die heilenden Mittel zu verschreiben. Eigenmächtige Entscheidungen und Produkte niedriger Qualität sind eine Begleiterscheinung jedes Regimes, wo die „Macher“ sich nicht der Kritik der Massen, Wahlen und Abwahl stellen müssen. So hatten Krisen und Kursänderungen in der Wirtschaftspolitik das Castro-Regime von Beginn an geprägt. 1961 sagte Guevara voraus, dass Kuba in 12 Monaten ein Industrieland werden würde! Angesichts der Schwäche der kubanischen Wirtschaft war solch eine Perspektive vollkommen utopisch, selbst mit der enormen Hilfe der russischen Bürokratie. Kurze Zeit später musste diese Perspektive der Konzentration auf die Landwirtschaft und vor allem der auf den Zucker weichen. Aber die Ziele der Zucker-Produktion wurden durch die Spitzen entschieden und den Massen lediglich präsentiert.

Die wirklichen Potenziale einer geplanten Wirtschaft können nur durch eine umfassende Diskussion unter den Massen ermittelt werden. So können diese die notwendigen Korrekturen, Ergänzungen usw. vornehmen. Ohne diese Diskussion und ohne das Sich-Stützen auf die Initiative der Massen werden Fehler und Stümperei bei der Umsetzung der Pläne unvermeidlich. Dies bewahrheitete sich in Kuba in Bezug auf die Zuckerindustrie. Castro erklärte, Kuba würde es bis 1970 schaffen, 10 Millionen Tonnen Zucker zu produzieren. Doch die folgenden Jahre machten deutlich, und selbst dann wären immer noch die Launen des Wetters und dessen Auswirkungen auf die Landwirtschaft zu bedenken gewesen, dass dies nur auf der Basis der Mechanisierung der Landwirtschaft und der Entwicklung der Industrie möglich gewesen wäre. Nur das hätte die harmonische Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft ermöglicht.

Leo Trotzki bewies in seiner Kritik an Stalins Stümperhaftigkeit in der Agrarfrage, dass ein Regime des bürokratischen Absolutismus eine ausgewogene Beziehung zwischen Industrie und Landwirtschaft unmöglich macht. Castro beging nicht die selben Verbrechen wie Stalin. Doch auch er versuchte, Kubas Mangel an technischen und industriellen Mitteln durch die massive Nutzung freiwilliger Arbeit und manchmal sogar durch Zwangsarbeit auszugleichen, um die beschlossenen Ziele zu erreichen. Bei der Zuckerernte 1970 wurden 400.000 Kubaner mobilisiert, um das Ziel von zehn Millionen Tonnen Zucker zu erreichen. Industriearbeiter, Hausfrauen und Jugendliche wurden zur Einbringung der Ernte mobilisiert, die Kosten der Unterbrechungen und Beeinträchtigungen in der Industrie waren gewaltig. Es wurden trotzdem nur 8,5 Millionen Tonnen produziert. 1975 waren es nur 5,4 Millionen Tonnen. Für 1980 ist geplant, 8,7 Millionen Tonnen zu produzieren. Das ist eine klare Demonstration, dass die vorherigen Ziele auf der Basis des derzeitigen Regimes praktisch nicht zu erreichen waren.

Diesen Zielen ging die „*Große Revolutionäre Offensive*“ voraus, eine kubanische Version der „*Kulturrevolution*“. Anschuldigungen gegen die „Bürokratie“ und die praktische Militarisierung der Arbeit wurden mit Erklärungen verbunden, Kuba „*bewege sich Richtung Kommunismus*“ sowie mit einer Kampagne, Kleinunternehmen abzuschaffen. 1968 wurden ungefähr 58.000 Kleinbetriebe, darunter Geschäfte, Stände und 9.179 Handwerker, die selbständig arbeiteten, verstaatlicht. Die Regierung behauptete damals, Kuba sei jetzt das „*sozialistische Land mit dem größten verstaatlichten Sektor*“. Doch die Abschaffung sämtlicher kleiner Läden, ohne dass die Bedingungen geschaffen waren, die den Staatsbetrieben ermöglicht hätten, ausreichend Produkte – vor allem Konsumgüter – herzustellen, führte zur Verschärfung des allgemeinen Mangels. Dies wiederum ließ die Unzufriedenheit anwachsen. Weitere Ziele der Kampagne waren, die Privilegien der Bürokratie zu beschneiden, um notwendige Mittel für die Industrialisierung und die Mechanisierung der Landwirtschaft freizusetzen sowie eine Verschärfung des Tempos, um den Plan zu erfüllen. Dies war von der Regierung nach eigenem Gutdünken entschieden worden. Castro stellte in Bezug auf den Lebensstandard reichlich kühne Thesen auf. 1960 prophezeite er, Kuba würde bis 1965 einen mit Schweden vergleichbaren Lebensstandard haben. Im darauffolgenden Jahre wurde eine scharfe Rationierung von Lebensmitteln und Kleidung eingeführt! Rationierungsmaßnahmen hielten bis in die 70er Jahre an und wurden für einige Konsumgüter erst in den letzten Jahren aufgehoben oder gelockert.

## **Für die vereinigten sozialistischen Staaten der Karibik und Lateinamerikas**

Castro sah sich in der Sackgasse und war gezwungen, seinen Kurs zu ändern. So gab er im November 1973 beim Gewerkschaftskongress zu, „*Kuba war noch nicht reif für den Kommunismus und musste in einigen Bereichen wegen der revolutionären Unerfahrenheit vieler Kubaner und der niedrigen Wachstumsrate in einigen Bereichen der Industrie Rückschritte machen.*“ Am 14. Januar 1974 gestand er ein, dass „*mehr Arbeiter für die gleichen Arbeiten gebraucht werden als zu der Zeit, wo die Betriebe US-Konzernen gehörten.*“

1966 betrug der nationale Durchschnitt in Kuba vier produktive Arbeitsstunden am Tag. Fehlzeiten in der Leichtindustrie waren auf 16 Prozent, in der Nahrungsmittelindustrie auf 31 Prozent angestiegen. Castro erklärte 1975: „*Das Volk kann jeden ersetzen, mich eingeschlossen, wenn sie wollen*“ und rief zu mehr Beteiligung bei Entscheidungen auf. In Wirklichkeit gab es keine demokratischen Kanäle für die Massen, um die Politik ihrer Führer zu verändern. KS Karol kommentiert:

„*Alle Organe [der KP] vom Zentralkomitee bis zum Büro auf niedriger Ebene werden von oben ernannt, durch Fidel Castro und seine engsten Mitstreiter.*“

Die castristische kubanische KP wurde 1965 gegründet, hielt ihren ersten Kongress jedoch 1975 ab! Selbst während des russischen Bürgerkrieges hielt die bolschewistische Partei unter Lenin und Trotzki jährlich ihre Konferenz ab.

Es blieb Dr. Jorge Risquest, Castros Arbeitsminister, überlassen, zumindest eine Ahnung der wahren Gründe der Misere zu vermitteln. Im Juli 1975 gab er zu, „die wirtschaftlichen Probleme des Landes [resultieren] hauptsächlich aus dem weitverbreiteten passiven Widerstand der Arbeiter.“ Er räumte ein, „dass es „keinen angemessenen Beziehungen zwischen den Arbeitern einerseits und der staatlichen Verwaltung, den Funktionären der kommunistischen Partei und den Gewerkschaften andererseits gibt.“

Um die sich häufenden Beschwerden gegen die Bürokratie zu zerstreuen, wurde 1975 ein Entwurf für eine Verfassung vorgelegt, mit der die sogenannte „Volksmacht“ errichtet werden sollte. In der Provinz Matanzas wurden im selben Jahr testweise Wahlen zu den „städtischen Versammlungen“ abgehalten. Normalerweise standen zwei Kandidaten zur Wahl, manchmal nahmen jedoch bis zu 15 an der Wahl teil.

## Eine Partei

Der Trick dabei war, dass alle Kandidaten Mitglieder der „kommunistischen“ Partei oder ihren Unterorganisationen wie der dem *Bund der jungen Kommunisten* sein mussten! Mit anderen Worten, die Wahlen waren ein Farce. Man stelle sich die Reaktion der britischen Arbeiter vor, wenn man ihnen sagen würde, sie könnten bei einer Vertrauensleute- oder Gewerkschaftswahl nur die Kandidaten einer Partei wählen.

Die Befürworter des castristischen Regimes – unter ihnen auch einige angebliche „Trotzkisten“ – wenden ein, dass Castro in der Vergangenheit nicht gezögert hätte, die Bürokratie zu beschuldigen, vor allem die russische Bürokratie, indem er sie als „Pseudo-Revolutionäre“ bezeichnete. Außerdem, so sagen sie, hätte Castro versucht, die Revolution auf das lateinamerikanische Festland auszubringen und wäre dabei in einen Konflikt mit den „kommunistischen“ Parteiführern der Region geraten.

Stalin, Mao Tse-Tung und Tito haben alle zu ihrer Zeit die „Bürokratie“ beschuldigt. Aber sie griffen damit die Exzesse ihres eigenen Systems auf, nutzten die auffälligsten und krassesten Fälle von bürokratischer Misswirtschaft, Verschwendung und Gier, um die Privilegien der Kaste, die sie vertraten, insgesamt umso besser verteidigen zu können. Castro stieß mit der russischen Bürokratie zusammen, als die Interessen des kubanischen Staates gefährdet waren. Daher beschuldigte er Anibal Escalante 1962 und 1968 ein Erzbürokrat zu sein.

Doch hinter dem Konflikt um Escalante stand der Streit zweier nationaler Bürokratien. Escalante war schon vor dem Zusammenschluss der „Kommunisten“ mit den Castristen ein KP-Führer gewesen. Er war ein gefügiges Werkzeug der russischen Bürokratie und verbreitete die Kritik, die diese hinter vorgehaltener Hand an Castro äußerte. Er klagte Castro an, „undankbar“ gegenüber seinen russischen Wohltätern zu sein und verurteilte dessen „Abenteurertum“ auf dem lateinamerikani-

schen Kontinent. Wie mit ihm umgegangen wurde, spricht jedoch auch gegen die Methoden Castros.

## Guerilla-Krieg

Escalante wurde beschuldigt, eine „*Mikro-Fraktion*“ zu organisieren, dieses Verbrechen existierte jedoch laute kubanischem Gesetz gar nicht. Man vergleiche die Haltung Castros mit der Lenins zur Zeit des russischen Bürgerkrieges. Lenin gestand Bucharin, Radek und anderen zu, eine Tageszeitung zu veröffentlichen, die leidenschaftlich gegen Lenins Haltung zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk und damit zusammenhängenden Angelegenheiten argumentierte.

In der ersten Phase, als die Lava der Revolution noch nicht abgekühlt war, konnten wir Zeugen der „*Zweiten Erklärung von Havanna*“ werden, die brillant das Elend der lateinamerikanischen Massen beschrieb und zur Revolution aufrief. Che Guevara wurde während des heldenhaften aber sinnlosen Abenteuers in Bolivien ermordet. Doch Castro griff die opportunistischen „kommunistischen“ Parteien – vor allem in Venezuela – nicht wegen ihrer Aufgabe der revolutionären Perspektive an, sondern wegen ihrer Weigerung, die Waffen zu ergreifen und seiner Guerilla-Strategie zu folgen.

Zu keinem Zeitpunkt orientierte sich Castro auf die mächtige Arbeiterklasse Lateinamerikas als dem Dreh- und Angelpunkt für die sozialistische Veränderung. Die Guerilla-Erfahrung der kubanischen Revolution sollte künstlich auf den Kontinent übertragen werden, alle Hoffnung wurde auf die Bauernschaft gesetzt. Der Grund für diesen Versuch, die Erfahrung der kubanischen Revolution in Lateinamerika zu wiederholen, war das brutale Handelsembargo, das der US-Imperialismus und seine Satelliten Kuba aufgezwungen hatten.

Die Außenpolitik ist die Fortsetzung der Politik im Inneren. Die Festigung der kubanischen Bürokratie zusammen mit der Abschwächung des Boykotts führten zu einer Änderung der Außenpolitik des Regimes. Es gab Versuche, sich mit dem US-Imperialismus und seiner Gefolgschaft in Lateinamerika zu arrangieren, was zur Abschwächung selbst der verbalen Unterstützung für die Revolution im Kontinent führte. Als die getarnte Militärdiktatur im Mexiko im Oktober 1968 mehr als 300 Studenten ermordete kam kein Wort des Protestes von der kubanischen Regierung oder der KP. Die Studenten hatten erklärt, sie würden Kuba unterstützen, aber Mexiko war eines der wenigen kapitalistischen Länder, welches die diplomatischen Beziehungen mit Kuba aufrechterhalten hatte. Die nationalen Interessen des kubanischen Staates waren hier wichtiger als die internationale Solidarität. Auch herrschte in Havanna eisernes Schweigen, als zehn Millionen Arbeiter in Frankreich die Fabriken besetzten und den Kapitalismus in Europa und weltweit bis in seine Grundfesten erschütterten. Nicht einmal eine Solidaritätsbotschaft für die französischen Studierenden kam von der staatlichen kontrollierten Studentenbewegung, der UJC-FEU.

Diese Tendenz wird verstärkt werden, wenn der Boykott des US-Imperialismus gegen Kuba aufgehoben und die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen werden. Die Carter-Regierung ist bereit, das kubanische Regime anzuerkennen, wenn es sein Engagement auf dem afrikanischen Kontinent beendet. Mit unverhohlener Befriedigung hat der US-Imperialismus registriert, dass das Castro-Regime seine früheren „Abenteurer“ in Lateinamerika aufgegeben hat.

## Privilegien

Unter seinen glühendsten Anhängern in Lateinamerika hat die Desillusionierung über Castro begonnen. 1967 griff Castro die venezolanische „kommunistische“ Partei an und unterstützte den Guerilla-Kampf von Douglas Bravo. Doch 1970 *„stoppten die Castristen laut Bravo die Hilfe für die lateinamerikanische Revolution in dem Moment, als sie sich entschieden, sich auf ihre eigenen ökonomischen Probleme zu konzentrieren und enger mit der Sowjetunion zusammenzurücken.“*

Castro unterstrich den Charakter seines Regimes als er die Intervention der russischen Bürokratie in der Tschechoslowakei 1968 unterstützte. Kurz danach meinte einer seiner Minister, Llanusa, zu Studenten: *„Wir sollten hier nicht etwas wie in der Tschechoslowakei erleben.“* Diese Entwicklungen sind nicht irgendeine Art von Verirrung. Ideen fallen nicht vom Himmel. Von politischen Führern ausgesprochen, widerspiegeln sie die materiellen Interessen von Klassen und sozialen Gruppen in der Gesellschaft.

Die kubanische Bürokratie fürchtet inzwischen sowohl die sozialistische Revolution im Westen als auch die politische Revolution im Osten. Beides würde die Ersetzung der bürokratischen Elite durch eine Arbeiter- und Bauerndemokratie und die Abschaffung ihrer Privilegien bedeuten. Castro ist der Vertreter und der oberste Gebieter der kubanischen Bürokratie. Seine Haltung sowohl zu Frankreich als auch zur Tschechoslowakei lässt ahnen, welche Angst die wachsende kubanische Elite angesichts dieser Ereignisse ergriffen hatte.

Die Elemente der Arbeiterkontrolle, die Arbeitermilizen usw., die es in der ersten Phase der Revolution gab, sind schon längst geschwächt oder ganz abgeschafft. KS Karol schreibt:

*„Die Kubaner erzählen nicht mehr stolz von ihrer Arbeitermiliz oder den Komitees zur Verteidigung der Revolution. Letztere haben nur noch rein repressive Funktionen.“*

Die Privilegien dieser Schicht existierten von Beginn der Revolution an. Aber auf dem niedrigen wirtschaftlichen und kulturellen Niveau konnten die Unterschiede zwischen Arbeiter und Bauern auf der einen, der Bürokratie auf der anderen Seite, nie so groß sein wie Russland oder Osteuropa. Trotzdem merkt KS Karol an, dass er schon 1963 in einer Fabrik einen Ingenieur getroffen, der ein 17fach höheres Gehalt erhielt als ein Arbeiter. Er nennt andere Vergünstigungen und Privilegien der Bürokratie wie „hochklassige“ Restaurants wie „Monseñor“, das „Torre“, das

## 110 CASTROS KUBA – EINE MARXISTISCHE KRITIK

„1830“, das „Floridita“, welche gewaltige Preise für ein Essen verlangen. Auf der Parteikonferenz der KP 1975 wurde beschlossen, Kubanern zu erlauben, Autos zu kaufen – was bis dahin ein Vorrecht der Partei- und Staatsfunktionäre war!

Mit der Weiterentwicklung der kubanischen Wirtschaft werden diese Unterschiede nicht verschwinden, sondern wachsen. Aber mit der Differenzierung der kubanischen Gesellschaft wird auch die Opposition gegen das drückende gesellschaftliche Klima wachsen, das von der herrschenden privilegierten Funktionärsschicht geschaffen wurde.

Herrschte in der ersten Phase eine relativ liberale Atmosphäre, so ist das Niederkhalten sämtlicher Abweichung zur Norm geworden. 1962 konnte man in Havanna noch die Werke Leo Trotzki kaufen, Kultur und Kunst blühten auf. Jetzt haftet an allem der muffige Geruch der Bürokratie. Die unorthodoxen Schriftsteller, Dichter und Künstler wie Padilla werden vom Regime schikaniert. Wie in Russland, China und Osteuropa scheint die Tolerierung von Freiheiten für Künstler die Gefahr heraufzubeschwören, dass die Massen die gleichen Rechte auch für sich verlangen. Die ungarische Revolution begann mit der Opposition der Schriftsteller, die sich im *Petőfi-Kreis* versammelten.

Die kubanische Revolution hat das gewaltige Potenzial von Verstaatlichung und einer geplanten Produktion deutlich gemacht. Allein die Statistiken für Gesundheitsversorgung, Bildung, soziale Sicherheit und die Entwicklung der Wirtschaft beweisen, dass sie absolut gerechtfertigt war. Sie hat der Revolution in der Karibik und Lateinamerika großen Auftrieb gegeben.

Aber weil die Revolution in einem rückständigen Land stattfand, dazu mit einer Führung, die sich vorwiegend auf die Bauernschaft stützte und gewissermaßen einen national beschränkten Horizont hatte, war die bürokratische Entartung unvermeidlich. Ohne Zweifel hat das Castro-Regime noch immer viel mehr Unterstützung im Volk als die stalinistischen Regime in Russland und Osteuropa. Aber die Entwicklung der Industrie wird auch zum Wachstum der Arbeiterklasse führen und damit zum verstärkten Aufkommen von Forderungen nach Arbeiterdemokratie. Außerdem werden politische Revolutionen in Osteuropa oder die soziale Revolution in Europa, Amerika oder Japan Auswirkungen auf Kuba haben.

Der Sieg der sozialistischen Revolution zum Beispiel in Argentinien oder Brasilien würde dramatische Auswirkungen auf Kuba haben. In diesen Ländern ist das soziale Gewicht der Arbeiterklasse so entscheidend, dass die sozialistische Revolution sich ähnlich wie die russische Revolution entwickeln würde. Ein Sieg der Arbeiterklasse in einem dieser Länder würde zur explosionsartigen Ausbreitung der sozialistischen Revolution auf dem ganzen Kontinent und zu einer neuen Revolution in Kuba führen – dieses Mal zu einer politischen Revolution zur Schaffung einer Arbeiterdemokratie.

Die Länder Mittel- und Südamerikas, selbst Nordamerikas, würden zusammen mit der Karibik in einen großen sozialistischen Staatenbund von Nord- und Südamerika gezogen werden wie Metallspäne in Richtung eines Magneten. Die kubanische Revolution hat das gewaltige Potenzial aufgezeigt, welches in der geplanten Wirtschaft steckt. Aber selbst diese Errungenschaften werden gegenüber den großartigen Möglichkeiten verblassen, die sich durch die Arbeiterdemokratie und einen sozialistischen Staatenbund ergeben würden. Die kubanische Revolution zeigt, dass nur die sozialistische Revolution und die Arbeiterdemokratie eine Erlösung der Arbeiter und Bauern Lateinamerikas und der Karibik vom Alptraum des Feudalismus und Kapitalismus bringen können.











## Infos und Kontakt:

### **SAV – Sozialistische Alternative**

Littenstr. 106-107  
10179 Berlin, Deutschland  
Tel. +49-30-24723802  
Fax +49-30-24723804  
e-mail: [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de)  
Internet: [www.sav-online.de](http://www.sav-online.de)



### **SLP – Sozialistische Linkspartei**

Kaiserstr. 14/11  
1030 Wien, Österreich  
Tel. +43-1-5246310  
Fax +43-1-5246311  
e-mail: [slp@gmx.at](mailto:slp@gmx.at)  
Internet: [www.slp.at](http://www.slp.at)



### **CWI – Committee for a Workers International**

PO Box 3688, London E11 1YE,  
Großbritannien  
Fax: ++ 44 20 8988 8793  
e-mail: [cwi@worldsoc.co.uk](mailto:cwi@worldsoc.co.uk)  
Internet: [www.worldsocialist-cwi.org](http://www.worldsocialist-cwi.org)

